Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

29. August 1977
Jg. 5 Nr. 35

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

„VW ist mehr als Autos"

„Wo Werkstatt und Wohnstatt ein Lebensraum sind" / Monopolkapital setzt Eckdaten für Expansion / Beschleunigter Ausbau der Fabriken als Zwangsanstalten des Kapitals

„Käfer nur noch aus dem Ausland", meldet die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" am 18.8.77. Bis Ende 1977 wird die Produktion des VW 1300 in der BRD eingestellt. Die Bourgeoisie wird direkt poetisch, denkt sie an die Maximierung der Profite, die ihr mit diesem Modell in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt gelungen ist; sie denkt dabei vor allem an den Export, die erste Stufe erfolgreicher Akkumulation von Kapital, das zum Monopolkapital geworden ist: „Dieses Auto hat Amerika den Umgang mit dem Kleinwagen gelehrt. In den frühen fünfziger Jahren gehörte eine gute Portion Zivilcourage dazu, sich mit diesem Zwerg auf die Straßen dieses Landes hinauszuwagen. Der VW war der Hitlerwagen, das Miniaturprodukt eines Größenwahnsinnigen." (ZDF, 24.8.77)

Mutig, sogar waghalsig wird das Kapital immer dann, wenn die Realisierung von Höchstprofiten winkt. 19 Millionen dieser Autos haben die VW-Arbeiter produziert. Die VW-Kapitalisten haben sie in alle Welt exportiert und mit dem Profit, den sie aus den Knochen der VW-Arbeiter gezogen haben, ein mächtiges imperialistisches Monopol entwickelt, soviel Kapital angehäuft, daß sie es in der BRD nicht mehr gewinnbringend anlegen können. An die Stelle des Exports der Waren tritt der Export von Kapital: Die zukünftige Tagesproduktion des Käfer von 1 000 Stück wird ab 1978 vollständig in den ausländischen Werken des VW-Konzerns gefahren, in Brasilien, Mexiko, Südafrika und Nigeria.

Mit Schmücker hat die Finanzbourgeoisie 1975 einen Mann an die Spitze des Konzerns gestellt, der den Übergang vom Warenexport zum Kapitalexport offensiv betreiben sollte, das heißt soviel Mehrarbeit aus den westdeutschen Arbeitern herauszupressen sollte, daß die Akkumulation des Kapitals ausreicht, große Produktionsanlagen im Herzen der imperialistischen Konkurrenten in den USA zuzulegen.

Denn die Konkurrenz auf dem Weltmarkt hatte in der Krise 1974/75 zu einem drastischen Rückgang des Warenexports geführt. Dem begegnete Schmücker mit Rationalisierung und Massenentlassungen. 25 000 Arbeiter wurden auf die Straße gesetzt.

Sein Vorhaben, in den Tarifkämpfen die Lohnerhöhungen bei VW in den Jahren 1975/76 und 1976/77 unter den Lohnabschlüssen der übrigen Metallarbeiter zu halten, ist jedoch jedes Mal an den Kämpfen der VW-Belegschaften gescheitert. In der Vorbereitung der Tarifkämpfe haben die über 90 000 VW-Arbeiter in Wolfsburg, Braunschweig, Salzgitter, Hannover, Kassel und Emden auf die gestiegene Ausbeutung durch Rationalisierung und Massenentlassungen mit einer breiten Bewegung für Festgeld geantwortet. Die Sozialdemokratie in Betriebsrat und Gewerkschaft hat es verstanden, beide Male diese Einheit der Belegschaft zum Kampf um den Lohn zu spalten. Dafür verlangt dann Loderer, auf der Hauptversammlung im Juli 1977 wiedergewählt zum stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden, „Respekt für die Anliegen ‚seiner' Gewerkschaft". (Handelsblatt, 6.7.77)

Mit Hilfe der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften hat Schmücker eine ungeheure Steigerung der Ausbeutung durchgesetzt. Die Folgen lassen sich an objektiven Daten ablesen: Trotz Einstellung von jungen unverbrauchten Arbeitskräften (von 15 000 Einstellungen seit Ende 1975 sind lediglich weniger als die Hälfte, 6 500, neue Arbeitsplätze) erhöhte sich der Krankenstand auf 7,5 %. Die Zahl der Todesfälle stieg trotz Verjüngung der Belegschaft von 637 (1972) auf 707 (1975). Überproportional ist die Zahl der Todesfälle bei den Werksrentnern angestiegen, nämlich von 289 auf 409 in demselben Zeitraum.

In der Stadt Wolfsburg – „Diese Stadt lebt vom Auto", und: „Wolfsburg ist ein lebendiges Beispiel dafür, daß eine Industrie nicht nur Arbeitsplätze schafft, sondern auch ein freundliche Umwelt gestalten kann" (VW-Reklame im „Handelsblatt") – spiegelt sich die Einengung der Reproduktionsbasis der VW-Arbeiter ebenso wie ihre Abhängigkeit von der Stadt „nach Plan", „fernab von den Ballungszentren", ebenfalls deutlich wider: Seit 1965 sinkt die Geburtenzahl in Wolfsburg von 21 000 bis 1975 auf 9 000. Wer bei VW fertig ist, findet auch anderswo keine Arbeit mehr: Die Sozialhilfe, die die Stadt Wolfsburg zahlt, stieg von 1975 bis 1976 um 3 Mio. DM. Bei vehementer Ausbau des staatlichen Unterdrückungs- und Bespitzelungsapparates mit der verschärften Ausbeutung und Ruinierung der Arbeiterkraft der Arbeiter verbunden ist, weist der Haushaltsplan dieser Stadt aus: Die Kosten der Sozialverwaltung sind um 372 % gegenüber der Einwohnerzahl gestiegen.

Der Steigerung der Ausbeutung der VW-Arbeiter entspricht auf dem Gegenpol die Ausschüttung einer zehnprozentigen Dividende an die VW-Aktionäre für das Jahr 1976, sowie die Kapitalakkumulation von weiteren 1,4 Mrd. DM. Neben dem VW-Montagewerk in Westmoreland/USA ist bereits ein Preßwerk gekauft worden, beides zusammen für 400 bis 500 Mio. DM. Maximal kon-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Gewehre für Zimbabwe!



Vorster hat eine Verfassungsänderung nach Carters Geschmack entworfen: Der als „Asiaten" und „Farbige" eingestufte Teil des Volkes erhält Parlamente: Organe des Marionettenregimes. Die „Schwarzen" werden in Reservate gesperrt. Konzept „getrennte Entwicklung" heißt das. Wie Vorster und Carter sich das vorstellen, ein ganzes Volk ins Reservat zu sperren, wo sie die Herrschaft der Imperialisten nur noch mühsam gegen die Kämpfe des azanischen Volkes, umgeben von den kämpfenden Völkern Zimbabwes und Namibias, verteidigen können! (Siehe S. 13)

„Wir bleiben dort, solange noch ein Dollar zu holen ist"

Die Interessen des imperialistischen Kapitals im Nahen Osten / Hinter dem Friedensgesäusel die nackte Gier nach Höchstprofit

Im Vorfeld der nächsten UNO-Vollversammlung Ende September / Anfang Oktober überschlagen sich die Imperialisten mit „Friedenslösungen" für den Nahen Osten. Die US-Imperialisten wollen am Rande der UNO-Vollversammlung die arabischen Außenminister zusammenbringen, um die arabischen Länder für ihre „Friedenslösung" zu gewinnen – Anerkennung des Staates Israel und ein „Reservat" für die Palästinenser unter dem Schutz des Friedensengels Carter. Schon jetzt kann man sagen, es wird ihnen nicht gelingen. Haben doch auf allen letzten UNO-Vollversammlungen die Imperialisten gehörige Ohrfeigen einstecken müssen.

Fast täglich verkünden Presse und Fernsehen „Nah-Ost-Friedenslösungen" der Imperialisten: Jimmy Carter: „Das Eintreten für die menschlichen Grundrechte ist ein tragender Pfeiler unserer Außenpolitik." Nach Vance' Mittel-Ostreise: die USA würde ihren Einfluß geltend machen, Ratschläge erteilen, von sich aus Vorschläge machen und alle Hebel in Bewegung setzen für eine friedliche Lösung. Breshnew erklärte auf dem 25. Parteitag der KPdSU: „Als Kopräsident der Genfer Konferenz ist die UdSSR bereit, bei allen Anstrengungen um eine tatsächliche Regelung des Konflikts mitzuwirken. Wir sind bereit, an internationalen Garantien für die Sicherheit und Unantastbarkeit der Grenzen aller Länder des Nahen Ostens teilzunehmen, sei es im Rahmen der UNO oder auf anderer Basis." Auch die BRD-Imperialisten wollen dabei sein: Genscher auf seiner Nah-Ost-Reise 1977 in Syrien: „Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Partner in der Europäischen Gemeinschaft haben an einer Friedensregelung im Nahen Osten ein unmittelbares und vitales Interesse ... Wir sind ebenso bereit, zur Sicherung dieses Friedens und zum Aufbau und zur Industrialisierung der östlichen Region mit aller Kraft beizutragen."

Ob sie sich als „Verteidiger der Menschenrechte", „Vorreiter der Völkerverständigung" oder als „Entwicklungshelfer" ausgeben, hinter ihrem Friedensgesäusel steckt die nackte Gier nach Höchstprofiten. Sie suchen Absatzmärkte für ihre Industrieprodukte. Der Warenverkehr der BRD mit den arabischen Ländern hat sich im ersten Halbjahr 1977 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeit um 16 % auf 16,7 Milliarden DM erhöht.

Durch Kapitalexport und Kredite treiben die Imperialisten die Verschuldung und Ausplünderung der Länder des Nahen Ostens weiter voran. Die Gesamtschulden Ägyptens betragen derzeit ca. 13 Milliarden US-Dollar, davon allein 4 Milliarden US-Dollar Militärschulden bei den Sozialimperialisten.

Und sie gieren nach dem Zugriff auf die Rohstoffquellen dieser Länder, vor allem nach dem Zugriff auf das Öl. Nicht weil sie selber keines hätten – in den USA und der Sowjetunion lagern große Ölvorkommen –, ihnen geht's um das Ölmonopol. 67 % der Erdölreserven der Welt lagern im arabischen Raum. Die Rechnung ist einfach: Haben die Imperialisten einer Macht das Ölmonopol, können sie ihren Profit ins Unermeßliche steigern.

1973 stellte der Schreiberling Mosley für die Imperialisten eine Aufstellung über ihre Ausbeutungsaussichten der „Ölstaaten im Nahen Osten" zusammen. Nur einige Beispiele:

„Saudi-Arabien: größte Ölgesellschaft Arabian-American Oil Company. Im Besitz der Standard Oil of Californian 30 %; Standard Oil of New Jersey 30 %; Texaco Inc. 30 %; Mobil Oil 10 %; politische Aussichten: stabil ..., solange es König Feisal gelinge, die Herrschaft zu behalten. „Eine Revolutionsregierung würde mit großer Wahrscheinlichkeit den ausgedehnten Besitz der Aramco beschlagnahmen."

Schon anders ist die Lage in Libyen und Oman. Libyen hat schon 1971 begonnen, ausländische Ölgesellschaften zu verstaatlichen, als erstes die Anlagen von BP. „Die Zukunft für die ausländischen Ölfirmen ist ungewiß." „Wir bleiben dort, solange noch ein Dollar zu holen ist", läßt Mosley einen „Ölmann" erklären. Von einer Kapitalanlage in Oman rät er gleich ganz ab: „ . . .man rechnet mit reichen Vorkommen in der Provinz Dhofar . . . doch die Überfälle der Guerillas machen die Arbeit hier zu einem solchen Wagnis, daß sich die hohen Geldinvestitionen kaum mehr lohnen."

Beschreibt Mosley die Aussichten für die Imperialisten schon 1973 nicht rosig, so hat sich ihre Lage bis heute weiter verschlechtert. Der Zusammenschluß der arabischen Länder in der OPEC hat der schrankenlosen Ausplünderung der Reichtümer ihrer Länder durch die Imperialisten Schranken gesetzt. In Saudi-Arabien hat zwar die Revolution noch nicht stattgefunden, aber es geht heute daran, die ausländischen Ölgesellschaften zu 100 % zu verstaatlichen. Auch in den meisten anderen arabischen Staaten sind die Ölkonzerne heute nationalisiert. Im März 1976 kündigte Ägypten den ägyptisch-sowjetischen „Vertrag über Freundschaft und Zusam-

(Fortsetzung auf Seite 2)

UNO: Unterstützung für die Unabhängigkeit von Puerto Rico

Auf der letzten Sitzung des Dekolonisierungskomitees der UNO hat die Volksrepublik China einen Antrag Kubas unterstützt, der die Unabhängigkeit Puerto Ricos vom US-Imperialismus und die Freilassung von fünf puertoricanischen Befreiungskämpfern fordert. (International Herald Tribune, 21./22. August) Puerto Rico, Antilleninsel mit 2,2 Millionen Einwohnern, wurde vom US-Imperialismus 1898 als Kolonie unterworfen, in eine Zucker- und Kaffeeplantage der US-Monopole verwandelt und zu einem Reservoir billiger Arbeitskräfte für die Industriezentren des US-Imperialismus gemacht. Das Volk von Puerto Rico fordert die vollständige Unabhängigkeit und hat alle Versuche bekämpft, das Land zu einem weiteren Bundesstaat der USA zu machen. Die nationale Befreiungsbewegung organisiert den Kampf gegen den US-Imperialismus. Auf der nächsten Sitzung des UN-Dekolonisierungskomitees am 1. September soll über den Antrag entschieden werden.

Zusammenschluß der kaffeeproduzierenden Länder

Die kaffeeproduzierenden Länder Lateinamerikas Bolivien, Brasilien, Costa Rica, El Salvador, Ekuador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nikaragua und Venezuela haben sich auf der Konferenz am 22. und 23. August in Mexiko geeinigt, einen internationalen Fonds für Rohkaffee einzurichten. Die elf lateinamerikanischen kaffeeproduzierenden Länder erzeugen 80 Prozent der Welt-Kaffee-Ernte. Beschlossen wurde ein Ausgleichslager für Rohkaffee anzulegen (Bufferstock). Der Fonds wird Kaffee aufnehmen, um einer Senkung der Kaffeepreise durch die Imperialisten entgegenzuwirken, und bei zu hohem Preisanstieg Kaffee abzugeben. Angestrebt werden Höchst- und Mindestpreise von 2,50 Dollar und 2,00 Dollar je Pfund Kaffee. Brasilien, der größte Kaffeeexporteur, hat bei dem Treffen bekräftigt, in den kommenden 12 Monaten höchstens 800 000 Sack Kaffee monatlich auf den Markt zu bringen, um die Preise zu stützen. Am 29. August bis 2. September findet die Konferenz der internationalen Kaffeeorganisationen in Nairobi statt. Die Gründung des Kaffee-Fonds stärkt den Zusammenschluß der kaffeeproduzierenden Länder gegenüber den Raub- und Ausplünderungsabsichten der Imperialisten.

BRD-Imperialismus: Kurs auf Karibik

Zu einer viermonatigen Ausbildungsreise in die Karibik ist der Lenkwaffenzerstörer „Rommel" der Bundesmarine ausgelaufen. Der Name „Rommel", Generalfeldmarschall des deutschen Faschismus und Führer des Afrika-Feldzugs, steht für die imperialistische Tradition und die Absichten der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Die Karibik mit der Inselkette der Antillen (Kuba, Haiti, Jamaica, Puerto Rico u.a.) ist reich an Bodenschätzen wie Bauxit und Erdöl, und ein bedeutender Teil der Weltproduktion von Zucker, Kaffe und Kakao wird hier erzeugt. Über die Karibik können die Schiffahrtswege zwischen Südamerika und der Ostküste der USA und Europa sowie der Schiffsverkehr zum Panamakanal kontrolliert werden. Der US- und der Sozialimperialismus haben in der Karibik Stützpunkte als Sprungbrett für militärische Operationen gegen die Länder Mittel- und Südamerikas. Die „Deutsche Welle", Bastion des westdeutschen Kulturimperialismus, hat seit kurzem einen Sender in der Karibik eröffnet.

Militärhaushalte

Carter hat am Freitag veröffentlichen lassen, er habe eine Planung für die Militärpolitik der US-imperialistischen Bourgeoisie entwickelt. Nicht mehr als 3 % würden die Ausgaben für die „Verteidigung" in den kommenden Jahren steigen – im Gegensatz zu den fast 11 %, die sie von 1975 auf 76 beispielsweise und in den Jahren davor gestiegen sind. Die US-Imperialisten haben unter anderem die Cruise Missile, die Neutronenbombe, verschiedenste Arten neuer Jagdflugzeuge, einen neuen Panzer, ein neues Raketensystem entweder entwickelt oder kaufen lassen für ihre Armee. Seit mehreren Jahren schon behauptet sie, die „Rüstungs- und Verteidigungsausgaben" würden geringer. Ähnlich die Sozialimperialisten mit dem neuen Bomber, der beginnenden Umrüstung auf einen neuen Panzertyp, dem weiteren Ausbau der Kriegsflotte. Beide Supermächte haben ihre Heeresstärken erhöht.

Wer kann sagen, wie es die bürgerlichen Bilanzexperten die Staatshaushalte hingebogen haben, damit die friedliche Absicht dieser Maßnahmen auch deutlich wird. Originell ist das nicht. Vor jedem Krieg „sanken" bislang die offiziellen Rüstungsausgaben der Imperialisten.

„Sicherungsverwahrung", „Bundespolizei", „Versammlungs- und Strafrechtsverschärfungen"

Ausbau der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" der Ausbeuter / 2. September Innenministerkonferenz

Am 2. September 1977 ist die Konferenz der Innenminister der Länder. Gegenwärtig bereitet die herrschende Klasse eine Reihe von Gesetzesmaßnahmen zur „inneren Sicherheit" vor, die sie dort billigen lassen will.

Unter der Überschrift „Neue Gesetze für innere Sicherheit müssen kommen" hat Stoltenberg, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, erklären lassen: „Nach meiner Überzeugung steht unsere freiheitlich demokratische Grundordnung vor ihrer schwersten Bewährungsprobe ... Nach zwei Jahrzehnten des inneren Friedens gibt es in der Bundesrepublik Deutschland seit den ausgehenden sechziger Jahren Zeichen einer geistigen und moralischen Krise bis zur organisierten Gewalt und bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen. Hinzu kommt die wachsende Unsicherheit über die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes." „Was wir brauchen, ist eine anhaltende politische Anstrengung für die wirksamste und umfassendste Strategie im Kampf gegen Terror und Gewalt. Die Führer der großen Parteien sollten sich aufeinanderzubewegen ..." So Stoltenberg. (Welt, 21.8.77)

Die Bundesregierung will zur Konferenz eigene Gesetzesvorschläge vorlegen. Das soll sein eine Novelle zur Beschleunigung von Strafverfahren und ein Gesetzesentwurf zum Verteidigerausschluß. Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes Leo Witte hat ebenfalls das Wort ergriffen: „Eine Änderung der Strafprozeßordnung soll angestrebt werden, damit die unerträglichen Ablehnungs- und Beweisanträge in Gerichtsverhandlungen eingedämmt werden können. Klar beweisbare Taten sollen schon vorweg zur Aburteilung gebracht werden können." (Frankfurter Rundschau, 22.8.77) Bundesanwalt Rebmann lobte in der FAZ das Bundeskriminalamt „als hervorragend arbeitende Behörde, hält jedoch eine personelle Verstärkung für notwendig" (FAZ, 22.8.). Die Sozialdemokraten haben indes durch Bundesjustizminister Vogel verlauten lassen, „wichtiger als Gesetzesänderungen sei der entschiedene Gesetzesvollzug" (Frankfurter Rundschau, 5.8.77). Der Vorsitzende der IG Metall Loderer hat dem in der neuesten Ausgabe der „Metall" beigepflichtet.

Tatsächlich hat sich die Bourgeoisie für die Freiheit und Sicherung ihrer „freiheitlich demokratischen Grundordnung" bereits einen Gewaltapparat aufgebaut, der die Freizügigkeit der Kapitalistenklasse in Sachen Höchstprofit und noch mal Höchstprofit aus den Knochen der Arbeiter garantiert und jede Bestrebung der Arbeiterbewegung zur gewaltsamen Beseitigung dieser Ausbeuterordnung unter Strafe stellt.

Die Debatte, die die Bourgeoisie um den Ausbau ihres Unterdrückungsapparates gegenwärtig führt, zielt auf regellose Willkür des bürgerlichen Staatsapparates und vollständige Illegalisierung jeden Kampfes der demokratischen und revolutionären Massenbewegung.

Die Maßnahmen im einzelnen:

Haftbedingungen:

Konnte bis jetzt Sicherungsverwahrung nur angeordnet werden, wenn bereits eine Vorstrafe mit Freiheitsentzug von 2 Jahren vollstreckt war, so sieht der Gesetzesentwurf der CDU „Sicherungsverwahrung auch ohne frühere Verurteilung vor" (Bundestagsdrucksache 8/322). Die Sicherungsverwahrung soll angeordnet werden können bei Straftaten nach § 129 a StGB, das ist der Strafparagraph, unter dem die Bourgeoisie Zusammenschlüsse der Arbeiterklasse zur Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums als „terroristische Vereinigung" verhandelt und bisher mit Freiheitsentzug bis zu 5 Jahren bestraft. Nach dem Gesetzentwurf ,soll die Unterstützung, Billigung und Mitwirkung in der revolutionären Partei 10 Jahre Zuchthaus geben. Zur Durchsetzung der Vernichtungshaft gegen revolutionäre Arbeiter hält die Bourgeoisie gegenwärtig die Debatte um die Zwangsernährung in Gang.

Generell sollen die Freiheitsstrafen für „Verbrechen", das sind beispielsweise die Hochverratsparagraphen, auf 15 Jahre erhöht werden.

Ausbau des Bundeskriminalamtes:

„Eine Bundespolizei mit begrenzten Befugnissen" hält Bundesanwalt Rebmann für „erwägenswert". (Süddeutsche Zeitung, 28.7.77) Die Bourgeoisie drängt auf Zentralisierung und Vereinheitlichung ihres zentralen Einsatzapparates gegen die Volksmassen. „Neue Wege der Schwerpunktobservation durch das Bundeskriminalamt und den Verfassungsschutz sind vorgesehen." (Frankfurter Rundschau, 5.8.77). Fest steht schon jetzt, daß das Bundeskriminalamt weiter mit Personal aufgerüstet werden wird. Eng ist's der Bourgeoisie um den Hals in ihrer Furcht davor, daß ihr die arbeitenden Klassen an die Gurgel gehen. Am 2. September entscheiden die Innenminister bei ihrer Konferenz über den Plan, die Meldepflicht und Ausweispflicht in den Hotels wieder einzuführen. Alle Übernachtungsnachweise sollen danach in derselben Nacht über Computer überprüft und ausgewertet werden.

Änderung des Versammlungsrechts, Strafrechts:

Sowieso hat die herrschende Klasse in ihrer freiheitlich demokratischen Grundordnung im Grundgesetz festgeschrieben, daß nur friedliche Versammlungen ohne Anmeldung durchgeführt werden können, und im Absatz 2 gleich niedergelegt, daß auch dieses Recht durch Gesetz eingeschränkt werden kann. In den § 1 des Versammlungsgesetzes soll nach dem Gesetzesentwurf der CDU gleich zweimal das Wort „friedlich" eingesetzt werden. „Friedlich" muß die Veranstaltung sein und „friedlich" die Teilnahme an der Veranstaltung. Geplant ist im Versammlungsgesetz ein neuer § 26 a, der die „Ansammlung, Bereithaltung und Verteilung von einem Vorrat von Waffen oder sonstigen Gegenständen für öffentliche Veranstaltungen mit Gefängnis bis zu 3 Jahren unter Strafe stellt". Die Aufforderung zu einer vom bürgerlichen Staatsapparat verbotenen Versammlung beispielsweise durch Flugblätter oder an Informationsständen soll zukünftig mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr abgehen.

Weiter soll der § 126 StGB, der mit dem § (130) (88 a) neugefaßt wurde, verschärft werden: zukünftig drei Jahre Gefängnis für alle klassenbewußten Arbeiter, die Belegschaften von Betrieben, die sich in Flugblättern dafür aussprechen, den Betrieb zu bestreiken und dazu Kampfmittel wie Streikposten ergreifen. Der Kapitalistenklasse ist das Androhung zum Landfriedensbruch. Mit diesem Straftatbestand ist sie schon immer gegen die Arbeiterbewegung vorgegangen.

Rege wird in der gesamten Bourgeoispresse ein neuer Straftatbestand, „Befürwortung von Gewalt", erörtert. In der „Bild"-Zeitung vom 25.8. hat der CSU-Landesgruppenchef Zimmermann dazu unter der Überschrift: „Wer Gewalt verherrlicht, muß schärfer bestraft werden" ein Interview gegeben. – (Z-Red.)

„... solange noch ein Dollar zu holen ist"

(Fortsetzung von Seite 1)

menarbeit" auf und entzog der sowjetischen Marine die Hafenrechte. Im August 1977 beschloß Ägypten seine Baumwollverschiffung an die Sowjetunion zu stoppen als Antwort auf das sowjetische Waffen- und Ersatzteilembargo gegen Ägypten.

Ägypten und Sudan haben ein gemeinsames Verteidigungsabkommen geschlossen. Ägypten, Sudan und Saudi-Arabien haben auf einer Gipfelkonferenz beschlossen, ihre Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet zu verstärken; ebenso der Iran, Pakistan und die Türkei. Die Staaten Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und die Vereinigten Arabischen Emiraten vergeben Kredite an alle Länder der Dritten Welt. Ägypten erhielt einen Kredit von 1,475 Millionen US-Dollar zum Aufbau seiner Wirtschaft.

Mosley hatte sein „Werk: Weltmacht Öl" mit einem Zitat von „Sir David Barran von der Shell Trading Company" beginnen lassen: „Gegen Ende des Jahrhunderts blicken wir vielleicht in die Mündung einer Kanone." Zu Recht sehen die Imperialisten ihre Lage düster. Die Lage der Völker ist glänzend.

Der Kampf des arabischen und palästinensischen Volkes gegen den Imperialismus und seinen Kettenhund Israel für einen freien, unabhängigen und selbständigen Staat Palästina hat den Imperialisten empfindliche Schläge versetzt.

Der wachsende Zusammenschluß der arabischen Nationen hat die Konkurrenz unter den Imperialisten verschärft. Gegenwärtig verkünden sie es, sei notwendig, die Taktik bei der Ausplünderung der Reichtümer der Länder des Nahen Ostens zu ändern. Annäherung an die arabischen Länder einerseits, Ausbau des israelischen Staates andererseits ist ihre „neue Taktik". Israel als militärischer Brückenkopf gewinnt für die Imperialisten besondere Bedeutung.

Unter der Fahne „Nah-Ost-Friedenslösung" bereiten die Imperialisten einen erneuten Raubkrieg gegen die arabischen Völker vor. Der Zusammenschluß der arabischen Länder und der Kampf des palästinensischen Volkes wird den Kolonialistenstaat Israel zerschlagen und die Imperialisten endgültig aus dem Nahen Osten vertreiben. – (Z-Red.)

Der Zuwachs der Zinszahlungen auf die Staatsschuld erzwingt den Zuwachs der Steuer auf Arbeiterlohn

Fester Bestandteil der hektischen Diskussion über weitere „Konjunktur"-Programme in Kreisen der Finanzbourgeoisie und ihrer Regierung ist die Absicht, die Staatsverschuldung in diesem und im kommenden Jahr weiterhin kräftig auszudehnen. Das verschaffe „der Wirtschaft" Aufträge, heißt es. Was nicht alles der Ankurbelung „der Wirtschaft" dient! Herrje. 130 Milliarden DM – über 6 000 DM je lohnabhängig Beschäftigtem – haben die Herren Bourgeois auf den Regierungssesseln in Bund, Ländern und Gemeinden seit Beginn dieser Krise Staatsschulden zusätzlich gemacht. Und müssen sie nicht gerade jetzt feststellen, daß die Stagnation fortdauert?

Dennoch, für die besitzende Klasse war die Verschuldungsoperation nicht umsonst.

Trotz gesunkener *Rate* des Profits war dessen Masse erheblich. Die Ausbeutung hat floriert, aber die Bourgeois haben den der Arbeiterklasse abgepreßten Mehrwert nicht in die Erweiterung ihrer Profitwirtschaft gesteckt. Sie hatten brachliegendes Geld in Händen, das nach profitlicher Anlage verlangte. Kapital, das nach Anlage fahndet, begibt sich an Börse und Kapitalmarkt. Überschüssiges Kapital drückt auf den Zins. Und hier springt der Staatsapparat ein, nimmt einen Kredit auf und zahlt Zins auf das ansonsten brachliegende Kapital. 1975 haben die Kapitalisten Neuinvestitionen für etwa 60 Milliarden DM getätigt, für 65 Milliarden DM hat sich der Staat neu verschuldet, um die Verzinsung zu garantieren. Letztes Jahr haben die Kapitalisten knapp 88 Milliarden DM an Neuinvestitionen gemacht, durch ihre Regierungen wurde ihnen für weitere 48 Milliarden DM brachliegendes Kapital Zins garantiert.

Verschiedentlich behaupten Bourgeois zur Verhüllung der Tatsachen, die staatliche Kreditaufnahme „verdränge" die Privatkapitalisten am Kreditmarkt. Dies ist hirnrissig und die Tatsachen beweisen dies auch. Seit Ende 1973 ist trotz der gewaltig gestiegenen Staatsverschuldung der Zins gefallen. Richtig ist, daß er noch mehr gefallen wäre, ohne die Staatsverschuldung. Aber darin besteht gerade der Zweck der Staatskredite. 17,85 Milliarden DM an Zinsen haben sich die Kapitalisten, die ihr Kapital in ihren Unternehmen nicht mehr anlegen mochten, aus den öffentlichen Haushalten geholt. Diese Zinsen sind ein Teil der Steuereinnahmen, die die bürgerliche Klasse den arbeitenden Klassen kraft der Gewalt ihres Staatsapparates abjagt. Ein Staatspapier in Händen des Kapitalisten ist ein Anrechtschein an zukünftiger Steuereinnahme. Aus dem System der Staatsverschuldung folgt die automatische Progression der Steuerlast für die Arbeiterklasse. Je verkommener die kapitalistische Produktion, um so mehr sucht der Kapitalist Anlage in Staatspapieren und in um so rascherer Folge verlangt er Erhöhung der Lohn- und Verbrauchssteuern. – (Z-Red.)

„VW ist mehr als Autos"

(Fortsetzung von Seite 1)

nen dort 200 000 Golf pro Jahr produziert werden. Zur Zeit werden 238 000 Golf abgesetzt. Das entspricht einem Marktanteil in USA von 2,3 %. Schmücker will in einigen Jahren fünf Prozent erreicht haben. Dies ist nur über weiteren Kapitalexport möglich. Schon ist auch von einem zweiten Montagewerk im Westen der USA die Rede, und schon wird den VW-Aktionären eine Dividende von 20 % für 1977 in Aussicht gestellt.

Gerade recht für dieses Programm des VW-Monopolkapitals kommen neue Maßnahmen des imperialistischen Staates zur Ankurbelung der Konjunktur. Bundesbankpräsident Emminger hat sie wie folgt umrissen: 1. Hebung der Mobilität der Arbeitskräfte, 2. weitere Steuersenkungen, 3. die Bundesbank hat eine weitere Senkung der Zinsen beschlossen. Dies zwingt „vorsichtiges" Kapital, das sich in Zeiten der Krise mit sinkender Profitrate auf die Banken zurückziehen will, wieder zur Anlage in der Produktion, allerdings zu der Bedingung verschärfter Auspressung der Arbeitskraft. Daran läßt Emminger auch keinen Zweifel: „Für die Steigerung der Ertragslage" müßten die Kapitalisten selbst sorgen. Dazu sind die VW-Monopolkapitalisten auch entschlossen! Gleich nach dem Beschluß der Bundesbank teilte die Betriebskrankenkasse bei VW mit, daß sie die Beitragssätze von 9 auf 10,4 % erhöhen wird, begründet mit den Auswirkungen des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes sowie des 20. Rentenanpassungsgesetzes. Beides Gesetze der Regierung, von der Finanzbourgeoisie diktiert, um die Arbeiter, die in den Zwangsanstalten des Kapitals ihre Arbeitskraft ruiniert haben und die keinen Mehrwert mehr schaffen können, zu vernichten. Aus den Versicherungskassen der Arbeiter sollen so die Kriegskassen der westdeutschen Imperialisten werden.

Um die Zwangsanstalt VW-Werke perfekt zu machen, hat Schmücker mit Zustimmung des sozialdemokratischen Betriebsrates eine neue Arbeitsordnung ausgehandelt, mit der die Schikane und Unterdrückung jedes einzelnen Arbeiters gehandhabt werden soll. Bei Verstoß gegen diese kapitalistische Hausordnung wird mit Entlassungen gedroht.

„VW ist mehr als Autos", heißt es in einer Anzeige des „Handelsblatts". VW ist: 120 000 Arbeiter allein in der BRD, insofern haben die Imperialisten recht. Die Arbeiter in den Monopolen sind der Kern der westdeutschen Arbeiterklasse, sie machen die große Produktion. Sie werden durch das Monopolkapital selbst geeint in der Produktion und organisiert.

Nutzen die Arbeiter in den Monopolen der Automobilindustrie die für den Kampf günstige Konkurrenzlage der Monopole untereinander gegen die Lohndrückerei für 60 Pfennig mehr jetzt, so können sie die ganze Klasse im Kampf um den Lohn einen und die Grundlage schaffen für die Organisierung großer politischer Massenstreiks gegen die Gesetzesmaßnahmen der Regierung, die auf die Aussaugung ihrer Lebenskraft zielen.

Schulkosten

„Ich habe fast 500 DM ausgegeben für fünf Kinder", berichtet eine Frau aus Hannover über die Kosten des Schuljahresbeginns. Die Kinder gehen alle zur Grund- und Hauptschule. 200 DM sind bei einer anderen Familie draufgegangen für zwei Kinder, eins in der zweiten und eins in der fünften Klasse. Und jeden Monat neue Kosten: Hefte, Buntstifte in allen möglichen Farben, damit den Kindern die Mengenlehre auch eingebleut werden kann, Fahrkarte, Turnzeug ... Wer's nicht mitbringt, kriegt Ärger und schlechte Noten.

Und wofür? Damit die Jugend der arbeitenden Klassen abgerichtet wird zur Fabrikarbeit für die Kapitalisten. Die hohen Kosten des Schulbesuchs helfen mit, die Jugend beizeiten auf den Arbeitsmarkt zu befördern. Die aufwendige Unterdrückung ihrer Jugend zahlt die Arbeiterklasse doppelt: durch die Steuer Schulaufsicht, Lehrer und moderne Schul-Zuchthäuser, dazu das Material, das draufgeht bei den Bemühungen der Bourgeoisie, der Jugend die Köpfe voll bürgerlicher Ideologie zu pressen.

J. geht in die neunte Klasse der Hauptschule am Mühlenberg, Hannover. Sein Vater, Arbeiter, hat früher bei VW und auf der Conti gearbeitet, dann ist er krank geworden, hat eine Umschulung gemacht – jetzt fegt er in einer Fabrik. Die Mutter putzt in der Medizinischen Hochschule. Unter 1 700 DM brutto verdienen beide zusammen.

J. ist „Freitrinker". Das ist eine „freiwillige Leistung der Stadt Hannover", betont Herr Borsum vom Schulamt. „Freitrinker" kriegen die Schulmilch und gebrauchte Schulbücher von der Stadt. Gut tausend sind es in Hannover, fast 900 davon Sonderschüler.

Um „Freitrinker" zu werden, muß man der Schule die „Bedürftigkeit" nachweisen. „Bedürftig" sind Eltern, die zusammen weniger als 1 400 DM brutto verdienen, für mehr als ein Kind noch je 150 DM mehr.

Für Klassenfahrten müssen auch „Freitrinker" mindestens 20 DM selbst bezahlen. J. können seine Eltern kein Geld für die Schule geben. Er muß „Bild am Sonntag" austragen, für 20 DM die Woche.

Die Hauptschule am Mühlenberg ist Ganztagsschule. J. wollte am Mittagessen in der Schule teilnehmen. Seine Eltern können das nicht bezahlen. Die Schulleitung hat seiner Klassenlehrerin gesagt, sie soll sich darum „kümmern", sonst hetzt sie der Familie das Jugendamt auf den Hals.

Von wem sonst lernt die Arbeiterjugend wirklich was über die Produktion und den Klassenkampf als von den älteren Arbeitern? Die Klasse demütigen will die Bourgeoisie, wenn der Staat Rechtfertigung verlangt von Arbeitern, weil sie Lernmittel für die bürgerliche Schule von gedrückten Lohn nicht kaufen können. Als ob sie kein Interesse an Ausbildung ihrer Kinder hätten!

Der Stadtschülerrat Hannover hat Anfang August einen „Schulbuchflohmarkt" veranstaltet. 14 000 sind im Niedersachsenstadion gekommen, obwohl es 50 Pfennig Eintritt gekostet hat. Damit man das Lügenzeug, das in den Schulbüchern steht, wenigstens etwas billiger kriegt. Jetzt will der Schülerrat mit den anderen Schülervertretungen in Niedersachsen über Aktionen zur Durchsetzung der Forderung nach Lernmittelfreiheit beraten, statt Flohmärkten. Das ist richtig.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 35/77: 32 000

Die Würde Frankreichs

Am 19. August hat der französische Außenminister Guiringaud seinen Besuch in Tansania schlagartig abgebrochen. Er sah sich bei seiner Ankunft auf dem Flughafen einer Demonstration gegenüber, einer „unzulässigen" und „antifranzösischen". Tatsächlich hat er sich verschiedene Wahrheiten anhören müssen, z.B. vom tansanischen Staatspräsidenten Nyerere, der erklärte, die französische Regierung sei „anmaßend, herausfordernd und in ihren Beziehungen zu Afrika vom Krämergeist beseelt". „Es ging mir bei meiner Entscheidung um die Würde Frankreichs", erklärte der Lump. Diese „Würde", die in den unabhängigen Staaten Afrikas während des Besuchs hochgehalten werden sollte, hat unter anderem darin bestanden, über 300 Jahre lang die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu unterjochen und auszubluten.

17. Jahrhundert. Unter der Herrschaft Ludwigs XIV. begannen französische Kolonialisten mit der Eroberung Amerikas und trugen ihren Teil zur Vertreibung und Vernichtung der Indianer bei. Der Raub ihrer Reichtümer war eine Einnahmequelle des verfaulenden französischen Feudalismus wie auch eine Grundlage der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation in Frankreich. Nantes, Zentrum des Sklavenhandels, war Ausgangspunkt der manufakturmäßig betriebenen Baumwollindustrie.

18. Jahrhundert. Das ökonomisch und von den Seestreikräften her weit überlegene England nahm dem französischen Konkurrenten den größten Teil seiner kolonialen Beute ab.

Anfang des 19. Jahrhunderts unternahm die französische Bourgeoisie unter Napoleon neuerlich große Anstrengungen, ein koloniales Reich aufzubauen, eroberte unter anderem Ägypten und unternahm den Versuch, durch den Aufbau einer Suez-Route die Kap-Route zu ersetzen. Diese Eroberungen wurden ihnen neuerlich von England abgenommen.

1830. Seit der Eroberung Algeriens beginnt Frankreich, Schritt für Schritt sein Kolonialimperium aufzubauen, das zum Beginn des 1. Weltkrieges einen großen Teil Nord- und Westafrikas, Indochina, Obok und Djibouti am Roten Meer, Madagaskar, Tahiti sowie die Hebriden und Neukaledonien umfaßt. Das geraubte Land umfaßt ein Gebiet von 10 Millionen Quadratkilometern, die versklavten Nationen eine Zahl von 46 Millionen Einwohnern.

1918. Der französische Imperialismus vergrößert sein Kolonialgebiet um den Anteil an der Beute, den er dem deutschen Imperialismus abgenommen hat, insbesondere Togo und Kamerun sowie Syrien und Libanon aus ehemals türkischem Besitz.

1931. Zum Zeitpunkt der Kolonialausstellung umfassen die geraubten Länder ein Gebiet von 12 Millionen Quadratkilometern mit 70 Millionen Einwohnern.

Von Anfang an haben die Völker ihrer Versklavung durch die Kolonialisten Widerstand entgegengesetzt.

1840 führten die Einwohner Tahitis einen Aufstand durch, er wurde niedergeschlagen.

1917. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution nimmt der Befreiungskampf der Völker einen Aufschwung, verbindet sich mit der Arbeiterbewegung und wird Teil der proletarischen Weltrevolution.

1929 wird in Indochina die Kommunistische Partei gegründet. Während des Krieges gegen den Faschismus vertreiben die Völker Algeriens und Indochinas die faschistischen Invasoren und wollen ihre Länder gemäß ihrem Willen wieder aufbauen.

1946/47. Durch blutige Verbrechen versucht dies der französische Imperialismus zu verhindern: 90 000 ermordete Madegassen, 40 000 ermordete Algerier, 6 000 ermordete Vietnamesen gehen auf sein Konto.

1954. In einem heroischen Kampf erringt das vietnamesische Volk einen großen Sieg über den französischen Imperialismus, ein Meilenstein auf dem Weg, der 1975 zur vollständigen Vertreibung des Imperialismus aus Vietnam führte.

1954 – 1962. Unter Führung der FLN führt das algerische Volk den bewaffneten Befreiungskampf, den die französischen Imperialisten wiederum in Blut zu ersticken versuchen, bis sie 1962 die Unabhängigkeit Algeriens anerkennen müssen.

Weitere Länder setzen die Schläge gegen das Kolonialjoch fort.

1977. Frankreich anerkennt die Unabhängigkeit Djiboutis.

Ihre Erfahrungen mit Kolonialismus und Neokolonialismus werden die Völker nie vergessen. Das Volk des unabhängigen Tansania hat dem französischen Imperialismus ein würdige Lektion erteilt. – (Mi-Red.)

US-Presse anläßlich der Vance-Reise nach Peking

Dreiste Rechtfertigung der Okkupationspolitik und „Suche nach einem Kompromiß"

Ende August fuhr der Außenminister des US-Imperialismus, Cyrus Vance, nach Peking. Die US-Imperialisten halten an ihrer Absicht fest, die Okkupation Taiwans fortzusetzen und Taiwan als Stützpunkt für die Errichtung ihrer Herrschaft über ganz China aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig suchen sie die „Normalisierung der Beziehungen" zur VR China, in der Hoffnung – etwas anderes können sie in ihrer ganzen Verkommenheit unter „normalisierten Beziehungen" gar nicht verstehen – den Kurs des chinesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus aufzuweichen, um sich im Land festzusetzen und die VR China in den eigenen Kampf um die Weltherrschaft zu verwickeln.

Vor dem Besuch: Hoffnung auf „Veränderung"

„,Über eine Anzahl wichtiger Streitfragen', sagte vor zwei Jahren grob der chinesische Vizepräsident Teng Hsiao-ping zu einem amerikanischen Besucher, Cyrus Vance, ,kann keine gemeinsame Sprache gefunden werden'", erinnert das amerikanische Wochenmagazin „Time" an frühere Abfuhren der US-Imperialisten in der von ihnen so genannten „Taiwan-Frage", um hoffnungsfroh fortzufahren: „Aber die Zeiten haben sich geändert." (Woche vom 22. bis 29.8.)

Die Zeitschrift „Newsweek" derselben Woche ergänzt:

„Zur Zeit hat Chinas neue Führung ...einen Prozess der ,Entmaoisierung' in Gang gesetzt ... das Triumvirat (Hua, Teng und Yeh) hat sich von Maos fortgesetzter Revolution abgewandt zu einem disziplinierten, produktionsorientierten Programm des wirtschaftlichen Wachstums und der politischen Stabilität, und es möchte Chinas Landwirtschaft und Industrie mit Hilfe ausländischer Technologie modernisieren ...

Es bleibt abzuwarten, ob Chinas neue Führer willens sein werden, die USA auf halbem Weg zu treffen. Bisher ist die Wiederannäherung weitgehend eine Einbahnstraße gewesen: zwei US-Präsidenten, drei Außenminister und Dutzende von Senatoren und Kongreßmitglieder sind nach China gereist, noch nicht ein prominenter Chinese hat die USA besucht. Die entscheidende Frage ist, ob Chinas Führer in der Streitfrage Taiwan ein bisschen entgegenkommender sein werden als ihre Vorgänger. Vance sollte die Antwort auf diese Frage in Peking erfahren, aber als er seine Reise begann, schien die Normalisierung noch in entfernter Sicht zu liegen."

Mit Drohungen und Anbiederei soll ein „Kompromiß" durchgesetzt werden

Die „Time" macht sich für „Normalisierung" und „Kompromisse" stark:

„Viele US-Politiker sagen jetzt, daß volle diplomatische Beziehungen zu Peking nicht die Aufgabe Taiwans bedeuten brauchen. ,Sogar nach der Normalisierung', sagte ein Chinaspezialist in Washington, ,wird es ein Taiwan-Problem geben. Taiwan ist einer unserer führenden Handelspartner, und wir haben 500 Mio dort investiert. Wir erwarten, daß diese Verbindungen bleiben, ebenso wie andere nichtdiplomatische Verbindungen, und wir erwarten, daß Peking nicht dagegen protestiert, nicht mehr, als es gegen die (Verbindungen) von Japan und Australien mit Taiwan protestiert."

Einen „Kompromiß" im „eigenen Interesse" schlägt, der nichts anderes bedeutet, als daß die VR China auf ihre Provinz Taiwan „verzichten" soll, und darauf „verzichten" soll, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, diesen Ratschlag gibt der Kommentator des „International Herald Tribune" der VR China am 23.8.:

„Die Vereinigten Staaten können, aus einer Vielzahl von Gründen, einschließlich ihrer strategischen Interessen und ihres gegebenen Wortes, nicht mit Taiwan brechen ... Aber die chinesische Festland, mit dem harten Atem des russischen Bären an tausenden von Grenzmeilen, würde schlecht beraten sein, sich mit den USA über eine Insel – selbst eine große, reiche Insel – vor seinen Küsten zu entzweien."

Zu dieser kaum verhüllten Drohung gesellt sich im Hauptartikel derselben Zeitung über die Vance-Reise widerwärtig imperialistische Anbiederei:

„US-Beamte hatten berichtet, daß Mr. Vance den Chinesen zeigen wollte, wie die Zusammenarbeit in bestimmten Teilen der Welt, wie dem Nahem Osten oder dem Südlichen Afrika, dazu beitragen kann, die Bedrohung durch die SU abzuwehren, die die Chinesen als größere Bedrohung ansehen als die US-Präsenz in Taiwan. Eine solche Zusammenarbeit, denkt Mr. Vance ..., könnte die Chancen verbessern, einen Kompromiß mit den Chinesen über Taiwan zu erreichen."

Der „Kompromiß" „Volle diplomatische Beziehungen" gegen „einige Zeichen ..., daß China nicht versuchen wird, seine Inselprovinz mit Gewalt wiedereinzunehmen." (IHT, 25.8.)

Es geht einfach nicht in den Kopf dieser Schreiberlinge und ihrer Auftraggeber, daß sie es mit einem sozialistischen Land zu tun haben, das sich weder imperialistischer Druck beugt noch daran denkt, selbst nach Weltherrschaft zu streben, ob „in Zusammenarbeit" oder ohne. Die US-imperialistischen Kuhhändler bleiben auf ihrem „Kompromiß-Angebot" sitzen. Sie wurden, je mehr ihre Hoffnungen schwanden, immer dreister bei der Rechtfertigung ihrer Okkupation Taiwans. So geiferte ein W. Burkley unter dem Titel: „Der Kampf gegen den Verrat von Taiwan" im IHT vom 25.8.:

„In Taiwan ist unsere Anwesenheit von großer symbolischer Bedeutung. Solange unser Vertrag feststeht, zeigen wir der Welt, daß wir bereit sind, mit den kommunistischen Supermächten zu verhandeln, aber deshalb noch nicht bereit sind, sie dadurch zu besänftigen, daß wir ihnen noch mehr Menschen als Opfer überlassen."

„Was würden wir gewinnen von unserem Rückzug aus Taiwan? ...Was wir uns einzuhandeln im Begriff sind, ist eine Kapitulation vor dem Willen des China-Festlandes. Was ist das für ein Gewinn?"

„Nun, sich von der Verpflichtung zurückziehen, weil sie nicht länger notwendig ist, ist eine Sache – aber was hat sich in der Zwischenzeit in den chinesisch-taiwanesischen Beziehungen geändert? Sich von der Verpflichtung zurückziehen als Gegenleistung für eine verbesserte Position, ist eine weitere Sache – aber das steht nicht in Aussicht. Sich einfach zurückziehen, um dem schwachen Willen des Festlandes zu schmeicheln, ist erniedrigend."

Der Standpunkt der VR China ist vollständig gerecht!

Der Vance-Besuch, stellten die US-Zeitungen übereinstimmend fest, war gescheitert, bevor er begann:

„Noch bevor Mr. Vance zu Gesprächen mit Mr. Huang (Außenminister der VR China) an diesem Nachmittag zusammentraf, hatten die Chinesen öffentlich ihren hartnäckigen Widerspruch zu jeder Einmischung von außen bezüglich Taiwan zum Ausdruck gebracht.

,Wenn die Beziehungen zwischen den beiden Ländern normalisiert werden sollen, müssen die Vereinigten Staaten ihre sogenannten diplomatischen Beziehungen zur Chiang (Ching-kuo, nationalchinesischer Präsident – Einfügung des IHT) -Clique abbrechen, alle ihre Streitkräfte von Taiwan und dem Gebiet der Taiwanesischen Meerengen zurückziehen und ihren sogenannten ,beiderseitigen Verteidigungsvertrag" mit der Chiang-Clique aufheben', zitierte die Nachrichtenagentur Neues China den Vorsitzenden der chinesischen Kommunistischen Partei, Hua Kuo-feng, aus seiner Rede an den Nationalen Parteitag ... ,Die Rede des Vorsitzenden Hua drückt den Willen des 800 Millionen Chinesen aus und erklärt den konsequenten Standpunkt der chinesischen Regierung', sagte Mr. Huang." (IHT, 23.8.) – (Z-Red.)

Nach dem Tode von Makarios: Neue Versuche der Imperialisten, Zypern zum Spielball ihres strategischen Kalküls zu machen

„Ich würde meinen Nachfolgern sagen, niemals die geschaffenen Fakten zu unterzeichnen und zu ratifizieren"

Der Tod von Erzbischof Makarios ist ein großer Verlust für das zypriotische Volk und für die Völker der Welt, denn er war ein Kämpfer für nationale Unabhängigkeit und Befreiung und ein Feind der Imperialisten.

Die Regierung und die Parteien Zyperns hat Makarios' Tod und der Wunsch der Massen nach Fortsetzung seiner Politik dazu gezwungen, eine Einigung über den Nachfolger Makarios' für den Rest der offenen Amtszeit bis zum Februar 1978 herbeizuführen. Es ist der Präsident des Abgeordnetenhauses Kyprianou. Kurz vor seinem Tod hatte Makarios zu den Aufgaben des zypriotischen Volkes nach der Spaltung Zyperns gesagt (am 21. Juli 1977): „Ich würde meinen Nachfolgern sagen, niemals die geschaffenen Fakten zu unterzeichnen und zu ratifizieren." Und: „Fragen und Skepsis werden bei einigen aufkommen, wenn sie mit der Idee des langwierigen Kampfes konfrontiert werden. Dies sind Kleingläubige und Defätisten. Ich betone, daß der langwierige Kampf viele Formen annehmen kann." Daß praktisch alle Parteien Kyprianou am 10. September zur Wahl ohne Gegenkandidaten vorschlagen werden und sich damit auf ihn als Präsidenten bis zum Februar 1978 festgelegt haben, versucht die Imperialistenpresse jetzt als Zeichen für die völlig ungeklärte Lage darzustellen. Nämlich als Manöver, um den Widersprüchen um die Fortsetzung der Politik Makarios' aus dem Wege zu gehen und die Entscheidung über den fortzusetzenden Kurs bis Februar zu vertagen. Das ist eine absichtsvolle Lüge, um die Bedingungen für das „klärende" Eingreifen der Imperialisten zu schaffen.

Unterstützt wird Kyprianou von der Demokratischen Partei, von der Sozialistischen und der revisionistischen Partei. Klerides, der bei den letzten Wahlen mit seiner „Demokratischen Sammlung" 25% der Stimmen erhielt und im Parlament nicht vertreten ist, wollte zunächst an der Regierung beteiligt werden. Dann proklamierte er seine Gegenkandidatur. Jetzt hat er erklärt, daß er bei den Wahlen am 10. September nicht kandidieren werde, sondern „das Gewicht auf die Vorbereitung der Wahlen vom Februar 78" legen werde. (Le Monde, 16.8.77) Er vertritt die Position, daß die Imperialisten „ermutigt werden müßten, sich um die Angelegenheiten Zyperns mehr zu kümmern". Herbeigeführt werden müßten „neue Initiativen der Vereinigten Staaten und der Mitglieder der EG, um die Türkei davon zu überzeugen, ihre Mäßigung und Vernunft in der Zypern-Angelegenheit zu zeigen". (Le Monde) Diese Position, die den Imperialisten in die Hände arbeitet, ist der Grund für die Forderung von Klerides in der Bourgeoispresse. Sie ist der Grund dafür, daß die Auseinandersetzung zwischen Kyprianou und Klerides zum „Duell" (Neue Zürcher Zeitung, 9. August) und „Diadochenkampf" (Neue Zürcher Zeitung, 10. August) hochstilisiert wurde.

Denn die Imperialisten sind mit dem Tode Makarios' erneut in wilde Hektik verfallen. Sie hoffen Vorteile aus der Lage ziehen zu können, hoffen Zypern als Militärposten und Ausgangspunkt für die Vorherrschaft im Mittelmeer und als Objekt der Ausbeutung und Ausplünderung sichern zu können. Die US-Imperialisten hatten ihren Beauftragten Clifford gleich vor Ort und Stelle, um die Lage auszukundschaften und gleich eingreifen zu können. Der erklärte gegen die Türkei gerichtet und wurde dabei von den britischen Imperialisten unterstützt: Der Nachfolger von Makarios sei der Präsident ganz Zyperns. Das heißt, daß die US-Imperialisten nach dem mißglückten Putsch gegen Makarios, nachdem sie daraufhin die verhaßte Diktatur Joannides in Griechenland fallenlassen mußten und die breite Bewegung der griechischen Volksmassen gegen die US-Imperialisten und gegen die NATO sich entfalten konnte, sich gegenwärtig nicht soviel durch den Zugriff auf Zypern über Griechenland versprechen. Also halten sie sich die Möglichkeit offen, in Zypern als „Vorkämpfer der Unabhängigkeit" eine Marionettenregierung aufzubauen. Dabei muß man berücksichtigen, daß ein Großteil der faschistischen EOK-Bewegung, die den Putsch gegen Makarios mit getragen hat, noch in ihren Ämtern ist, weil Makarios den Zeitpunkt für eine endgültige Säuberung noch nicht für gekommen hielt.

Die französischen Imperialisten haben zum gleichen Zeitpunkt erklärt – in Abgrenzung zu den US-Imperialisten und in Unterstützung für die türkische Regierung – man müsse noch sehen, wen Kyprianou dann vertrete.

Die Sozialimperialisten halten sich gegenwärtig mit offiziellen Stellungnahmen zurück. Sie setzen auf die revisionistische „EDEK", die bei den Wahlen 40% Stimmen erhalten hatte, und sie setzen auf die Zypern-Konferenz der UNO im Herbst, an der sie als Mitglied des Sicherheitsrates beteiligt sein werden.

Die BRD-Imperialisten entwickeln hektische Reisetätigkeiten. Genscher war in Griechenland und reiste anschließend als treuer Makler in die Türkei. Kurze Zeit darauf ließ sich Regierungssprecher Bölling in Griechenland sehen.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie gibt sich völlig besoffen über die großartigen Erfolge des Herrn Genscher. In mehreren Leitartikeln schwärmt die „Frankfurter Allgemeine", daß außer den USA überhaupt nur noch die BRD diese großartige Vermittlerrolle zwischen Griechenland und der Türkei einnehmen könne. Daß die Gespräche große Fortschritte machten, daß Genscher von allen Seiten beglückwünscht werde und sowohl Griechenland als auch die Türkei überhaupt nur auf ihn gewartet hätten, um ihre Widersprüche unter anderem auch in der Zypern-Frage zu lösen. Ein Erfolg sei natürlich auch, daß neue Investitionsvergünstigungen von Griechenland gegeben seien und eine sichere Bearbeitung der Investitionsanfragen der BRD-Monopole, „worüber die Unternehmer sich beklagt hätten". Als Gegenleistung trete die BRD auch für eine rasche Aufnahme Griechenlands in die EG ein. (Frankfurter Allgemeine vom 18. und 20. August) Die Regierung des westdeutschen Finanzkapitals verfolgt also den Kurs, die Spaltung aufrechtzuerhalten in Zypern und über Sonderbeziehungen, gegründet auf wirtschaftliche Abhängigkeit, sich den Zugriff auf Zypern zu sichern.

Dafür sprechen sich mehrere Leitartikel in den „Nachrichten für Außenhandel" seit dem Tode Makarios aus. Sie alle gehen von der Beibehaltung der Schwächung der Wirtschaft Zyperns durch die Teilung aus und propagieren dann die Möglichkeit des Kapitalexports nach Zypern und stellen verschiedene Projekte vor, um die sich die westdeutschen Monopolkapitalisten kümmern sollten. Zur Wirtschaftspolitik Zyperns, mit der Makarios versucht hatte, die Wirtschaft des Landes nach der Teilung wieder aufzubauen, wird gesagt: Die Arbeitslosigkeit hätte gesenkt werden können, vor allem durch arbeitsintensive Produktion und auch Export. Jetzt aber müßte die Politik geändert werden, und es fehle an Kapital. Außerdem sollte Ersetzung von Import durch Export verfolgt werden. Dazu gebe es jetzt die Einrichtung einer Freihandelszone. Dort wollen die Imperialisten zollfrei die Ausbeutung betreiben.

Die Absichten der Imperialisten sind durchsichtig. Sie wollen Zypern zum Spielball ihrer strategischen Interessen machen. Zum „Flugzeugträger" für die Beherrschung des Mittelmeeres, wie sie es nennen. Dazu müssen sie die Spaltung und Unterdrückung des zypriotischen Volkes durchsetzen, je nach Lage durch den Aufbau einer Marionettenregierung, durch in internationale „Schutztruppen" unter dem Mantel der UNO oder durch die vollständige Teilung des Landes. Die zypriotischen Volksmassen müssen den Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit und Befreiung fortsetzen und dazu die Einheit zwischen den beiden Nationalitäten, den Griechen und Türken, auf Zypern herstellen. Kyprianou, der neue Präsident jedenfalls hat erklärt, er werde „treu der Politik des Präsidenten Makarios auf allen Gebieten folgen". (Le Monde vom 16. August) – (Z-Red.)

Ein Goldesel für Bourgeois

Die Bourgeois haben die Arbeitslosenversicherung den Arbeitsämtern einverleibt. Im Paragraph 1 des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969 werden die Arbeitsämter verpflichtet, „im Rahmen der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung" zu wirken, und zwar so, daß „das Wachstum der Wirtschaft gefördert wird". Damit ist die Knebelung der Versicherung unter die Zwecke der Kapitalistenklasse im allgemeinen und unter die Absichten der Regierung im besonderen gesetzlich fixiert. Das Ergebnis sieht man an der Rechnung der Ausgaben und Einnahmen für 1976. Tatsache ist, daß für den Zweck der *Arbeitslosenversicherung* in einer Zeit, wo diese nötig gebraucht wird, das wenigste Geld zur Verfügung steht. Nur knapp zwei Fünftel der Ausgaben 1976 wurden für Arbeitslosengelder ausgegeben. Der größte Teil der Gelder ging drauf für Maßnahmen zur Förderung der kapitalistischen Rationalisierung und der Mobilität der Arbeitskraft: Nach und nach wurde allerhand in die Versicherung hineinverwoben: Lohnzahlungen für Bauarbeiter im Winter, für Arbeiter, die auf Kurzarbeit gesetzt sind, Umschulung für die neue Maschinerie der Kapitalisten, Auszahlung des Kindergeldes, Auszahlung von Lohngeldern an Arbeiter, deren Kapitalist sich nach einem Konkurs abgesetzt hat, Darlehen und Zuschüsse für Bauten oder Material bei Ausbildungsmaßnahmen, bis hin zum Ersatz von Lohnkosten bis zu 120 %. Wir haben die Ausgaben für diese Maßnahmen in einer Summe zusammengefaßt, da die veröffentlichte Jahresrechnung der Bundesanstalt für Arbeit eine genaue Aufgliederung, wohin die Gelder im einzelnen gehen, nicht ermöglicht. Zu diesen Ausgaben kommt die immense Summe für den Bespitzelungs- und Unterdrückungsapparat der Arbeitsämter. 150000 Widersprüche gegen ihre Schikanen haben die Arbeitsämter 1976 abgelehnt oder „auf andere Weise erledigt". Doppelt so viel wie zwei Jahre zuvor. Die Kasse lohnt sich, die Kapitalisten greifen kräftig zu. – (Z-Red.)

Das Vermögen der Arbeitslosenversicherung Ende 1976
(Mio DM)

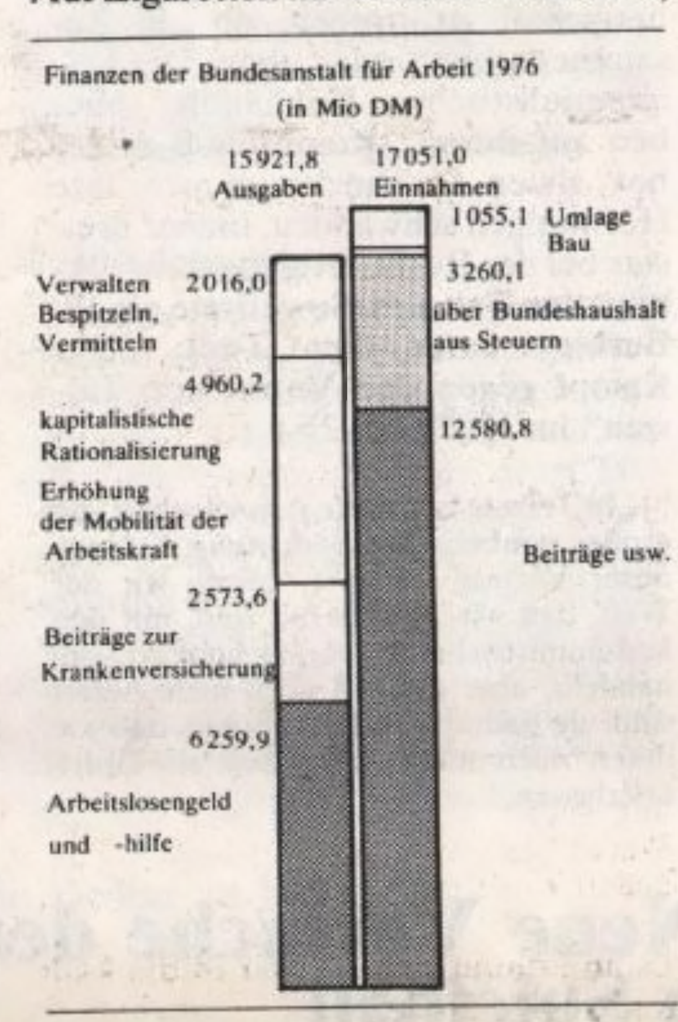
Barkasse und Bankkonto	100,0
Bankeinlagen	1491,0
Staatspapiere	275,0
Darlehen für Arbeitsbeschaffung usw.	2147,9
Grundstücke usw.	564,4
Gesamtvermögen	4578,3

Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: Milch und Honig für die Kapitalisten und ihren Staat / Sklavendasein für die Arbeiter

Hamburg. Ein jugendlicher Arbeiter, der vom Hamburger Senat für Gartenarbeiten im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zwangsverpflichtet wurde, berichtete uns:

Seine erste Lehre als Maler hat er abgebrochen, weil er eine Lehre als Betonwerker anfangen konnte. Am letzten Tag der Probezeit haben sie ihn gefeuert, weil er angeblich absolut ungeeignet für den Beruf sei. Danach hat der Staat ihn für mehrere Monate ins Heim gesteckt und ihn dort für ein Taschengeld arbeiten lassen. Nach einem Jahr Schwarzarbeit meldete er sich arbeitslos. Wegen der Folgen einer Handverletzung bekam er keine neue Arbeit. So war er zum Beispiel durch die Arbeitslosigkeit gezwungen, bei der Ordnertruppe während des Hamburger Uni-Streiks für 80 DM am Tag anzuheuern. Nach dreimonatiger Arbeitslosigkeit wurde er zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) herangezogen. Nach den ersten drei Wochen erhielt er einen Lohnabschlag von 200 DM, nach den nächsten zwei Wochen ebenfalls. Seine erste Lohnabrechnung für August erhält er erst am 21. September. „Wie ich damit längs kommen soll, weiß ich selbst nicht." Auf Zigaretten hat er schon verzichtet,



sein Motorrad verrostet im Keller, weil er kein Benzin kaufen und die Versicherung auch nicht zahlen kann, in seiner Stammkneipe hat er schon 70 DM Schulden. Das Geld reicht knapp für Miete und Strom und die allernötigsten Lebensmittel. Wenn er nicht schon vorher eine Jahreskarte für den Nahverkehr gehabt hätte, müßte er diesen Monat entweder schwarzfahren oder das Essen aufgeben. Einen Fahrtkostenzuschuß erhält man nur, wenn man ihn vor Antritt der ABM-Arbeit beantragt und nachweist, daß man ihn wirklich braucht. Er hat sich schon überlegt, ob er nicht einen Kredit aufnehmen soll, um wenigstens einigermaßen leben zu können. Doch völlig in die Klauen der Finanzbourgeoisie wollte er nicht geraten.

Zum Sterben zuviel, zum Leben zu wenig bringt diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für den jungen Arbeiter. Er ist einer von den 1200, die vom Hamburger Senat zu ABM-Arbeiten gepreßt werden. 11,76 Mio. DM will der Senat in diesem Jahr für sein ABM-Programm ausgeben. Beschafft werden sollen Arbeitsplätze insbesondere für „Problemgruppen des Arbeitsmarktes (z.B. ältere, leistungsgeminderte und langfristig Arbeitslose, Angestellte, Frauen, Teilzeitkräfte, Jugendliche und bestimmte Akademikergruppen)" (Erläuterungen zum Haushaltsplan 77 des Hamburger Senats). Diese Arbeiter und Angestellten werden für ein halbes Jahr zwangsverpflichtet zu Arbeiten in der Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen, z.B. im Botanischen Garten, auf Friedhöfen, für Sportplatzinstandsetzungen und für einfache Verwaltungstätigkeiten. Ablehnen können sie diese Arbeit nicht, denn sonst wird ihnen das Arbeitslosengeld gesperrt bzw. gestrichen. Ein Kündigungsrecht, was den Lohnarbeiter vom Sklaven unterscheidet, existiert für ABM-Beschäftigte faktisch nicht: Wer, ohne einen anderen Arbeitsplatz gefunden zu haben, kündigt, gilt als „offensichtlich arbeitsunwillig". Er erhält kein Arbeitslosengeld mehr.

Nachdem die Arbeiter so zu ABM-Arbeiten gepreßt worden sind, müssen sie eine Verpflichtungserklärung für dieses halbe Jahr unterschreiben, der Arbeiter in der Verwaltung werden zum Gelöbnis auf die Verfassung gezwungen. Der Vertretungsrechte durch Personal- und Betriebsräte sind sie beraubt. Gewerkschaftliche Rechte gelten für sie nicht. So steht im Merkblatt der Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde für ABM-Beschäftigte: „Wer unentschuldigt von der Arbeit fernbleibt, unberechtigt die Arbeit verweigert, die Arbeitszeit nicht einhält oder gegen die betriebliche Ordnung verstößt, muß damit rechnen, daß ihm fristlos gekündigt wird." Ein klares Streikverbot.

Doch damit ist der Zuchthauscharakter der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Staat und Kapitalisten noch nicht umfassend genug: Der Lohn wird festgelegt auf behördlichen Erlaß, höchstens in Anlehnung an den Bundesangestelltentarif (BAT). Die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten erhält zwischen 8 DM und 9,50 DM die Stunde. Auf den Ortszuschlag im öffentlichen Dienst haben sie keinen Anspruch. Bei den Jugendlichen wird der Lohnraub besonders weit getrieben. Für die gleiche Arbeit erhalten sie bis zum vollendeten 16. Lebensjahr nur 65 %, bis zum vollendeten 18. Lebensjahr nur 85 % und bis zum vollendeten 19. Lebensjahr nur 95 % des Lohnes eines erwachsenen nach ABM beschäftigten Arbeiters. Für alle ABM-Beschäftigten erfolgt die Zahlung für den ersten Arbeitsmonat erst am 21. des darauf folgenden Monats. Entsprechend für die nächsten Monate. Der Staat zwingt so den Arbeiter, den zinslosen Kredit, den er dem Staat bei Zahlung am nächsten Ersten unfreiwillig entrichtet, noch um 21 Tage zu verlängern.

Die Kapitalisten und ihr Staat wollen, daß für sie mit diesem ABM-Programm Milch und Honig fließen sollen: Einen Teil der Arbeiterklasse, gepreßt zum Arbeitsdienst, will die Bourgeoisie als Spalter und Lohndrücker im öffentlichen Dienst einsetzen. Die Arbeiterklasse soll das Ganze auch noch finanzieren. Mindestens 60 % der Ausgaben für die Arbeitsbeschaffung holt sich der Staat aus der Arbeitslosenversicherung zurück. Für dieses Jahr hat sich der Hamburger Senat schon ausgerechnet, daß er sich von den 11,76 Mio. DM Ausgaben für ABM durch Plünderung der Versicherungsgelder der Arbeiterklasse mindestens 7,056 Mio. DM aus der Arbeitslosenversicherung zurückergattern kann (Haushaltsplan 1977).

Es wird klar, warum die Kapitalisten und die bürgerliche Presse über die ABM-Programme jubeln. – Bezirk Hamburg-Unterelbe)

300 ABMler festigen Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staat

Westberlin. Der Kampf gegen die Arbeitsbeschaffungsprogramme des Westberliner Senats ist einen Schritt vorangekommen. Auf der von ABM-Beschäftigten organisierten Veranstaltung „Von der Arbeitslosigkeit wieder in den Arbeitsdienst?" am 24.8. versammelten sich erstmals über 300 Arbeiter, Angestellte und Jugendliche aus den voneinander isoliert gehaltenen ABM-Programmen. Sie diskutierten ihre elende Lage und schlossen sich fester gegen diese Lohndrückerbeschaffung zusammen.

Gegenwärtig gibt es Arbeiter, die ohne jeden Tarifvertrag arbeiten. Ihre Hungerlöhne werden ihnen vom Senator für Inneres diktiert; 4,66 DM für Wäscheausbesserinnen und 4,14 DM für Stopferinnen die Stunde.

Bei den rund 1 000 Jugendlichen, die in Krankenhäusern eingesetzt sind, setzt der bürgerliche Staat alles daran, um die jugendliche Arbeitskraft auszusaugen und sich vollständig zu unterwerfen. Völlig rechtlos sind sie in der Regel sechs Monate lang der Willkür des Dienstherrn ausgesetzt. Rebellieren die Jugendlichen gegen ihre Arbeit als Putzhilfe, Kartoffelschäler, werden sie strafversetzt zum Toilettenputzen.

Auf der Veranstaltung wurde mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die sich gegen das ABM-Programm als Instrument der Spaltung und Lohndrückerei richtet und die Umänderung aller Stellen in feste Planstellen fordert. Der Kampf gegen das ABM-Programm muß organisiert werden unter einer klaren Forderung gegen den bürgerlichen Staat. 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, Selbstverwaltung der Versicherungskassen durch die Versicherten, Bezahlung durch die Kapitalisten. – (Zelle FU Westberlin)

Kündigungsschutz: Freiheit für die Kapitalisten, die Arbeiter von Arbeit freizusetzen

§ 1 des Kündigungsschutzgesetzes bestimmt, „daß die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses gegenüber einem Arbeitnehmer, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und dessen Arbeitsverhältnis im Betrieb länger als 6 Monate bestanden hat, rechtsunwirksam ist, wenn sie sozial ungerechtfertigt ist". Sowieso steht also fest, daß die jugendliche Arbeitskraft unter 18 Jahren keinerlei Schutz vor Kündigungen genießt, muß sie sich als Hilfsarbeiter im Akkord verdingen. Und weiter besteht während eines halben Jahres Ausbeutung auch keinerlei Recht auf Einhaltung von Schranken. Gelten tut das Gesetz nur für Betriebe, die mehr als 5 Arbeiter beschäftigen. In allen kleinen Handwerksbetrieben hat der Arbeiter keinen „Kündigungsschutz". Im Absatz 2 des Gesetzes hebt das Gesetz die Schranken für die Arbeiter, für die es noch gilt, wieder auf: „Sozial ungerechtfertigt" ist eine Kündigung nur, wenn sie nicht durch das „Verhalten" oder „die Person des Arbeiters selbst" oder „dringende betriebliche Erfordernisse" bedingt ist. Für die Kapitalistenklasse unzumutbar ist das „Verhalten" eines Arbeiters, der sich weigert, daß der Akkord höhergeschraubt wird, und „personenbedingt" und damit kündbar sind die Krankheiten, die sich der Arbeiter auf der Grundlage der erbarmungslosen Profitproduktion zugezogen hat. So kündigt die Hoechst AG die Arbeiter, die sie im Umgang mit chemischen Stoffen 5 bis 6 Jahre ausgebeutet und gesundheitlich ruiniert hat mit der Begründung, „sie könnten aus gesundheitlichen Gründen an dem Arbeitsplatz nicht mehr eingesetzt werden, und ein anderer Arbeitsplatz stünde nicht zur Verfügung".

Schließlich „betriebsbedingt" ist die Kündigung, wenn der Kapitalist Rationalisierungen durchführt und geltend macht, sein Profit habe sich im letzten Jahr verringert.

Der Form nach regelt § 17 Kündigungsschutzgesetz die Unwirksamkeit einer Massenentlassung, wenn sie nicht dem Arbeitsamt angezeigt ist. Das gilt nur, wenn in Großbetrieben mit mindestens 500 Arbeitern mehr als 50 im Monat entlassen werden, das heißt 1/10 der Belegschaft kann der Kapitalist Monat für Monat ohne Hemmnis austauschen. Stehen die Arbeiter im Kampf gegen den Kapitalisten und führen einen Streik um mehr Lohn durch, so ist das Kündigungsschutzgesetz „im Interesse der Waffengleichheit" außer Kraft gesetzt. (§ 25 KSchG) – (Z-Red)

„Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit" – Drang nach schrankenloser Ausbeutung

Bourgeoispolitiker bei „Eingliederung der Jugendlichen in die Arbeitswelt" / Länderübersicht

Die hohe Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen nutzen die Kapitalisten zur Einrichtung von Arbeitsdiensten und zur Bereicherung. In allen Bundesländern haben die Landesregierungen Programme für die Einrichtung der Arbeitsdienste und Subventionen für die Kapitalisten beschlossen:

Schleswig-Holstein. Nach offiziellen Angaben sind in Schleswig-Holstein 4 400 Jugendliche arbeitslos, von denen 66,7% keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. In Niebüll ist, gefördert mit 2,8 Millionen DM, ein Jungenheim mit einer Werkstatt eingerichtet worden. Dort soll „arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen ... die Gelegenheit gegeben werden, aufbauende Arbeit zu leisten". In Rendsburg wurde für Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren ein Kursus zur „Verbesserung der Eingliederungsmöglichkeiten in die Arbeitswelt" durchgeführt, wo täglich 6 Stunden Kochen, Nähen, Hauswirtschaft, Lebenskunde usw. unterrichtet wird, für das die Mädchen ein Taschengeld bekommen, das sich nach dem Einkommen der Eltern richtet.

Hamburg. In Hamburg sind ca. 4 000 Jugendliche, davon 1 000 ausländische Jugendliche, arbeitslos. Für die Einstellung von „Lernbehinderten" und „behinderten" Jugendlichen, dazu zählen z.B. die Sonderschüler, erhalten die Kapitalisten zwischen 3 000 und 5 000 DM. In einem Sonderprogramm zur Arbeitsbeschaffung werden Jugendliche in einen halbjährigen Kurs gesteckt, wo sie u.a. viermal in der Woche eine „gärtnerische Tätigkeit" z.B. im Botanischen Garten und einen Tag in der Woche „handwerklichen Unterricht", wo Schallplattenboxen, Aschenbecher und Kerzenständer hergestellt werden, machen müssen. Das Programm wird mit 260 000 DM von der Stadt und dem Arbeitsamt finanziert.

Niedersachsen. 15 000 Jugendliche sind arbeitslos registriert. Im Raum Ostfriesland/Emsland wurden zusätzliche „Ausbildungsplätze geschaffen" im Hotel- und Gaststättengewerbe, bei Thyssen und VW Emden. Allein VW Emden erhält 460 000 DM. Überall wird das Berufsgrundbildungsjahr ausgedehnt. In Salzgitter wurde es für Metallberufe verbindlich eingeführt. Ab 1. August wird in Ostfriesland ein „freiwilliges Berufsgrundbildungsjahr" durchgeführt, nach dem die Jugendlichen eine Prüfung für einen Ausbildungsberuf machen sollen. In dem „freiwilligen Berufsgrundbildungsjahr" müssen z.B. die Mädchen in dem Kurs Hauswirtschaft ein vierwöchiges Praktikum machen, und jeweils zwei Mädchen des Kurses müssen samstags bei Altersheimen des Roten Kreuzes mit „Essen auf Rädern" Essen austeilen.

Westberlin. 2 200 Jugendliche unter 20 Jahren sind offiziell arbeitslos gemeldet. Der Senat hat im Öffentlichen Dienst und bei der Post Ausbildungsplätze gemietet. Für die Schulabgänger sind Förderkurse eingerichtet worden. Nach dem Berufsgrundbildungsjahr soll die Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer abgelegt werden für einen bestimmten Ausbildungsberuf. Die Ausbildungszeit verkürzt sich, wenn man vorher einen Ausbeuter gefunden hat. Zur Ausdehnung der Förderkurse und zur Erweiterung von Spitzeldiensten gegenüber den Jugendlichen ist ein dreigeschossiges „Berufsinformationszentrum" eingerichtet worden.

Nordrhein-Westfalen. Der Landtag hat ein Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit von 105 Millionen DM beschlossen. Danach erhalten Kapitalisten, wenn sie einen wegen Betriebsschließung arbeitslos gewordenen Jugendlichen einstellen, bis zu 6 Monaten 60% der „Ausbildungsvergütung" gezahlt. Schließen die Kapitalisten mit Jugendlichen „Betreuungsverträge" ab, d.h. Teilzeitarbeit, erhalten sie pro Vertrag 3 000 DM. Für „schwer vermittelbare Arbeitslose" werden Arbeitsplätze vor allem in der Sozialpflege, Grünanlagen, Erholungszentren, Büchereien, Archiven und Umweltschutz geschaffen. Für die Aufpasserdienste dafür, „die notwendige sozialpädagogische Begleitung", werden 10 Millionen ausgegeben. 400 Jugendliche sollen in den Öffentlichen Dienst, wo ihnen aber gleich mitgeteilt wird, daß sie nach der „Ausbildungszeit" nicht übernommen werden. In den Jugendwohnheimen und „Heimen der offenen Tür" werden Kurse während der sonst üblichen Arbeitszeit durchgeführt, „damit die Jugendlichen an den Rhythmus eines Arbeitstages gewöhnt werden".

Rheinland-Pfalz. Für den Ausbau des Spitzelapparates in den Arbeitsämtern speziell für Jugendliche werden 3 Millionen DM mehr ausgegeben. 2 Millionen Zuschüsse sollen die Kapitalisten insgesamt erhalten, wenn sie Jugendliche ohne Hauptschulabschluß oder Sonderschüler einstellen. Das Berufsgrundbildungsjahr oder ersatzweise Beteiligung an Teilzeitunterricht wird ausgebaut. Für die Jugendlichen, die schulentlassen werden, sind Karten eingeführt worden, die sie vorlegen müssen, wenn sie sich für eine Ausbildungsstelle bewerben.

Hessen. Die Klassen des Berufsgrundbildungsjahres sind von 60 auf 85 erhöht worden. Für die „Wiedereingliederung" Jugendlicher von pleite gegangenen Betrieben erhalten die Kapitalisten Zuschüsse. Für die Einstellung „behinderter und lernbeeinträchtigter Jugendlicher" bekommen sie jährlich 6 000 DM. Insgesamt werden für „gezielte Maßnahmen der Jugendhilfe für jugendliche Arbeitslose" 7,5 Millionen an Zuschüssen für die Kapitalisten und zum Ausbau des Spitzelapparates gezahlt. Jugendliche Arbeitslose sollen in die Krankenhäuser gesteckt werden als Krankenpflegeschüler. „Die unverhältnismäßig hohe Ausbildungsvergütung" von 980 DM monatlich soll gesenkt werden.

Baden-Württemberg. Für die Ausbeutung eines Lehrlings, der durch Konkurs des Betriebes arbeitslos geworden ist, erhält der Kapitalist 8 000 DM Prämie. Ebenso für die Ausbeutung „behinderter" Jugendlicher, wozu alle Sonderschüler zählen. Das Berufsgrundbildungsjahr wird ausgeweitet, und dabei „stärkeres Gewicht auf die praktischen Fähigkeiten" gelegt. Erprobt werden die „praktischen Fähigkeiten" zum Beispiel bei Audi NSU Neckarsulm. Die Landesregierung hat jetzt ein Programm ausgearbeitet gemeinsam mit Gemeinden und Verbänden, „um mitzuhelfen, daß Jugendliche nicht ohne jegliche sinnvolle Beschäftigung auf der Straße bleiben müssen" und ihre Mobilität zu erhöhen.

Bayern. Zum „Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" werden Grundausbildungslehrgänge für Schulentlassene, die wegen „Mangel an geeigneten Ausbildungsstellen", deren „Bewerbung wegen ihrer schulischen Leistung aussichtslos ist" und für arbeitslose Jugendliche, „für die eine Berufsausbildung nicht in Betracht kommt", eingerichtet. Wie das in der Praxis aussieht, kann man an dem Berufsgrundschuljahr sehen, das seit 1972 in Bayern angeboten wird. In der Nähe von Augsburg, in Aichach, werden für Mädchen, die aus der Schule entlassen sind, „berufsbezogene Berufsgrundschulkurse" angeboten. Da in dieser Gegend ein Zentrum der Textilindustrie besteht, lernen die Mädchen dort Zuschneiden und Nähen. Wenn sie das Jahr absolviert haben, erlischt ihre Berufsschulpflicht, und sie können schrankenlos dem Profitstreben der Textilkapitalisten unterworfen werden. Die Kapitalisten begrüßen diese Maßnahmen. „Die Wirtschaft wird dadurch im ersten Ausbildungsjahr finanziell entscheidend entlastet." Die zweite „Entlastung" bringt das 6-Millionen-Projekt der Staatsregierung zur Behebung des „Ausbildungsstellenmangels". Jeder Kapitalist, der eine Ausbildungsstelle zusätzlich anbietet, erhält 3 000 DM. Der Siemens-Konzern hat daraufhin sofort 200 Ausbildungsstellen angeboten und sahnt 600 000 DM ab.

Anders als durch Streik haben die Stahlarbeiter noch nie etwas erreicht



Streik der 4800 Stahlarbeiter im Werk Osnabrück, September 1969. Eine Woche wurde für 50 Pfennig mehr die Stunde gestreikt.

Anfang der 50er Jahre, nach den ersten Krisenerscheinungen des westdeutschen Imperialismus, kaufen die Klöckner-Kapitalisten die vor der Pleite stehende Norddeutsche Hütte auf und erhalten vom SPD-Senat für das Versprechen, 20000 Arbeitsplätze zu schaffen, ein 10 qkm großes Gelände direkt an der Weser für ein Butterbrot und ein Ei. Innerhalb von drei Jahren, von 1955 bis 1958, lassen sie sich von den Arbeitern in Tag- und Nachtarbeit ein Siemens-Martin-Stahlwerk, eine Blockbrammenstraße, eine Grobblechstraße, eine Warmbreitbandstraße und ein Breitbandkaltwalzwerk bauen. Ständig wird in diesen Jahren die Produktion ausgeweitet und revolutioniert. 1961 wird der erste Hochofen in Betrieb genommen, 1964 die Erzumschlaganlage in Bremerhaven, 1966 der zweite Hochofen. Gegen die Ausdehnung und Intensivierung des Arbeitstages haben die Arbeiter mit Abteilungsstreiks gekämpft. So wurde mit Streiks die viertelstündige Pause im Kaltwalzwerk erkämpft. Die Krise 1966/67 nutzten die Klöckner-Kapitalisten, um den Lohn kräftig zu senken. Auf der Grundlage des gekürzten Lohnes wurden eine Contischicht mit 12stündiger Sonntagsschicht und alle vier Wochen ein freies Wochenende eingeführt.

1968 stellt die Tarifkommission eine Lohnforderung von 10% auf. In der Urabstimmung stimmten bei einer Beteiligung von 98,4% 83,8% für Streik. Einen Tag vor Streikbeginn schließen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ab: 6,5%, Laufzeit: 18 Monate. Im selben Jahr beteiligen sich 300 Arbeiter der Klöckner-Hütte an einem DGB-Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze.

Im September 1969 streiken die Arbeiter der Klöckner-Hütte vom 5. bis 14. für 70 Pfennig: „Wir wollen keine Almosen – wir wollen 70 Pfennig!" Unter dem Druck der Streiks der Stahlarbeiter müssen Kapitalisten und Sozialdemokraten die Tarifverhandlungen nun drei Monate vorziehen.

Am 31. Januar 1973 stand das ganze Werk still, weil die Tarifverhandlungen schon über Monate hinausgezögert wurden. Es war eine innerbetriebliche Forderung aufgestellt worden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nutzten die Zusage der Kapitalisten, innerbetrieblich eine Zulage zu zahlen, um von der aufgestellten Tarifforderung „60 Pfennig für alle Arbeiter" runterzukommen und für alle bei 8,5% abzuschließen.

Streik der Klöckner-Arbeiter im Juni 73: Die Arbeiter im Kaltwalzwerk hatten eine Forderung von 60 Pfennig aufgestellt. Reformisten und Revisionisten haben sich im Vertrauensleutekörper mit einer 30-Pfennig-Forderung durchsetzen können.

Dezember 76, nachdem die Kurzarbeit im Sommer unterbrochen worden ist und volle Produktion gefahren wird, streiken die Arbeiter im Kaltwalzwerk für eine Stunde, obwohl Kurzarbeit angekündigt worden war. Die Revisionisten haben mittels Unterschriften für 8,5% den Kampf der Arbeiter im Kaltwalzwerk den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern unterworfen und damit den Zielen der Kapitalisten. Im Juni hat die Mehrheit der zweiten Betriebsversammlung die Unterstützung der Opel-Resolution für den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich beschlossen. Im Anschluß haben sich 300 Arbeiter an der Demonstration der Druckarbeiter gegen Zulagenkürzung und für mehr Lohn beteiligt. Nach einer zusätzlichen Betriebsversammlung gegen die angekündigten Entlassungen sind 2000 Arbeiter und Angestellte durch die Stadt marschiert.

An der Demonstration letzte Woche am 25.8. haben sich ca. 300 Arbeiter und Angestellte der Klöckner-Hütte beteiligt. Die Reformisten und Revisionisten bekämpfen jeden als Spinner, der jetzt vom Lohnkampf redet. Die Arbeiter auf der Klöckner-Hütte wissen, daß sie sich im Kampf um mehr Lohn zusammenschließen müssen, um für den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und gegen die Entlassungen erfolgreich kämpfen zu können. Darum diskutieren sie über die Forderung nach 220 DM für die Lohnrunde. – (Betriebszelle Klöckner)

20 Jahre bei Mannesmann . . .

H. ist gelernter Maurer. 20 Jahre hat er als Konvertermaurer bei Mannesmann gearbeitet. Die Konverter, in denen der Stahl erzeugt wird, müssen von Zeit zu Zeit ausgebessert werden. Die dafür benutzten feuerfesten Steine sind sehr schwer. Heute gibt es dafür Hebeeinrichtungen. H. ist Linkshänder. Als Kind hatte er den Arm gebrochen. Durch die harte Arbeit hat er heute noch Schwierigkeiten damit. Er kann seinen linken Arm nicht mehr richtig anwinkeln. Häufig hatte er Sehnenscheidenentzündung. Außerdem hat er seit mindestens 10 Jahren einen Bandscheibenschaden.

Die Reparaturarbeiten kosten den Kapitalisten, da nicht produziert wird. Es muß rasch gehen. Die Konverter sind nicht vollständig ausgekühlt, da müssen die Maurer schon rein. Die Arbeit muß bei extremen Temperaturschwankungen gemacht werden. Gearbeitet wird in einer großen Halle, in der es zugig ist. Im Konverter ist es noch so heiß, daß immer nur wenige Minuten gearbeitet werden kann. Dann kommt man wieder in die kalte und zugige Halle.

Zur Grippe-Zeit sorgt der Werksarzt dafür, daß auch alle zur Grippeschutzimpfung kommen. Für die Hitze gibt es Zulagen: 15 % für Temperaturen bis 60 Grad, über 60 Grad gibt es 25 % und über 90 Grad 45 %. Als normal gelten Temperaturen bis 40 Grad. Vier bis sechs Stunden im Monat hat H. unter den extrem hohen Temperaturen arbeiten müssen. Die Luft ist ständig von Steinstaub geschwängert. Die Zulagen fürs Masketragen beträgt 60 Pfg. die Stunde. Der Steinschneider ist dem Staub am ärgsten ausgesetzt. Bronchienerkrankungen sind häufig. H. hat einen chronischen Bronchialkatar. Der Arzt hat ihm empfohlen, nicht mehr zu rauchen. „Hin und wieder hat es bei den Kollegen einen Herzinfarkt gegeben," berichtet H. „Auch bei jüngeren Kollegen. Der eine war erst Mitte 40."

H. hat zu hohen Blutdruck und Herzbeschwerden. Der Lärm in der Halle ist enorm. „Hörgeschädigt werden wohl viele sein." Auch er hört von Jahr zu Jahr schlechter. Zum Lesen braucht er seit längerem eine Brille. H. selber führt seine ruinierte Gesundheit zum Teil auf sein Alter zurück. „Aber durch die Arbeitsbedingungen wird das wohl beschleunigt."

H. ist jetzt 53 Jahre alt. Anfang des Jahres hat er sich aus Gesundheitsgründen umsetzten lassen auf den Schrottplatz, wo er jetzt Kräne einweist. Immer noch in Contischicht. Im Stahlwerk war er Vorarbeiter. Er hat einen garantierten Bruttomonatslohn von 2 458,62 DM. Im Durchschnitt hat er 1 800 DM netto. Verdient er weniger, erhält er die Differenz als Ausgleichszahlung. „Anfang der 60er Jahre haben die Kapitalisten versucht, die 60 bis 62-jährigen rauszuschmeißen", berichtet H. „Damals sind wir auf die Barrikaden gegangen und haben das verhindert. Seitdem gibt es bei Mannesmann schon diese Regelung der Umbesetzungen."

Aber auch die leichtere Arbeit am Schrottplatz schafft ihn immer noch, weil er in Conti-Schicht arbeitet. – (g. Bezirk RheinRuhr)



Mit einer Besetzung des Verwaltungsgebäudes und einem tagelangen Sitzstreik auf der Walzstraße erkämpften Hüttenwerker im Duisburger Mannesmann-Stahlwerk 1973 eine außertarifliche Lohnerhöhung.

Die Dividende fließt, die Aktionäre heulen nach Höchstprofit

„Es ist sehr beruhigend für uns Aktionäre, daß selbst auf dem Tiefpunkt der Stahlkrise 7 DM Dividende gezahlt werden .. es kann eigentlich nur noch besser werden . . ." (Thyssen Aktionärs-Hauptversammlung)

Die Dividende fließt, die Aktionäre heulen nach Höchstprofit

„Es ist sehr beruhigend für uns Aktionäre, daß selbst auf dem Tiefpunkt der Stahlkrise 7 DM Dividende gezahlt werden .. es kann eigentlich nur noch besser werden . . ." (Thyssen Aktionärs-Hauptversammlung)

„Die Stahlunternehmen arbeiten fast ausnahmslos mit Verlust." (Solbach, Vorstandsvorsitzender Hoesch)

Wenn man die Sprüche der Aufsichtsräte und Vorstände der Stahlkonzerne auf den Aktionärshauptversammlungen so hört und liest, wundert man sich bloß, daß die Aktionäre angesichts der „großen Verluste und trüben Aussichten" nicht geschlossen sich aufgemacht haben, um sich wie die Lemminge einen Abhang hinabzustürzen.

„Der bei der Hoesch AG vereinnahmte Beteiligungsertrag ermöglicht es uns, Ihnen heute nach dem dividendenlosen Geschäftsjahr 1975 die Ausschüttung einer bescheidenen Dividende von 2 Mark je Aktie im Nennwert von 50 DM vorschlagen zu können . . ."

Bescheiden, wie sie sind, kassieren die Hoesch-Aktionäre dieses Jahr „nur" 10,8 Millionen DM. Sie fließen in die Taschen von Schmarotzern und Nichtstuern wie Solbach, oder Leibkutsch von der Deutschen Bank, der über den Aufsichtsratsposten allein bei Hoesch nochmal fast eine halbe Million sich einsackt. „Bescheiden", meinen die Hoesch-Aktionäre, sind sie deshalb, weil sie 841 Millionen der Profite für Investitionen angelegt haben, nur um noch mehr Arbeiter ausbeuten zu können. Nicht *bescheidene*, dafür aber *mäßige* Beträge hat Overbeck den Mannesmann-Aktionären ankündigen können und sie vor „überzogenen Erwartungshorizonten" gewarnt. *Mäßige* 140,8 Millionen DM gönnen sich die Aktionäre allein über Dividende, und ihren Erwartungshorizont bauen sie auf die 826 Millionen DM Investitionen, z.B. dem Bau des Großrohrwerks Mühlheim, das allein 430 Millionen gekostet hat und bezahlt wurde aus den Profiten, die sie aus den Arbeitern der Mannesmann Stahlröhren- und Maschinenbauwerke, aus den Wohnungs-, Handels- und sonstigen Mannesmann-Gesellschaften in aller Welt gezogen haben.

„Was fehlt, ist die Überwindung der Wachstumsbremse",

hat Spethmann auf der Versammlung von Thyssen erklärt und fast im gleichen Atemzug Dividendenausschüttungen von 14 Prozent und Rationalisierungen angekündigt: 181,7 Millionen Dividende, Aufstockung des Grundkapitals um 200 Millionen, Erhöhung der Rücklagen um 100 Millionen, wer sagt denn, die Kapitalisten hätten keinen Grund, über Verluste zu klagen? Allein die Verluste bei den Profiten, die sie bei niedrigeren Löhnen oder mehr Arbeit der Arbeiter nicht hätten machen brauchen:

„Welche Mehraufwendungen hat die Belegschaft seit dem Fusionsjahr (mit der Ilseder Hütte) 1970 bekommen, und zwar akkumuliert für die letzten sechs Jahre . . . Es werden mehrere hundert Millionen DM herauskommen",

hat deshalb fachkundig ein Aktionär von Peine & Salzgitter in die Debatte geworfen. Der Lohn soll sinken, denn nach dem Geschäftsbericht von P & S ist seit November 1975

„der Aufwand für Löhne und Gehälter als Folge der personellen Anpassungsmaßnahmen mit 557 Millionen DM nahezu konstant".

Profite und mehr Profite, das hat auch die Augen der Klöckner-Aktionäre zum Glitzern gebracht. 744 Millionen Investitionen hat Klöckner aus den Profiten machen können, Zinszahlungen an die Banken von 150 Millionen, in denen sie zum Teil selbst sitzen wie z.B. Herrhausen, Vorstandsmitglied bei Klöckner und der Deutschen Bank, oder Roell, holländischer Bankier, oder Freiherr von Falkhausen, Bankier aus Essen. Für 137 Millionen haben die Klöckner-Konzernherren 51 Prozent der Maxhütte gekauft, „sehr preiswert", wie die Aktionäre bestätigt haben. Die Ausbeutung der 4000 Stahlarbeiter garantiert ihnen eine Erhöhung ihrer Profite. Dafür verzichten sie auch vorübergehend auf Dividende, auch wenn ihnen der Gedanke an die klingende Münze schlaflose Nächte bereitet:

„War dies richtig oder raufen wir uns nachher die Haare und sagen: Hätten wir es besser gelassen!"

Doch in Aussicht auf die zukünftigen Ausschüttungen beschwichtigen sie sich gegenseitig:

„Selbstverständlich müssen wir die Fahne hoch halten. Aber wir Aktionäre wollen natürlich auch leben."

Vor allem gut leben wollen die Aktionäre, und gut leben sie vom Schweiß der Arbeiter, der in ihren Taschen in Tausendmarkscheinen zum Verprassen, Verfressen und Verhuren wiedererscheint. Und nicht nur gut, sondern immer besser wollen sie leben:

„Wir haben . . . nur einen Wunsch: daß endlich wieder ehrlich echt Geld verdient wird."

Da die Aktionäre Geld durch die Ausbeutung der Arbeiter verdienen, aufgrund von Besitz und sonst nichts, ist die Ankündigung, daß sie jetzt „ehrlich echt Geld verdienen wollen", die Kriegserklärung an die Arbeiter, ihnen mehr Schweiß abzupressen.

„Zum Wachstum gehört aber auch – und ich sage das in aller Öffentlichkeit – eine am Produktionswachstum orientierte Lohnpolitik" – Solbach, Hoesch.

„Echt Geld verdienen", ist für die Aktionäre Lohnabbau. Echt Geld verdienen: „Sie werden uns mit Recht fragen, was wir zur Verbesserung der Situation getan haben und weiterhin zu tun gedenken . . . Insgesamt wurde in den Jahren 1975 und 1976 im Hoesch-Bereich der Personalbestand um 2700 Beschäftigte reduziert. Für dieses Jahr ist ein Abbau um weitere 1200 Mitarbeiter vorgesehen." (Solbach)

Oder mit den Worten Spethmanns:

„Anpassung der Beschäftigten an die Auftragslage. Wirtschaftlich vergleichbar gerechnet verminderten sich unsere Belegschaftsmitglieder . . . um 4000 . . . Ich erkläre meinerseits dazu: Jeder Arbeitsplatz unterliegt dem Gesetz der Aufzehrung, dem Gesetz der Überalterung durch den Wettbewerb."

Na klar, die alten Arbeiter raus, die jungen dafür um so mehr geschunden, „endlich wieder ehrlich Geld verdienen". Der Geifer läuft ihnen aus dem Mund bei dem Gedanken an noch höhere Profite als sie im letzten Jahr schon gescheffelt haben:

„Von den 7000 Mann der Maxhütte sollen angeblich . . . 1200 zuviel an Bord sein. (. . .) Ich habe das katastrophale Vorbild Volkswagen vor Augen; dort mußten nämlich 25 000 Mitarbeiter freigesetzt werden, um überhaupt wieder zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen; allein über die Sozialpläne, die dort gezahlt wurden, mußten 350 Millionen DM aufgebracht werden. Können Sie diese 1200 Mann auch freisetzen . . . ohne enorme zusätzliche Belastungen über Sozialpläne?"

Die Aktionäre lechzen nach Profiten. Auf den Aktionärsversammlungen haben sie die Vorstände und Aufsichtsräte, in denen Vetter, Frister, Mayr, die Vertreter der Banken, der Industriekapitale und der Regierung sich gegenseitig die Tausender zuschieben, „entlastet" dafür, daß sie die Ausbeutung der Arbeiter und ihnen die Profite erhöht haben.

Dividende, Millionen Profite, für die Aktionäre sind sie ein Taschengeld zum Verprassen. Jedes Kleid von Dior, das sich Lo Sachs, jeder Brillantenklunker, den sich Gräfin Pumpi oder von Zitzewitz oder wie sie sonst alle heißen, jedes Steak, das Halbach, Overbeck, Spethmann usw. verzehren, jeder Urlaub, den sie zigmal im Jahr an erlesensten Stränden, meist sogar auf eigenen Inseln verbringen – es ist der Schweiß der Arbeiter, Lebensjahre, die sie durch die Schinderei am Hochofen, in der Maschinenfabrik, dem Röhrenwerk, der Werft, von Thyssen, Mannesmann, Hoesch, Klöckner, P & S hergeben, damit die Finanzkapitalisten „ehrlich verdienen". – (Z-Red.)



Mit ihren Kampfmaßnahmen 1949 und 1950 verhinderten die Arbeiter im Salzgittergebiet die von den britischen Besatzern geplante völlige Demontage der ehemaligen Reichswerke Salzgitter, heute die Stahlwerke Peine & Salzgitter (P & S). An den Streiks und Kampfaktionen im Werk beteiligten sich mehrere tausend Stahlarbeiter. An den Protestkundgebungen und Demonstrationen seit August 1949 nahmen bis zu 50 000 Arbeiter aus allen Betrieben Salzgitters teil. Die Arbeiter der Demontagefirmen solidarisierten sich ebenfalls und legten ihre Arbeit nieder.



Am 2. September 1969 standen 5000 Mann der Westfalenhütte im Streik. Die Nachtschichtarbeiter von Phönix und Union, den beiden anderen Werken von Hoesch, schließen sich an. 10 000 Arbeiter kommen in der Dortmunder Innenstadt zusammen. Sie forderten jetzt 30 Pfennig. Sie brauchten sie, und sie wußten, daß sie die kriegen können. Die Kapitalisten mußten am 3. September zustimmen und auch noch die Streiktage bezahlen.

Dieser Streik war der Beginn der Septemberstreiks, in denen über 140 000 Arbeiter 69 Betriebe bestreikten. Das Bild zeigt, wie Arbeiter am Haupteingang eine Puppe aufhängen, ein Schild „Dr. Harders" um den Hals – Dr. phil. Friedrich Harders war damals Hoesch-Generaldirektor.

Nützlich für den Lohnkampf: Von der Pünktlichkeit der Lieferungen hängen Folgeaufträge ab

Westberlin. Bei Orenstein & Koppel sind die Maßnahmen zur verstärkten Ausbeutung vielfältig. Im Waggonbau sind die Stopper aufgetaucht. Die Münchener S-Bahn muß bis demnächst fertig werden, bis jetzt sind etwa 6 000 Stunden Rückstand in der Produktion. Es wird davon geredet, daß bald wieder vorübergehend Schichtarbeit eingeführt werden soll. Die Auftragslage ist im Waggonbau angespannt. Die O & K-Kapitalisten sagen, sie müssen um jeden Auftrag kämpfen. Deshalb würden sie Aufträge auch zu unüblichen Konditionen entgegennehmen.

Zum Beispiel ist derzeit die Vorarbeit eines Waggons in ca. elf Tagen fertig, geplant sind jetzt fünf Tage. Die Kapitalisten wissen, daß sie nur Profit machen können, wenn sie die Tage einhalten. Folgeaufträge wird es nur bei Pünktlichkeit geben.

Dieser Tatbestand ist aber für den Lohnkampf günstig. Die Bedingungen, daß die O & K-Kapitalisten nachgeben müssen, sind gut.

In der Großmontage des Baggerbaus ist die Arbeitslage etwas schlechter. Die Arbeiter werden hin- und hergeschoben. Durch willkürliche Lohnkürzungen wird derzeit am Lohn gedreht.

Die Bedingungen für einen Lohnkampf unter der Forderung 60 Pfennig mehr für alle werden breit diskutiert. Vielen Arbeitern ist klar, daß der Kampf nur durch Streik entschieden wird. Die Arbeiter in der Baggerbau-Großmontage sagten, als wir die Erfolgsaussichten diskutierten, daß die Lage für Streik ja im Waggonbau besser sei. Einige Arbeiter setzten das alternativ gegeneinander, entweder die im Waggonbau oder keiner. Aber eine Abteilung allein kann nicht den Kampf für die 60 Pfennig mehr führen. Die günstige Lage im Waggonbau jedoch verbessert die Kampfbedingungen der gesamten Belegschaft und kann so für den Streik genutzt werden. – (Zelle O & K, Westberlin)

„Es wird ernst" – „Die Entscheidung fällt im September"

Das meinen die Sozialdemokraten in der IG Druck und Papier zu den laufenden Verhandlungen über einen Tarifabschluß zur „Neuen Technik". Seit zwei Jahren liegen Entwürfe zur Arbeit an Bildschirmgeräten für Arbeiter, Angestellte und Redakteure in der Druckindustrie auf dem Tisch. Man verhandelte in letzter Zeit öfter. Jetzt soll der Tarifvertrag schnell abgeschlossen werden.

Die Kapitalisten haben nach der Messe „DRUPA" verstärkt neue Satzsysteme
„DRUPA" verstärkt neue Satzsysteme
und Druckmaschinen gekauft. In mehreren Betrieben wird die Einführung der neuen Maschinen und Geräte von den Kapitalisten vorbereitet. Die Arbeiter und Angestellten fordern in mehreren Betrieben: Keine Entlassungen, Keine Runterstufungen, Siebenstundentag bei einer 35-Stundenwoche und vollem Lohnausgleich. Einzelne Betriebe und Abteilungen fordern die Einleitung von Kampfmaßnahmen.

Dem Kampf der Arbeiter und Angestellten um Schutzrechte soll Einhalt geboten werden, damit die Kapitalisten ihr Programm der Profitsteigerung durchsetzen können: „Nein, wir sind *für* Rationalisierung, wir sind *für* Produktivitätssteigerung, wir sind *für* den technischen Fortschritt. Aber: Wir meinen dabei einen Fortschritt zugunsten derer, die ihn geschaffen haben. Und das sind die Arbeiter und Angestellten." (Druck und Papier, 15.8.)

Unter den kapitalistischen Ausbeutungsbedingungen können die Maßnahmen der Kapitalisten zur Profitsteigerung und zum Ausstechen der Konkurrenten keinen Fortschritt für die Arbeiter bringen. Denn jede dieser Maßnahmen führt zur Verkürzung der Lebenszeit der Arbeiter durch Intensivierung der Arbeit, durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch verkümmernde Reproduktion der Arbeitskraft. Der Ausbeutung müssen Grenzen gesetzt werden, darum geht es den Arbeitern, Angestellten und Redakteuren bei diesem Tarifvertrag. Daß die Gewerkschaftssozialdemokraten genau das nicht vorhaben, kann man daran sehen, daß sie die konkreten Forderungen fallenlassen: Hieß es zur fünften Verhandlungsrunde in der „Druck und Papier" vom 18.7.77 zur Arbeit an Bildschirmgeräten: „Je Stunde eine Pause von 20 Minuten bzw. höchstens vier Stunden Bildschirmarbeit am Tag, Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden", so wird in der Sonderausgabe der „Druck und Papier" vom 22.8. nur noch von „unsere(r) Forderung nach spürbarer Verkürzung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten" gesprochen. Wie „ernst" es den Sozialdemokraten mit der „Besitzstandswahrung und der Bezahlung der Arbeitskräfte an Bildschirmgeräten nach Maschinensetzerlohn" ist, zeigt eine Betriebsvereinbarung von Gruner und Jahr („Eine Grundlage, neue Techniken nicht auf dem Rücken der Kollegen einzuführen", Druck und Papier, 15.8.):

Einem Schichtarbeiter, der auf einen Platz ohne Zulagen versetzt wird, wird der Lohn innerhalb von drei Jahren um über 500 DM gekürzt! Laut Betriebsvereinbarung.

Mit solcher „Entscheidung im September" sind die Beschäftigten im Druckbereich nicht einverstanden. Um die Arbeiterschutzrechte im Tarifvertrag zu verankern, sind jetzt Aktionen notwendig. – (N-Red.)

Im Kampf um 100 DM mehr die politische Front gegen das Fregattenprogramm errichten

Bremen. Schwer sei die Auftragslage der Werft, verkündete die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung. Angesichts dieser Lage wäre man seitens des Werftvorstandes – obgleich man keinerlei Tradition im Kriegsschiffbau habe – in den Fregattenbau eingestiegen. Als „besonnener, antizyklischer Kurs der Werft", um die Krisenzyklen auszugleichen und die „Beschäftigung der Werft zu sichern".

700 Arbeiter und Angestellte wurden im letzten Jahr entlassen, von „Beschäftigung sichern" kann also nicht die Rede sein. Um Profite geht es ihnen, wie eh und je. Durch die Verschärfung der Ausbeutung haben die Vulkan-Kapitalisten überhaupt nur die Generalunternehmerschaft der Fregatten erhalten. Jetzt werden Pläne geschmiedet, den alten, seit Jahren als zusätzliches Plattenlager genutzten Helgen D umzubauen zu einem weiteren, kleineren Baudock, vollständig überdacht mit Vormontageplatz und neuen Kränen. Das sind Pläne, um den Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiter zu halten durch die Verschärfung der Ausbeutung, durch erhöhte Produktivität der Arbeit und Rationalisierungen.

Je heftiger die Krisenzyklen, umso heftiger die „antizyklische" Rüstungsproduktion. Nicht, um die „Beschäftigung zu sichern", sondern um die Konkurrenz militärisch auszutragen und zu gewinnen.

So wie diese „antizyklischen" Rüstungsaufträge die Ausbeutung verschärfen, so werden sie finanziert aus der wachsenden staatlichen Ausplünderung der Massen. Und im wachsenden Maße über Staatsverschuldung, als Wechsel auf zukünftige Gelder, gezogen gerade mittels der hochgerüsteten Armee aus der kriegerischen Unterwerfung anderer Länder und Völker. Dafür soll die Arbeiterklasse dann in Uniform nochmals den Kopf hinhalten.

Nur durch Unterdrückung und Spaltung der Arbeiter können die Vulkankapitalisten ihre Vorhaben umsetzen. Dazu brauchen sie die Sozialdemokratie in den Reihen der Arbeiter.

Konnten diese auch mit keinem Wort offen für die Pläne der Werftherren eintreten, ohne ausgebuht zu werden, so verfolgten sie die Spaltung und Unterwerfung der Belegschaft unter die imperialistischen Pläne, indem sie die Hetze gegen den KBW und seine Zelle zu veranstalten suchten. Kübelweise wurden Lügen ausgeschüttet. Mit politischen Anträgen, endlosen Debatten und unentwegter Konfrontationspolitik gegen die Direktion hätten die kommunistischen Betriebsräte dafür gesorgt, daß der Betriebsrat nichts für die Belegschaft erreicht hätte. Mehr zusammensetzen, verhandeln und das ganz hartnäckig mit der Direktion, so sei was für die Belegschaft rauszuholen, dazu müsse man mit den Roten im Betriebsrat Schluß machen. Genossen der Zelle und viele Arbeiter treten dem entgegen. Wer den Betriebsrat gespalten hat und warum, wird geklärt. Vier Monate schon ist die Belegschaft ihres Vertretungsorgans beraubt, während Versetzungen, Runtergruppierungen und Entlassungen durchgeführt werden, während der Lohn hinten und vorn nicht mehr reicht und jetzt die Überstunden abgebaut werden sollen, so daß keiner mehr weiß, wie er mit dem Lohn lang kommen soll.

Die Jugendlichen griffen mit Unterstützung aller Arbeiter das Kippen des Betriebsratsbeschlusses gegen befristete Arbeitsverträge an, was die Sozialdemokraten im Betriebsrat nach dreimaligen Anlauf geschafft hatten. Eine Resolution von 12 Arbeitern einer Abteilung wurde verlesen, die die sofortige Vorbereitung und Organisierung des betrieblichen Kampfes um 100 DM mehr Lohn forderte. (vgl. letzte KVZ)

Diese Redebeiträge, gegen die Taten und Absichten der Kapitalisten und zum Kampf gegen sie gerichtet, erhielten starken Beifall. So daß nach und nach auch die Opportunisten um den Betriebsratsvorsitzenden Bettelhäuser sich gegen die Linie des Angriffs auf die Zelle des KBW und gegen die Unterwerfung des Betriebsrats unter die Direktion stellten. Sie hielten die Beschlüsse der Arbeiter anläßlich der letzten Betriebsratswahl hoch. Zum Streik um 100 DM mehr Lohn verhielten sie sich lieber auch nicht. Auf Grundlage der Branchenbeschlüsse würden sie mit allen zusammenarbeiten, gleich welcher Parteizugehörigkeit.

Auch die Sozialdemokraten mußten ihre Taktik ändern. Jetzt hieß es, man sollte sich doch nicht auseinanderdividieren, denn man säße ja doch allesamt, inklusive des KBW, wieder im nächsten Betriebsrat und dort müsse man dann doch gemeinsam gegen die Direktion handeln.

Sind die Sozialdemokraten unter dem Druck der Arbeiter wortradikal aufgetreten, so werden sie doch weiter für die Durchsetzung des Fregattenbauprogramms sein. Diese Frage hat die Zelle nicht richtig geklärt. Das ist damit weiterhin ein Einfallstor für die Bourgeoisie, die Arbeiter für ihren Kurs zu gewinnen. Bleibt diese Frage offen, werden die Arbeiter die notwendigen Kämpfe nicht führen und auch nicht zum Streik um 100 DM mehr Lohn übergehen können. Diesen Fehler auszumerzen, hat die Zelle beschlossen durch eine zielstrebige Ausweitung des KVZ-Verkauf wie des Vertriebs des Programms und die Gewinnung der Vulkanarbeiter für die Propagandaveranstaltungen gegen das Programm der Bourgeoisie. Die politischen Fronten zu klären, erwarten die Arbeiter, deren Unterstützung wir auf der Versammlung hatten. Daß die Sozialdemokratie sich für den Kampf gegen die Kapitalisten aussprechen mußte, ist gut: Man wird sie bei ihren Worten nehmen, sie in die Organisierung der notwendigen anstehenden Kämpfe hineinzwingen. Die Zelle wird diesen Kampf organisieren, dafür steht sie mit sechs Genossen zur Wahl zum Betriebsrat. – (Zelle Bremer Vulkan)
triebsrat. – (Zelle Bremer Vulkan)



Rund 8 000 Metaller demonstrierten, davon fast die Hälfte aus den VFW-Werken, während aus den kampfstarken Betrieben Vulkan und Klöckner nur 500 bzw. 300 Arbeiter teilnahmen.
Die Gewerkschaftssozialdemokratie suchte die Arbeiter zur Unterstützung der Bourgeoisie ins Feld zu ziehen: Keine Reederhilfe mehr, die bei den Japanern landet; die Lufthansa soll endlich verpflichtet werden, eine regionale Flugverbindung mit der VFW 614 aufzubauen; dafür müsse Geld her – so und ähnlich die Reden. Die Betriebszellen des KBW hatten dagegen die Aktionseinheit der Arbeiter für 100 Mark mehr Lohn jetzt, Siebenstundentag, Keine Entlassungen in den Betrieben! hergestellt und entsprechende Transparente mit Arbeitern erstellt und getragen.

Die Gewerkschaften müssen den Kampf gegen den § 218 führen!

„Bei Ihren 361 DM leben sie ohnehin schon zu gut / Zusammenschluß gegen Schikane des Sozialamtes

Bremen. Ein Arbeiter von der Vulkan-Werft in Bremen berichtete der Initiative gegen den § 218: 1974 blieben ihm für Ernährung, Kleidung, Erholung im Durchschnitt 687,50 DM. Dafür mußte er in Wechselschicht 163 Stunden arbeiten. Er ist verheiratet und hat ein Kind. Heute sind alle Preise gestiegen. Der Arbeiter arbeitet jetzt durchschnittlich 189 Stunden, macht dabei Überstunden. Trotz der 26 Stunden, die er mehr arbeitet, bleiben ihm zum Leben aber nur 627 DM, also 60 DM weniger! Gerne hätten sie ein zweites Kind. Dafür müßten sie aber erst mehr Geld haben, um aus den roten Zahlen zu kommen. Einzige Möglichkeit: Die Frau muß wieder arbeiten, was sie derzeit wegen des ersten Kindes nicht tut. Kommt aber ein zweites, so müßte sie wieder aufhören und die Familie steht noch schlechter da!

In vielen Betrieben in Bremen planen die Kapitalisten Massenentlassungen. Bisher haben zum Beispiel die Klöckner-Kapitalisten die Arbeiter mit Kurzarbeit hingehalten, jetzt sollen einige Hundert fliegen. Die Empörung ist überall groß. Erst Lohnkürzungen, gesteigerte Akkordhetze – jetzt Arbeitslosigkeit. Unter solchen Umständen müssen die Abtreibungen zunehmen.

Die Bourgeoisie hat vorgebaut und den § 218 verschärft. 90 Tage Haft für die Vermittlung von Abtreibungsadressen. „Wahrscheinlich müßte man hier Sozialarbeiter, Sozialpsychologen sowie Familien- und Eheberater in großem Umfang einsetzen, also von Staats wegen zur Verfügung stellen ...", hatte sich Westberlins „liberaler" Justizsenator Baumann schon 1975 geäußert. „Lebendiges Strafrecht" hieß die Schrift. Auf dieser Linie ist die Bourgeoisie heute tätig.

Die Arbeiter und Volkmassen nehmen das nicht hin. Der Beginn der Kampagne der Komitees gegen den § 218 zum Gewerkschaftstag der IG Metall zeigt es. Auf der Demonstration der IG Metall gegen die Entlassungen in Bremer Betrieben konnten erfolgreich Unterschriften gesammelt werden.

Die Bremer Initiative führt wöchentlich Agitationszüge in die Stadtteile durch. Mit geschmückten Autos, Fahne und Transparent fahren die Mitglieder in ein Wohngebiet in einem Arbeiterstadtteil. Kinderreiche Familien wohnen hier, acht Kinder sind keine Seltenheit. Bei der Ansprache zwischen den Wohnblöcken öffnen sich sofort viele Fenster. Es wird von einem Sozialarbeiter berichtet, der die Bewohner beschnüffelt und schikaniert. Einer Frau, die einen gebrauchten Fernseher beantragte, sagte er: „Bei Ihren 361 DM leben Sie ohnehin schon zu gut." Eine Familie mit neun Kindern lebt in einer Zehnzimmerwohnung für 1 200 DM Miete. Jetzt haben die Wohnungskapitalisten einen Hausmeister eingesetzt und die Miete erhöht. Seine Aufgabe: Die Familien genau zu beobachten, Meldungen zu schreiben und ständig aufzufordern, die Treppe zu putzen.

Einige Bewohner, auch Jugendliche, kommen zum Autokonvoi der Initiative. Sie erzählen von den dauernden Schikanen des Sozialamtes. Dagegen muß man was tun! Gegen den § 218 sind sie fast alle. Klar ist: Die Gewerkschaften müssen den Kampf führen. Deswegen finden dreiviertel der angetroffenen Familien es richtig, den Offenen Brief der Komitees an den Gewerkschaftstag der IG Metall zu unterschreiben. In dreißig Minuten sind 14 Unterschriften zusammen. Von 26 Unterschriften insgesamt sind 16 von Gewerkschaftsmitgliedern, darunter vier Funktionäre. Eine Frau sagt: „Mein Mann arbeitet auf der AG-Weser. Wenn wir Pech haben, wird er entlassen. Klar, da kommt es zu Abtreibungen. Er arbeitet Schicht, aber kommt wieder, dann unterschreibt er auch." Ein Vertrauensmann aus einem kleinen Metallbetrieb nimmt eine Liste in seinen Betrieb mit. Er will mit den Kollegen diskutieren, den Betriebsrat gewinnen. – (Bezirk Bremen-Unterweser / N-Red)

Koschnick und Albrecht und die Kernenergie

Das Kernenergieprogramm muß zum Stehen gebracht werden. Die Ministerpräsidenten Albrecht und Koschnick, im Auftrag der Finanzbourgeoisie, sind eifrig dabei, Hindernisse beim Kernkraftwerksbau aus dem Wege zu räumen: Angefangen hat es bei Gorleben und geendet mit der Übereinkunft von Koschnick und Albrecht, das seit Monaten fertiggestellte Kernkraftwerk Esenshamm an der Weser jetzt „in Kürze" in Betrieb zu nehmen.

Der neuerlichen „Debatte" um Gorleben war eine Stellungnahme von Matthöfer vorausgegangen, der einen generellen Baustopp befürchtet hinsichtlich der anstehenden Verfahren über Baustopps bei einzelnen Kernkraftwerken und wenn die Frage der Endlagerung der Atombrennstäbe nicht geklärt wird. Von Albrecht hat er sich dafür den Vorwurf „wie ein Rohr im Wind schwankend" und „klopft dumme Sprüche" (Hannoversche Allgemeine, 18.8.) eingehandelt. Als Widerspruch zwischen den Plänen des Landes Niedersachsen und der Bundesregierung, zwischen CDU und SPD/FDP soll erscheinen, was in Wirklichkeit Maßnahmen zur Durchsetzung des imperialistischen Kernenergieprogramms sind. Denn wenige Tage danach: „Albrecht hält es für möglich, daß die Bundesrepublik noch jahrelang mit der bisherigen Übergangslösung einer Zwischenlagerung abgebrannter Kernbrennstäbe auskommt" (Kieler Nachrichten, 20.8.).

Ob nun Gorleben oder Grönland („Jetzt sind andere mit dem Atommüll an der Reihe", Albrecht), für die Imperialisten kommt es darauf an, daß Kernkraftwerke gebaut werden, weil sie unabhängig von anderen Energiequellen werden müssen, wollen sie ihr Expansionsprogramm durchbringen. Und so wurde Polizei- und Innenminister Groß in Trab gesetzt, den Platz für die Kühltürme des Kernkraftwerks Grohnde vom „Anti-Atom-Dorf" zu räumen. Mit 1 300 Polizisten und Kriminalbeamten, was die „friedlichste Methode" gewesen sei und was „den Grundsätzen der Opportunität und der Verhältnismäßigkeit der Mittel" (Groß in der Hannoverschen Allgemeinen vom 24.8.) entsprochen hätte, wurde „das freie Verfügungsrecht des Eigentümers, der Grohnde GmbH über sein Grundstück" (Ordnungsverfügung) wiederhergestellt.

Am 25.8. einigten sich Koschnick und Albrecht dann darauf, einen neuen Wärmelastplan für die Weser auszuarbeiten, damit sowohl in Niedersachsen als auch in Bremen „noch Kernkraftwerke oder Industriebetriebe an die Weser (angeschlossen werden können)" (Hannoversche Allgemeine, 26.8.).



„Friedlich" wird das Anti-Atom-Dorf von 1 300 Polizisten und 200 Kripobeamten geräumt.

Das imperialistische Energieprogramm muß bekämpft werden. Der Zusammenschluß der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse wird erfolgreich sein unter der Losung: „Weg mit dem imperialistischen Energieprogramm", „Kampf der staatlichen Ausplünderung". Der Zusammenschluß läßt sich nicht herstellen und der Kampf wird eine Niederlage erleiden, wenn die Atomkraftgegner eintreten für „umweltfreundlichere Energiespender", wie es die Atomkraftgegner vom „Arbeitskreis politische Ökologie" auch im Anti-Atom-Dorf Grohnde vertreten haben. – (N-Red)

Sozialdemokratisches zur Vorbereitung der Gewerkschaftstage

„Metall“: „Die bereits unerträgliche Leistungsverdichtung könnte sich bei der 35-Stunden-Woche noch mehr verschärfen“ / „Rentensanierung: Der große Wurf blieb aus“

Auf den Gewerkschaftstagen der nächsten Monate (vgl. Zusammenstellung in KVZ Nr. 34) wird die Politik der Gewerkschaften festgelegt. Darüber gibt es in den Gewerkschaften Kampf, und er wird sich auch auf den Gewerkschaftstagen ausdrücken: Die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften wollen mit ihrer Politik die Errichtung des Militärzuchthauses sichern, in das die Kapitalistenklasse die Arbeiterklasse pressen will. Dagegen stehen die Fortschritte, die die Arbeiterbewegung im Zusammenschluß gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat gemacht hat und die sich ausdrücken in der starken Bewegung für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich.

Worauf sie hinauswollen, das verkünden jetzt die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftspresse und den Bourgeoisblättern.

Gegen den Lohnkampf, der grundlegend ist für den Zusammenschluß der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Verelendung und der nach den Lohnraubabschlüssen der letzten Jahre von der Arbeiterklasse besondere Anstrengungen erfordert, verbreitet Loderer:

„Die Gewerkschaften sind mehr als nur ein Lohnautomat. Die IG Metall ist ein Interessenverband, in den auch der arbeitslose Metallarbeiter einbezogen ist.“ (Frankfurter Rundschau, 23.8.77)

Nicht ungeschickt, wie da der Lohnkampf gegen die Interessen der arbeitslosen Arbeiter ausgespielt wird. Obwohl doch das Arbeitslosengeld abhängig ist vom Lohn der beschäftigten Arbeiter und ihrem Kampf.

Zu den Anträgen nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, den Forderungen nach Verbot von Nacht- und Schichtarbeit und von Akkordarbeit:

„Natürlich ist es unser Ziel, die knappe Arbeit auf mehr Beschäftigte zu verteilen.“ (Frankfurter Rundschau) „Nicht umsonst sind soviele Anträge für 35-Stunden-Woche eingegangen. Man muß die vorhandene Arbeit besser verteilen.“ (Metall Nr. 15/1977)

So wird die Stoßrichtung der Forderung – gegen die verschärfte Ausbeutung in der Fabrik – umgebogen zu einer Hilfsmaßnahme für die Arbeitslosen. Dafür kann aber nicht die ganze Arbeiterklasse zusammengeschlossen werden. Sogleich gehen die Sozialdemokraten daran, den Kampf für Arbeitszeitverkürzung noch weiter zu entstellen und abzustumpfen.

„Deshalb treten wir auch für weitere Arbeitszeitverkürzungen im weitesten Sinne ein. Das heißt aber nicht, daß jetzt der Rationalisierungsdruck verschärft werden sollte. Um dies zu vermeiden, braucht der Vorstand für seine Entscheidung über die richtige Arbeitszeitverkürzung eine tarifpolitische Flexibilität.“ (Frankfurter Rundschau, 23. August)

„In der IG-Metall-Vorstandsentschließung sind alle Formen der Arbeitszeitverkürzung, auch die wöchentliche, enthalten. Die Priorität hängt jeweils von den tarifpolitischen Notwendigkeiten ab.“ (Zweiter IG-Metall-Vorsitzender H. Mayr nach: Metall Nr. 15/1977)

„Die bereits unerträgliche Leistungsverdichtung könnte sich bei der 35-Stunden-Woche noch mehr verschärfen.“ (Metall Nr. 15/1977)

Arbeitszeitverkürzung im „weitesten Sinn“ – mehr Urlaub, „Verkürzung der Lebensarbeitszeit“ (frühere Verrentung), warum nicht auch Teilzeitarbeit? So könnte die Bewegung für die 35-Stunden-Woche abgefangen und neue Verbrechen geschickt eingeleitet werden, ist das Kalkül. Und weil jeder Arbeiter gegen die Arbeitshetze ist, wird die 35-Stunden-Woche als Unglück erklärt, das nur weitere Arbeitshetze bringt. Als ob nicht die vermehrte Schweißauspressung beständiger Trieb des Kapitals ist.

„Der Vorstand der IG Metall wird deshalb dem Gewerkschaftstag empfehlen, jene Anträge abzulehnen, die eine konkrete Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden oder weniger fordern. (. . .) Es ist mehr im Interesse der Metallarbeiter, wenn wir auf unserem Gewerkschaftstag nicht alle Forderungen mit einer Hausnummer versehen und eindeutig festnageln.“ (Loderer in Frankfurter Rundschau, 23.8.77)

Die Sozialdemokraten fürchten die Festlegung auf 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wie die Pest und wollen freie Hand für ihre Manöver.

„Seit über drei Jahren fordern die Gewerkschaften eine wirksame Vollbeschäftigungspolitik, vor allem vermehrte öffentliche Aufträge, Anhebung der Massenkaufkraft, zusätzliche Einstellungen im öffentlichen Dienst, Arbeitszeitverkürzung, stärkere Kontrolle der Investitionen. (. . .) Ist es für einen Minister so schwer zu begreifen, daß Gewinnexplosionen nichts nutzen, solange die vorhandenen Anlagen nur zu 80% ausgelastet sind?“ (Druck und Papier, 15.8.77)

„Meines Erachtens ist es an der Zeit, neue wirtschaftspolitische Maßnahmen einzuleiten. Die Gewerkschaften waren immer schon der Meinung, daß die 16 Milliarden DM an zusätzlichen Investitionen des Staates nicht reichen. Da muß eine zusätzliche Spritze kommen. Und der DGB-Vorschlag, mehr Arbeitsplätze beim Staat zu schaffen, muß ernsthaft diskutiert werden. Erfreulicherweise hat sich Bundeskanzler Schmidt dazu bereit gefunden.“ (Loderer in: Frankfurter Rundschau, 23.8.77)

Daß die Gewerkschaftstage nach Milliarden DM für die Ausbeuter rufen sollen, wird die Ausbeuter freuen, und sie werden kassieren, was der Arbeiterklasse über die Lohnsteuern und indirekten Steuern geraubt wurde. Und nach dem Arbeitsdienst, der jetzt im öffentlichen Dienst eingeführt wird, haben sie schon lange gerufen. Die weitere Aufrüstung des Staatsapparates wird ihnen gerade recht sein. Da stört sie es nicht, wenn Loderer die Lohnsteuer ins Spiel bringt. Denn das soll dämpfende Auswirkungen auf die Lohnforderungen haben, und Loderer will ja an der Progression nicht rütteln:

„Eine Entschärfung der Lohnsteuerprogression ist meines Erachtens außerdem sinnvoll. Diese Steuerungerechtigkeit würde ich lieber heute als morgen beseitigen.“ (Frankfurter Rundschau, 23.8.)

„Der große Wurf blieb aus“, schreibt Janzen vom IG-Metall-Vorstand zur „Rentensanierung“ und „Krankenversicherungskostendämpfung“, „das Gesetz . . . ein schwacher Kompromiß, der unter der Grenze des Notwendigen liegt . . . Bundestag und Bundesrat haben es versäumt, eben diese neuen Prioritäten für die Gesundheitspolitik der nächsten Jahre zu setzen.“ (Metall Nr. 14/77)

Parteifreund Ehrenberg wird sich für das Angebot bedanken und wird noch einen großen Wurf zu landen versuchen: Krankenversicherungsbeiträge für Rentner, weitere Kürzung der Renten, Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, das alles ist in Vorbereitung.

„Ich werde in meiner Grundsatzrede vor dem Gewerkschaftstag eine harte Abrechnung vornehmen“,

kündigt Loderer an.

So muß es mit der von Leuten wie Loderer vertretenen sozialdemokratischen Politik vor den Gewerkschaftstagen in allen Betrieben geschehen. – (Z-Red.)

Verschärfte Ausbeutung und Arbeitslosigkeit

Rationalisierung im Buchgroßhandel

Hamburg. Im Spätherbst 1978 (spätestens Anfang 1979) wird das neue Fabrikgebäude der Firma G. Lingenbrink – Libri – fertiggestellt sein. Kräftige Rationalisierungen sind geplant. „Vorbild“ ist der Frankfurter Betrieb. Die elektronische Datenverarbeitung wird in großem Umfang eingesetzt.

„Im harten Konkurrenzkampf kann nur ein moderner Betrieb bestehen“, sagte Lingenbrink auf der letzten Betriebsversammlung Ende Juli. Die Gier nach Extra- und Höchstprofit ist es, die die Kapitalisten zu technischen Neuerungen treibt. Technisch wären sie schon früher möglich gewesen. Jetzt, wo die Konkurrenz immer schärfer wird unter den Großbuchhandelskapitalisten, bleibt Lingenbrink keine Wahl. Koch, Neff und Oettinger (KNO), das zweite große Buchgroßhandelskapital (in Stuttgart), dringt in den norddeutschen Raum vor und macht Libri Profite streitig. Schon bestellen Buchhändler bis nach Bremervörde hinauf auch bei KNO. Norddeutschland war bisher beinahe Libris Monopol. Wegner (ein kleiner Kapitalist) war keine ernsthafte Konkurrenz. Aber auch der dehnt sich aus. KNO plant die gleiche Umstellung des Betriebes auf EDV wie Libri. Wie verschwenderisch die kapitalistische Produktionsweise ist, sieht man gut daran, daß Libri und KNO die EDV in Konkurrenz gegeneinander entwickelt haben.



Die Rationalisierungen macht Libri, um als Sieger aus dem Kampf um Höchstprofite herauszukommen. Für uns, die Arbeiter bei Libri, heißt das enorm verschärfte Ausbeutung. Ein ganzer Teil der Belegschaft soll auf der Strecke bleiben. Bei gleichem Umsatz in Hamburg und Frankfurt arbeiten in Hamburg im Lager ca. 75 Arbeiter, in Frankfurt nur 25 und das bei 100 % erweiterter Lagerfläche. In Hamburg ist also mit Entlassungen zu rechnen. Man sieht, wie leicht es wäre, den technischen Fortschritt zu nutzen für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden oder weniger. Aber die Arbeiterklasse braucht die Macht, um selbst über die Produktion herrschen zu können.

Heute aber besteht das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln. Verkürzen wird sich so nur die Zeit, die wir für unsere Reproduktion arbeiten, also für unsern Lohn, steigen wird die Zeit, die wir für den Kapitalisten Lingenbrink arbeiten. Gegenwärtig arbeiten wir ca. ein Drittel des Tages für unseren Lohn, zwei Drittel für den Kapitalisten. Dieses Verhältnis will Lingenbrink in Zukunft zu seinen Gunsten drastisch ändern. Schichtarbeit ist wahrscheinlich. Denn, so Lingenbrink gegenüber englischen Buchkapitalisten: „Ein Kunde, der in einer Düsseldorfer Buchhandlung – sagen wir um 17.00 Uhr – ein Buch bestellt, soll es am nächsten Morgen um 8.00 Uhr dort abholen können.“ Das kann nur Schichtarbeit bedeuten.

Verschärfte Ausbeutung und Überflüssigmachung menschlicher Arbeit, das sind die Ergebnisse kapitalistischer Rationalisierung. In einem Flugblatt hat die Zelle des KBW deshalb die Forderungen propagiert: Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Auf der Betriebsversammlung wurde gefordert: Keine Entlassungen! Übernahme der gesamten Belegschaft! Ebenfalls wurde der Betriebsrat aufgefordert, keiner Entlassung zuzustimmen. Diese Forderung wollte der Betriebsrat nicht übernehmen. Im Frühjahr sind Betriebsratswahlen. „Keine Entlassungen“, das ist eine wichtige Forderung, auf der der Kampf um den Betriebsrat geführt werden kann und muß. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Lernen – gehorchen – sorgfältig arbeiten

Unterwerfung unter die Fabrikordnung ist das Ziel

Osnabrück. „Ein wichtiger Tag: Der erste Tag ihrer Ausbildungszeit in einem großen Industriebetrieb“, so beschreibt die „Neue Osnabrücker Zeitung“ die Einführung von 86 Auszubildenden in die Lohnarbeit bei Klöckner Osnabrück.

Als Neuer hat man am ersten Tag den Eindruck, daß sich alles um den Auszubildenden bemüht.

Im Ausbildungsvertrag unter „Pflichten des Auszubildenden“ wird man bereits in die Fabrikordnung gepreßt. Da heißt es zum Beispiel unter anderem:

„Der Auszubildende . . . verpflichtet sich insbesondere, . . . den Weisungen zu folgen, die ihm im Rahmen der Berufsausbildung vom Ausbildenden, vom Ausbilder oder von einer anderen weisungsberechtigten Person, soweit sie als Weisungsberechtigte bekannt gemacht worden sind, erteilt werden.“

Bei Klöckner gibt es dazu noch eigens eine Ausbildungsordnung, die alle Regeln enthält bis zu Maßnahmen gegen die Auszubildenden wie Verweise.

In der ersten Woche ist volles Programm. Erstmal Vorträge über Arbeitsschutz und Unfallgefahren. Verpaßt bekommt man Schutzhelm, Sicherheitsschuhe und die Arbeitskleidung. Man wird durch den Betrieb geführt. Dann gehts das erste Mal an die Feilbank. Werkzeug wird ausgegeben und man wird in der ersten Übung des ABB-Grundlehrgangs unterwiesen. U-Stück feilen und feilen . . . Nach einer Stunde Feilen ist klar, wie die Unfallverhütung läuft. Der Schutzhelm bereitet einem Kopfschmerzen, setzt man ihn ab, kommt der Ausbilder angerast: Ermahnung. Durch kleinlichste Anweisungen und ständige Aufsicht durch die Ausbilder wollen die Klöckner-Kapitalisten die Rebellion gegen die Ausbildung unterjochen.

Die erste Übung wurde noch im Beisein des Auszubildenden bewertet, und der Ausbilder erklärte das Punktsystem. Bei der zweiten Übung wurde einfach eingesammelt. Nachher bekam man die Note vorgesetzt. Nach drei Übungen gibt es dann Richtzeiten, die eingehalten werden sollen. in der Gewerkschaft organisiert. Die Maschinenschlosser sind sogar zum Betriebsratsbüro geschlossen hingegangen, um in die Gewerkschaft einzutreten. Der Zusammenschluß der Jugendlichen wird hergestellt gegen die Kapitalisten über die Frage, wozu die Ausbildung dient. Sie dient der Pressung in lebenslange Lohnarbeit für die Kapitalisten. – (Zelle Klöckner Osnabrück)

Oldenburg. Bei Stalling wird seit Anfang 1977 bis auf den kaufmännischen Bereich kein Unterricht mehr abgehalten. Verantwortliche Ausbilder gibt es in den meisten Bereichen nur auf dem Papier, sie sind gezwungen den ganzen Tag in der Produktion zu arbeiten. Die Setzerlehrlinge werden noch im Bleisatz ausgebildet. Die Buchbinder-Lehrlinge werden mal dort, mal hier an die Maschine gestellt. Sie verrichten Arbeiten, die sonst von Hilfsarbeitern ausgeführt werden, z.B. Bücher abnehmen. Im Offsetbereich wird der Lehrling angetrieben, schneller zu arbeiten, weil sonst die Kalkulationsgrundlage nicht mehr stimmt.

Auf der letzten Jugendversammlung wurde vom Betriebsrat und der Jugendvertretung verlangt, sich für folgende Forderungen einzusetzen: Ausbildung der Lehrlinge im Fotosatz, Einsetzung verantwortlicher Ausbilder, innerbetrieblicher Unterricht, Ausbildungsarbeiten dürfen nicht mehr unter Zeitdruck stattfinden.

An der Berufsschule werden die Setzer und Drucker zusammen unterrichtet. Der Unterricht beträgt sechs Stunden in der Woche. Nach den Sommerferien sollten die bisher nach Lehrjahren getrennten Klassen der Setzer und Drucker/Buchbinder zusammengelegt werden. „Den Auszubildenden des 2. Lehrjahres wurde ein Film gezeigt, der Raum mußte abgedunkelt werden. Das 3. Lehrjahr war dabei, einen Klebeumbruch zu machen. Das ging bei der Dunkelheit natürlich nicht mehr.“

Alle Klassen haben in einem Schreiben den Verwaltungspräsidenten Schweer aufgefordert, diese Maßnahmen sofort rückgängig zu machen. Der Betriebsrat von Stalling fordert ebenfalls die Rücknahme der Klassenzusammenlegung und die Wiederaufnahme des Gemeinschaftskundeunterrichts. Die Buchbinderlehrlinge sind dem Oberschulrat auf die Bude gerückt, und die „Betriebsbesichtigung“ der SPD-Stadtratsfraktion bei Stalling wurde von den Lehrlingen benutzt, den SPDlern in einer Resolution ihre Forderungen nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen unmißverständlich klarzumachen. Vertreter der Berufschüler aus dem Druckbereich, Schulsprecher und Jugendvertreter wollen Schritte für den weiteren Kampf zur Durchsetzung der Forderungen festlegen. – (Zelle Stalling, Bezirk Weser/Ems)

Programmvorschau: Donnerstag, 1.9.77, 21 Uhr 45, ARD

„Jeder Dritte ist betroffen – Lage in der Psychiatrie in Deutschland“

Die Filmautorin Leonore Paurat will die Enquête der Bundesregierung „zur Situation der Psychiatrie“ – deren Erstellung 3 Millionen DM gekostet hat – angreifen und „echte Anzeichen einer Neuorientierung in der Psychiatrie vorstellen“.

„Etwa jeder dritte Bundesbürger hat bereits einmal in seinem Leben irgendeine psychische Krankheit durchgemacht oder leidet noch darunter“, dokumentiert die Enquête. Dies sei „eine Tatsache, die wir alle aus Angst vor dem eigenen Gefährdetsein nicht wahrhaben wollen“, steht in der Programmvorschau der „Hör zu“, und „noch immer glauben viele, seelische Erkrankungen seien nicht heilbar“. Daraus kann man entnehmen, daß der Film propagieren wird, daß man sich ruhig in die Fänge der Psychiatrie begeben soll, jedoch nicht hinter die Mauern von Psychiatrischen Landeskrankenhäusern, sondern in „therapeutische Teams“ von Ärzten und Psychologen, wo Behandlungen in „legerer Form“ durchgeführt werden.

20 Millionen Lohnabhängige seien psychisch krank, sagt die Enquête, 20 Millionen, die nach den Vorstellungen der Bundesregierung „besser“ betreut werden sollen. In der Enquête werden die schreienden Zustände in den Psychiatrischen Landeskrankenhäusern angeprangert: „Es gibt in den psychiatrischen Krankenhäusern noch immer Säle mit mehr als 10, sogar mehr als 20 Betten . . . Die ärztliche Versorgung ist besorgniserregend . . . Es fehlt eine große Anzahl an Sozialarbeitern.“ Man muß bei solcherlei Anprangerungen aufhorchen. Aus der Enquête entspringt nichts anderes als weitere Einkerkerung, Registrierung und Unterdrückung von psychisch Kranken, keinerlei Erleichterung. Die wichtigsten Empfehlungen in der Enquête sind: „Gleichstellung psychisch und somatisch (körperlich) Kranker in rechtlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht.“ Was heißt das? Bis zu drei Monaten sind in den Psychiatrischen Krankenhäusern 21% der Patienten kaserniert, bis zu 12 Monaten 12%, 1 bis 2 Jahre 8%, 2 bis 5 Jahre 13%, 5 bis 10 Jahre 15% und über 10 Jahre 31%. Die Verweildauer soll gekürzt werden. Propagiert wird die „Wiedereingliederung in die Familie“ und gemeindenahe Zentren. Mit einem Heer von Sozialarbeitern wollen die Bourgeois nicht nur die „Kranken“ unter ihre Kontrolle bringen, sondern gleich die ganzen Familien der Arbeiterklasse bespitzeln und unterdrücken – Hausbesuche ist ihre Devise.

Drei Schwerpunkte setzt die Enquête, die vorrangig angepackt werden müssen: der Aus- und Aufbau der ambulanten und der komplementären (z.B. Sozialarbeiter, Psychologen) Dienste, Aufbau von psychiatrischen Abteilungen an allgemeinen Krankenhäusern, die Verbesserung der Versorgung der Jugendlichen sowie bei Alkoholikern und Drogenabhängigen und die „gerontopsychiatrische Versorgung“ (Versorgung der alten Arbeiter in den Psychiatrien).

„27% der Bevölkerung sind Kinder und Jugendliche im Alter bis zu 18 Jahren. Mehrere Untersuchungen haben gezeigt, daß bei 20–25% aller Schulkinder Auffälligkeiten im Verhalten festzustellen sind, die in irgendeiner Form der Klärung bedürfen . . . 31% der Kinder eines Schulanfängerjahrganges in einer Großstadt zeigen Auffälligkeiten und Leistungsbeeinträchtigungen.“ Auffälligkeiten, im Sinne von sich nicht gefallen lassen, was die bürgerliche Unterdrückungseinrichtung Schule vorschreibt. Die Kinder müssen in die Fänge der Psychiatrie und dort mit Hilfe von Psychopharmaka und Psychiatern zurechtgebogen werden.

„Rund 20% aller hospitalisierten Patienten sind 65 Jahre und älter . . . Sie stehen an der Spitze der Aufnahmediagnosen . . . trotzdem ist es noch zu keinem bedarfsgerechten übegreifenden Aufbau eines gerontopsychiatrischen Versorgungssystems gekommen.“ „Es fehlen gerontopsychiatrische Kliniken, Sonderkliniken, ambulante Dienste, Tagesstätten, geeignete Krankenheime und Personal.“

„1,2 – 1,8 Millionen, das sind 2 bis 3% der Bevölkerung, sind alkoholkrank. Alkoholkranke und Drogenabhängige stellen inzwischen 30% der Aufnahmen der psychiatrischen Kliniken. Der harte Kern der Rauschmittelabhängigen hat zugenommen. Es muß mit etwa 10 000 jugendlichen Suchtkranken und etwa 40 000 Rauschmitteldauerkonsumenten gerechnet werden.“ Hier muß eingegriffen werden. Der stationäre Bedarf ist nicht gedeckt, die Suchtgefährdeten müssen alle unter die staatliche Fuchtel kommen. Werden sie entlassen, müssen sie beobachtet werden – Betreuung nennen sie das. Sozialarbeiter müssen her, damit Gewähr geboten ist, daß das, was mit den Kranken in der Zwangsanstalt getrieben wird, auch draußen „stabilisiert“ werden kann.

Das sind nur einige Beispiele über die „Fürsorge“ des bürgerlichen Staates. Kann man angesichts dieser Tatsachen eine „individuelle“, „menschliche“ Behandlung von der Psychiatrie im Kapitalismus fordern? Man kann sich auf so etwas nicht einlassen. Über die Erkämpfung der Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen wird die Arbeiterklasse die psychiatrische Versorgung der kranken Arbeiter ebenso wie die übrige medizinische Versorgung in eigener Regie übernehmen. – (Z-Red.)

„Meine Stadt ist auch Ihre Stadt“

Westberlin. Erdnuß-Carter kommt nach Westberlin. Ihm wird die gleiche Rolle zugedacht wie seinerzeit dem Kennedy, der mit dem Anspruch: „Ich bin ein Berliner“ die US-Besatzung der Stadt verewigen wollte, um direkten Einfluß auf Europa auszuüben. Das kostet was, auch wenn man nur der Junior-Partner ist: Stobbe hat bei seinem Besuch bei Jimmy „den Präsidenten gebeten, seine Aufmerksamkeit auf sowjetische Verstöße gegen die Bindungen Berlins an den Westen und gegen die Außenvertretung der Stadt durch die Bundesrepublik zu lenken“ (Welt, 24.8.). Westberlin soll zum imperialistischen Brückenkopf der westdeutschen Finanzbourgeoisie gegenüber den Ländern des Ostens genutzt werden, und so hat Stobbe dann so viel „politisches Fingerspitzengefühl“ gezeigt, dem Carter eine porzellanene Nachbildung der Freiheitsglocke zu schenken. Carter hat sich als „starker verläßlicher Freund“ Westberlins gezeigt, und so werden – als Dank sozusagen – den Ford-Kapitalisten 4 000 Arbeiter für die Ausbeutung versprochen.

US- und BRD-Imperialisten hoffen, in Carter einen Politiker zu haben, der ihre Interessen gegenüber den Westberliner Volksmassen durchsetzen kann. Stobbe: „Dieser Mann guckt einem so tief in die Augen, und der meint das genauso.“ – (N-Red.)

Roter Hecht im Karpfenteich

Hamburg. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft Eggert und Amsick fordert „eine gemeinsame Aktion des Westens“, um das weitere Vordringen der nicht nur ökonomisch, sondern auch militärisch nicht ungefährlichen Ostblock-Reedereiflotten zu verhindern (Weser-Kurier, 23.8.77).

Der Sowjet-Imperialismus verstärkt seine „Außenseiteraktivitäten in bedrohlicher Form“ (Weser-Kurier, 22.8.77). Indem der Sowjet-Imperialismus die Preise der westlichen Imperialisten unterbietet, erobert er systematisch Marktanteile vor allem auf dem Nordatlantik, im Verkehr mit Ostafrika und zwischen Europa und Asien.

„Nach einer VDR-Untersuchung treten in 32 Fahrtgebieten Ostblockreedereien 69 mal in Konkrrenz zu deutschen Linien auf.“ (Weser-Kurier,22.8.77) Grundlage für die „Dumping-Politik“ der Sozialimperialisten bietet u.a. „eine andere Entlohnung der Seeleute“ (Weser-Kurier, 23,8.77), was nichts anderes heißt, als daß es der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion gelungen ist, den Lohn der Seeleute mehr zu drücken als den westlichen Imperialisten.

Der Verband Deutscher Reeder fordert schnelles Handeln auf politischer Ebene: Bundesverkehrsminister Gscheidle, der im Oktober nach Moskau fährt, muß „die Sowjets aus der Sicht der deutschen Linienschifffahrt zum Einlenken“ bewegen.

Die Präsenz der Handelsflotte auf den internationalen Gewässern sichert den Imperialisten den nötigen politischen Einfluß und ist von großer militärischer Bedeutung für die Vorbereitung des Krieges.

Seuche in der Röttiger-Kaserne

Hamburg. Mehr als 100 Soldaten des

Hamburg. Mehr als 100 Soldaten des Panzergrenadierbataillons 72 sind in der letzten Woche an einer Seuche erkrankt. Entzündete Mandeln, Kopfschmerzen und hohes Fieber sind die Symptome. Die Militärärzte sagen, es könnte das „Pfeiffersche Drüsenfieber“ sein, genau wissen sie es auch nicht. Die Militärärzte und die anderen Offiziere setzen alles daran, die Seuche zu verharmlosen und zu vertuschen, selbst in der gleichen Kaserne sind andere Einheiten nicht informiert worden.

Im Bataillon bereiten die Soldaten jetzt eine Erklärung für die Forderungen vor: Offenlegung der Diagnose, der Krankenzahl und der geplanten Maßnahmen! Inspektion des San-Reviers durch die Vertrauensleute! Täglich Abendessen, frisches Gemüse und Obst! Freie Wahl des Arztes und des Behandlungsortes! – (SRK Hamburg)

Erste Totalverluste bei der Getreideernte – niedrige Getreidepreise sollen den Kleinbauern den Rest geben

Flensburg. Wegen des unbeständigen Wetters werden von überall her Ernteschäden gemeldet. Die Kleinbauern, die keine eigenen Mähdrescher, Lagerkapazitäten und Trocknungseinrichtungen haben, sind besonders hart betroffen. Sie sind abhängig von Lohnunternehmern, die Mähdrescher mit Fahrer vermieten, wodurch sich die Erntetermine oft um Wochen verschieben. Bei dem wechselhaften Wetter kommt es jedoch auf Tage und Stunden an, wenn das Getreide dann nicht abgeräumt ist, ist es vielleicht für Wochen zu spät. Auf diese Weise sind bei dem Regen durch Lagern, d.h. Flachliegen des Getreides und Auswuchs des Getreides, bereits Totalverluste eingetreten, was 2 000 DM bis 3 000 DM pro ha ausmacht. Das wirkt sich in diesem Jahr besonders aus, weil der Getreidepreis durch die Beschlüsse in Brüssel schon gesenkt worden ist. So kostet die Futtergerste jetzt schon nur noch 41,90 DM statt 45,40 DM im Jahre 1976. Das soll nach dem Willen des Finanzkapitals den „Strukturwandel“ in der Landwirtschaft beschleunigen und die „Bodenmobilität“ (aus den Händen der Kleinbauern in die der Großbauern) erhöhen.

„Stopp der Kostenflut“

„Gelockerte Personalpolitik“ im öffentlichen Dienst und „Kostendämpfung“ sollen rasche Wirkung auf den Arbeismarkt entfalten.

„Null-Listen“

Hamburg. Das neue Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz ist ein Angriff besonders auf die Rentner. Die Rentner sollen, wenn sie im Krankenhaus sind, möglichst schnell in Siechenheime oder ins Grab gebracht werden. Ausplünderung der Rentenkassen, das führt die Bourgeoisie im Schilde.

Im Albertinen-Krankenhaus in Hamburg-Schnelsen auf der kardiologischen Frauenstation besteht eine systematische Vernichtung der Rentner. Neben dem Telefon im Dienstzimmer der Schwester liegt eine Null-Liste, wo alle die Patienten draufstehen, bei denen im Falle eines Herzstillstands keine Reanimation (Wiederbelebung) gemacht werden soll. Es sind im Durchschnitt 15 oder mehr Patienten auf der Liste. Wobei die Station 40 bis 44 Betten hat, die immer belegt sind. Wer auf die Liste kommt, entscheidet der Arzt. Die Patienten auf der Liste sind meistens schon 60 Jahre. Aber es kommt auch vor, daß jüngere drauf stehen. Warum? Schaut man die Krankenakte dieser Patienten an, so weiß man es sofort, es sind Frührentner.

Eine Patientin kam im Status Asthmaticus (Asthmaanfall). Sie erhielt alle möglichen Medikamente, die auch richtig waren und die sie brauchte. Nach einiger Zeit lag der Venenkatheter nicht mehr richtig. Der Arzt wurde verständigt. Er meinte, wir setzen alles ab und machen mal eine Pause mit den Medikamenten. Die Patientin brauchte aber alle diese Medikamente, um am Leben zu bleiben. Ihr Zustand wurde zusehends schlechter. Der Arzt wollte nichts machen, also ergriffen wir die Initiative und legten der Patientin eine Braunüle, damit sie die lebenswichtigen Medikamente erhielt.

Kurze Zeit später meinte der Arzt, diese Patientin solle auf die Null-Liste. Das schürte die Empörung noch mehr. Diesen Namen schreiben wir nicht auf die Null-Liste und er wird auch nie draufstehen, das war die Antwort. Der Arzt ging, ohne ein Wort zu sagen.

Wie schon erwähnt, liegen auf dieser Station vorwiegend ältere Leute. Sie müssen täglich mobilisiert werden, um wieder auf die Beine zu kommen. Das ist aber auf Grund von Arbeitshetze und Personalmangel selten möglich.

Durch Rationalisierungen und Lohnabbau, Überstunden und Mehrarbeit wird das Personal bis an den Rand der Arbeits- und Lebenskraft getrieben. Und dadurch wird die Vernichtung der Arbeiter in den Krankenhäusern vorangetrieben. Das Albertinen-Krankenhaus ist ein Diakonisches

nen-Krankenhaus ist ein Diakonisches

Krankenhaus, also „mit Gottes Hilfe wird es schon klappen“. Jeden Donnerstag wird ein Blättchen an die Patienten verteilt, welches auf die Abendandacht aufmerksam macht. Will auch jemand vom Personal zur Andacht, so kann derjenige schon um 19.30 Uhr die Station verlassen, obwohl der Dienst bis 20 Uhr geht. Will man aber eher weg, um auf eine Veranstaltung zu gehen, so ist es unmöglich, schon um 19.30 Uhr zu gehen. Am Sonntagvormittag „dürfen“ die Patienten auch von 10 bis 11.30 Uhr allein gelassen werden, weil das Personal zum Gottesdienst soll. Dort wird der Pfaffe wohl vorbeten, daß kein Patient einen Herzinfarkt bekommt oder gar in der Zwischenzeit stirbt, ansonsten war es „Gottes Wille“. Auch ein Beispiel für die Sanierung der Rentenkassen mittels christlicher Nächstenliebe. – (Bezirk Holstein)

Schürung der Konkurrenz

Braunschweig. „Das Ergebnis (der Rationalisierungen bei der Stadtverwaltung Braunschweig, d.V.) erbrachte im vorigen Jahr eine Reduzierung der rund 5 800 Planstellen um 300. Weitere Stellenplankürzungen folgen in diesem (rd. 60) und im nächsten Jahr.“ (Lamberg, verantwortlicher Dezernent der Stadt Braunschweig für die Rationalisierung, in:

Der Städtetag 6/77) Gleichzeitig mit den Stellenstreichungen und der Nichtbesetzung von Stellen wurden in fast allen Bereichen die staatlichen Unterdrückungsaufgaben erweitert.

Dadurch wird die Arbeitshetze für die Beschäftigten erheblich. Gegen diese Arbeitshetze hat sich ein zäher Kleinkrieg zwischen Lohnabhängigen und Dienstaufsicht entwickelt. Sie machen einfach Dienst nach Vorschrift.

In dieser drückenden Lage versucht der Oberstadtdirektor Weber mit seinen Gehilfen nachzustoßen. Mit Hilfe des besonderen Dienstrechts sollen die Angestellten zu unbezahlten Überstunden gezwungen werden. Inzwischen ist der Arbeitsdruck so groß, daß die Überstunden nicht mehr abgebummelt werden können. Deshalb gibt es Angestellte, die über 200 Überstunden haben. Da die Überstunden nicht „ordentlich angeordnet“ sind, werden sie nicht bezahlt. Bei den Beamten können unbezahlte Überstunden noch leichter durchgesetzt werden, weil sie durch das Beamtenrecht zu unentgeltlichen Überstunden gezwungen werden können.

Zusätzlich wird die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die zwangsverpflichteten Arbeitslosen direkt unter die Beschäftigten getragen. „Die Stadtverwaltung beschäftigte in diesem Jahr mit Zuschüssen des Arbeitsamtes zusätzlich mehr als 100 Arbeitslose.“ (Braunschweiger Zeitung, 27.8.77) Die Arbeitslosen werden zum großen Teil auf unbesetzte Stellen gesetzt und erhalten nach Lohngruppe 1 und BAT VIII oft keine 1 000 DM netto, obwohl sie zum Teil Ingenieurarbeit verrichten müssen. Die Stadt selbst zahlt von diesem Lohn nur 10 %, das Arbeitsamt den Rest. 1,5 Mill. DM hat die Stadt für die 100 Arbeitslosen bekommen.

Die Amts- und Abteilungsleiter schüren die Konkurrenz. Im Steueramt wurde der Belegschaft vorgehalten, daß die Arbeitslosen mehr schaffen als sie, deshalb sollen sie auch mehr reinhauen. Den Arbeitslosen wird gesagt, daß sie unter Umständen bei der Stadt bleiben könnten, wenn sie sich gut führen würden und die geforderte Leistung bringen. Ein Auszubildender hat an seinem Arbeitsplatz in der Stadtkasse ein Plakat aufgehängt: „An diesem Arbeitsplatz spart die Stadt monatlich ca. 1 800 DM. Er wurde zum Ausbildungsplatz erklärt! Hier muß ein Zuarbeiter her!“ Die Abteilung stellte sich fast geschlossen hinter diese Aktion. Die Stelle mußte tarifgemäß besetzt werden. – (Zelle Stadtverwaltung Braunschweig)

Braunschweig)

„Solidaritätsopfer“

„Mehr als die Hälfte der knapp 80 Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter erklärte sich darüber hinaus ausdrücklich zu einer freiwilligen Gehaltseinbuße um eine Besoldungsstufe bereit, wenn in Westberlin binnen eines Jahres dreihundert neue Stellen im Hochschulbereich ... sichergestellt werden.“ (Frankfurter Rundschau, 26.8.77)

So äußerten sich Assistenzprofessor Peter Grottian, UStA-Stratege des Sozialistischen Büros und 80 weitere Professoren. Auf die Frage, wie der Herr Professor denn auf Grundlage dieser Positionen zum Streik der Hamburger Lehrer steht, sagt er: Gegen Lohnsenkung von Teilen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sei er, deshalb muß eine Lohnsenkung für alle herbeigeführt werden. Die Herren Doktoren und Professoren geben sich also mit einzelnen Maßnahmen nicht zufrieden, es muß gleich eine allgemeine Lohnsenkung durchgesetzt werden.

„Die Autoren vertreten die Auffassung, daß bei Verwirklichung ihrer Vorschläge in den nächsten drei Jahren – je nach Variante ihres Modells – im öffentlichen Dienst zwischen 120 000 und 225 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, ohne daß der Steuerzahler auch nur eine Mark mehr zu zahlen hätte.“ (Frankfurter Rundschau, 26.8.) Je nach Variante, d.h. je mehr der bürgerliche Staat von diesem opportunistischen Pack unterstützt wird, die Lohnabhängigen zu drücken, sollen mehr eingestellt werden.

Dieser Vorschlag kommt einen Tag, nachdem sich Bundesbildungsminister Rohde gegen Steuersenkung und für die Ausweitung des öffentlichen Dienstes ausgesprochen hat.

Daß dieser Vorschlag dann auch ohne zusätzliche Gelder möglich ist, haben die Professoren Herrn Rohde ermöglicht, der bereits vorher betonte: „Eine personelle Ausweitung muß aber mit Reformen verbunden werden, die ein ‚Auswuchern‘ des personellen Wachstums in die Unproduktivität vermeiden.“ Dieses Problem haben die Herren Professoren schnell verstanden und gleich zu der Maßnahme einer Pressekonferenz gegriffen.

Nicht, daß diese Professoren diesen bürgerlichen Staat unterstützen und die Aufblähung des Unterdrückungsapparates vertreten bei gleichzeitiger Lohnsenkung der Beschäftigten, ist die Frechheit an diesem Vorschlag, denn diese Politik ist uns seit Jahren in Erinnerung. Dieser Vorschlag soll aber dazu dienen, den Kampf der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, vor allem der Lehrer, die gegen die Runterstufung von Besoldungsgruppe A13 auf A11 gekämpft haben, zu spalten; dies ist die Absicht. Der bürgerliche Staat freut sich über die Politik dieser treuen Professoren für das Monopolkapital. Der anwesende Amtsrichter Fischer unterstützte diesen Vorschlag ebenfalls: Der gesellschaftliche Bedarf an Richtern sei groß, weil die Justiz nur gut sein könne, wenn sie schneller ist. Dies sähe man bei den Prozessen gegen die Kernkraftwerke, diese würden sich lange hinziehen. Im Hintergrund der Pressekonferenz hielt sich Prof. Dr. Berger, Dienstherr und Präsident der Technischen Universität. Er begrüßte diesen Vorschlag, auch Lämmert tut dies.

Nach neuesten Informationen soll auch das Russel-Tribunal diesen Vorschlag unterstützen. – (N-Red)

ausgesprochen hat. terstützen. – (N-Red)

„Niedrigste Obsternte in Europa seit 1962“

Nicht das Wetter, sondern die Monopolbourgeois betreiben den Ruin der kleinen Bauern

„Für das laufende Wirtschaftsjahr 1976/77 ist bereits wieder mit einem Einkommensrückgang zu rechnen, der in den Vollerwerbsbetrieben bis zu 6 Prozent betragen kann,“ schreibt Ertl in „Agrarpolitik aktuell“, Nr. 4, März 77, zum geschätzten Einkommen der Bauern. Das liege am Wetter: „Ursache dieser Schwankungen sind die Einflüsse der Witterung ...“ Das statistische Amt der EG schätzt ein Gesamternteergebnis beim Obst von 15 Mio. Tonnen gegenüber 18,1 Mio. Tonnen 1976 und 17,7 Mio. Tonnen im Schnitt der Jahre 72 bis 76; „die niedrigste Obsternte seit 1962“ werde erwartet. Ein Viertel weniger Apfelertrag und 40 Prozent weniger Birnen als 1976 schätzt die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher. „Verregnet ein Teil der Ernte?“ überschreibt die „Frankfurter Allgemeine“ ihren Artikel am 20. August und schließt: „Die Hauptgründe für die geringere Ernte werden im äußerst ungünstigen Wetter des Frühjahrs und in den Folgen der Trockenheit des Jahres 1976 gesehen“.

Trockenheiten oder ausgedehnte Regenzeiten führen regelmäßig zum Ruin von Tausenden von kleinen und mittleren Bauern in den EG-Ländern. Das liegt nicht am Wetter. Die Frechheit der Bourgeois besteht gerade in der Lüge, die Arbeiter und Bauern, Produzenten allen Reichtums, seien nicht in der Lage, die Naturgewalten zu beherrschen. Unter kapitalistischen Verhältnissen werden Naturerscheinungen wie das Wetter von den Kapitalisten genutzt, die Kapitalisierung der Landwirtschaft, den Ruin der Kleinbauern, ihre Verwandlung in Lohnarbeiter verstärkt zu betreiben. Notwendige teure Drainagen, Bewässerungsanlagen, Glasbauten für den Obstanbau, Betriebsmittel für Düngung und Befruchtung, Großmaschinen für die Ernte, kann ein Obstbauer mit 4 oder 5 Hektar Anbaufläche nicht bezahlen; die Erzeugerpreise werden gedrückt, der Kleinbauer gerät in die Fänge der Bankkapitalisten. Kommt Trockenheit oder ein nasser Sommer, kann er seinen Hof aufgeben; die Nahrungsmittelkapitalisten und Agrarmonopole machen Höchstprofite.

In den EG-Ländern haben die Monopolbourgeois zwischen 1964 und 1974 über 40 Prozent der kleinen und mittleren Bauern vernichtet:

Selbständige Bauern in der EG

Land	1964	1969	1973	1974
BRD	2 612	2 098	1 696	1 635
Frankreich	2 836	2 382	2 028	1 944
Italien	3 413	2 640	1 985	1 922
Niederlande	309	258	237	232
Belgien	231	177	132	127
Luxemburg	18	15	9	9
England	362	335	288	288
Irland	./.	259	227	223
Dänemark	./.	207	182	177
gesamt	9 419	8 371	6 784	6 557
	(Eur 6)			(in Tsd.)

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Die Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft, Bericht 1975

In Westdeutschland gibt es noch 54 000 Obstbauern mit zusammen 57 000 Hektar, der größte Teil davon sind Kleinbetriebe mit 0,5 bis 5 ha. 1971 betrug das „Standardbetriebseinkommen“ bei 2 121 Obst- und Gemüsebetrieben unter 4 000 DM pro Jahr und Hektar, 1974 waren es bereits 3 572. Woher die höhere Zahl kommt, sieht man sogleich, schaut man sich die darüberliegenden Gruppen an: 4 000 bis 8 000 DM hatten 1971 1 565, 1974 noch 784 Betriebe; in der Gruppe 8 000 bis 12 000 DM sind die Zahlen 822 1971 und 552 1974. Das gibt einen Begriff von der Schnelligkeit, mit der die Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzer den Ruin der kleinen Obstbauern betreiben. Bei einem Betriebsertrag von insgesamt 13 465 DM pro ha mußte im Wirtschaftsjahr 75/76 ein Obstbauer mit weniger als 8 ha Gesamtfläche im Schnitt 1 997 DM pro ha für Bruttoinvestitionen zum Erhalt des Betriebs ausgeben; übrig blieb ein Gewinn von 4 720 DM pro Hektar und ein Bruttoeinkommen von 22 823 DM, das bei einem Arbeitstag von bis zu 16 Stunden und Einspannung der gesamten Familie. Sowieso gehen in diese Durchschnittszahlen nur die „gesunden“ Betriebe ein, die das Landwirtschaftsministerium in seine Buchführungsstatistiken aufnimmt. Kleinbauern mit weniger als 4 ha sind gezwungen, ihre Arbeitskraft in der Fabrik zu verkaufen und den Hof nach Feierabend zu betreiben. Aber schon in den Vollerwerbsbetrieben hat sich das Reineinkommen gegenüber 1975 um 0,8 Prozent vermindert und lag nur um 17 Prozent höher als 1968/69.

Im Agrarbericht 77 schätzt Ertl als Schnitt für alle EG-Länder einen Einkommensrückgang von mehr als 3 Prozent 1975 gegenüber 1974, für das Wirtschaftjahr 75/76 weiteren Rückgang. Für 1976/77 ist jetzt ein Rückgang um nochmals mindestens 6 Prozent angekündigt. Im „Einkommensrückgang der Vollerwerbsbetriebe“ stecken auch die Agrarkapitalisten. Man kann sicher sein, daß der Einkommensrückgang für die kleinen und mittleren Bauern das Vielfache betragen hat.

Mit Macht betreiben die Agrarmonopole und Großgrundbesitzer den Ruin der kleinen Obstanbauer. Gegenüber den Arbeitern hetzen sie: die Bauern würden die Preise treiben. Sie versuchen zu spalten. Tatsächlich verhält es sich so: 1970 konnte ein Industriearbeiter mit einem Stundenlohn umgerechnet 5,6 kg Tafeläpfel kaufen; heute sind es noch 4,7 kg. Gleichzeitig erhielt der Bauer als Verkaufserlös 1965/66 52 Prozent vom Endpreis; heute noch 41 Prozent. Heeremann, Bauernpräsident und Großgrundbesitzer, hat sich im ZDF über die Schädlichkeit der Naturgewalten verbreitet und geschlossen: „Der Verbraucher wird nicht betroffen. Die Versorgung ist gesichert.“ Gesichert ist allein, daß die Agrarkapitalisten sich das Wetter zum Bauernlegen nutzbar machen und den Arbeitern „wegen schlechten Wetters“ Zusätzliches aus der Tasche plündern wollen. – (Mi-Red.)

Der Kampf der Arbeiterklasse um Versicherungsschutz gegen Arbeitslosigkeit

Die Geschichte des Kampfs der Arbeiterklasse um Arbeitslosenversicherungen, um Schutz vor dem völligen Elend im Fall der Arbeitslosigkeit, zeigt, daß dieser Kampf erfolgreich nur geführt werden kann unter den Forderungen nach Selbstverwaltung der Versicherungskassen durch die Arbeiter und nach Bezahlung der Kassen durch die Kapitalisten. Jede Abweichung von dieser Stoßrichtung auf seiten der Arbeiterklasse führt dazu, daß die Versicherungskassen aus Schutzinstrumenten der Arbeiterklasse zu Spaltungs- und Erpressungsinstrumenten der Kapitalisten werden und die Kapitalisten die Kassen plündern.

Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise produzierten die Arbeiter neben dem Reichtum der Kapitalisten ihre eigene Überzähligmachung. In demselben Maß, wie sie die bäuerliche Kleinwirtschaft und das Handwerk ruinierten und die von ihren Produktionsmitteln getrennten Bauern und Handwerker in ihre Fabriken preßten und Frauen und Kinder an die Maschinen stellten, führte jede Stokkung der Akkumulation des Kapitals und jede Revolutionierung der Maschinerie zu ebensoviel Entlassungen.

Es war deshalb eine der ersten Aufgaben des Zusammenschlusses der Arbeiter in den Gewerkschaften, die Arbeitslosen zu unterstützen. So führte der erste Zusammenschluß der Metallarbeiter in Deutschland 1868 direkt den Namen „Allgemeine Deutsche Metallarbeiterschaft – Versicherungsgesellschaft gegen Arbeitslosigkeit". Die Unterstützung der Arbeitslosen konnte jedoch nicht die eigentliche Aufgabe des Zusammenschlusses der Arbeiter in den Gewerkschaften sein. Elementar für die Gewerkschaften ist die Führung des Lohnkampfes, und die Gewerkschaftsgelder wurden dringend für die Führung von Streiks gebraucht. Dieses Selbsthilfesystem der Gewerkschaften hatte deshalb auch nur in den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung eine gewisse Bedeutung, mit jedem Anschwellen der Arbeitslosen in der Krise stellte sich die Frage nach einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung um so dringender. Vielfach wurde die Forderung nach einer staatlichen Arbeitslosenversicherung aufgestellt, deren Gelder durch das Reich und die Länder gezahlt werden sollten. Im Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands lautete die Forderung: „Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung." Gegen die Forderung nach der Verstaatlichung der Arbeiterversicherung führte Engels schon die Polemik in seiner Kritik am Erfurter Programm. Wie sollte die Arbeitslosenversicherung in den Händen des geschäftsführenden Ausschusses der Bourgeoisie den Arbeitern Schutz bieten?

Die Zahl der Arbeitslosen wuchs bis 1885 auf 200 000 an. Vereinzelt zahlten die Reichs- und Länderregierungen Zuschüsse an die Gewerkschaften für die Arbeitslosenunterstützung, zum größten Teil waren die Arbeitslosen aber dem Elend und der Willkür der Kapitalisten ausgeliefert.

1902 verabschiedete der Gewerkschaftskongreß in Stuttgart eine Resolution zur Arbeitslosenunterstützung, die die wesentlichen Forderungen der Arbeiterbewegung enthielt: „Der Gewerkschaftskongreß erachtet es als Pflicht von Reich, Staat und Gemeinde, Arbeitern Unterstützung zu gewähren bei Arbeitslosigkeit, welche weder durch Streiks oder eigenes großes Verschulden hervorgerufen ist (...). Als Voraussetzung einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung fordert der Kongreß das uneingeschränkte Koalitionsrecht für alle Arbeiter beiderlei Geschlechts (...). Der Kongreß verwirft jedes System einer Arbeitslosenversicherung auf anderer Grundlage als der freien Selbstverwaltung der Arbeiter und der Gewährung eines Reichszuschusses an Arbeitslosenunterstützung am Orte oder auf der Reise zahlende zentrale oder lokale Berufsverbände. (...) Die Deckung der Kosten des Reichsarbeitslosenversicherungszuschusses geschieht zur Hälfte aus Reichsmitteln, die andere Hälfte der Kosten ist durch die Berufsgenossenschaften zu dekken."

Auf Grundlage dieser Resolution organisierten die Arbeiter in den folgenden Jahren bis zum Ersten Weltkrieg den Kampf für eine einheitliche Arbeitslosenversicherung, der jedoch nur zu verstärkten staatlichen Zuschüssen führte, die Kapitalisten zahlten weiter keinen Pfennig. Die Kapitalisten stellten immer als Forderung auf, daß das Entscheidende an einer Arbeitslosenversicherung die Beschaffung von Arbeit sei, womit sie auf die Durchsetzung von Zwangsarbeit mit Hilfe der Arbeitslosenversicherungen abzielten. Unterstützung fanden sie dabei von den Sozialchauvinisten in der Gewerkschaftsbewegung, die inzwischen die Gewerkschaftsführung erobert hatten.

Im Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Nr. 35, 1914, hieß es: „Im übrigen sollten für die Förderung der Privatwirtschaft nach Möglichkeit öffentliche Mittel aufgewendet werden, insbesondere kann die Bautätigkeit und Bodenbearbeitung (Melioration, Urbarmachung, Aufforstung) durch Mittel der Arbeitslosenversicherung unterstützt werden.

1932. Arbeitslose vor der Zahlstelle für Arbeitslosengeld. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Jahr 1932 bis auf 6 Millionen.

Soweit die Privatwirtschaft nicht ausreicht, das Heer der Arbeitslosen aufzusaugen, soll die Gemeinwirtschaft von Reich, Staat und Gemeinde helfend einspringen. Die dem Kriegsministerium unterstehenden Betriebe für Heeresbedarf können ungezählte Arbeitslose beschäftigen und dabei Vorsorge treffen, daß die beschäftigten Arbeitskräfte nicht in übermäßiger Arbeitszeit überanstrengt werden, während Tausende von Händen unbeschäftigt sind. Die Postverwaltungen haben sich leider in ausgedehntem Maße mit unbezahlten jugendlichen Helfern beholfen, anstatt Arbeitslose einzustellen. (...) Unter den älteren Arbeitslosen finden sich genug solche, die mit der Waffe ausgebildet waren und für die öffentliche Sicherheit in Eid und Pflicht genommen werden können."

Die Kapitalisten nutzten die elende Lage der Arbeitslosen, sie in ihre Kriegsdienste zu pressen, und die Sozialchauvinisten in der Gewerkschaftsführung öffneten ihnen noch die Kassen der Arbeitslosenversicherungen dazu.

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Niederlage des deutschen Imperialismus stellte sich das Problem der Arbeitslosenversicherung um so dringender. Zehntausende zurückkehrender Soldaten waren ohne Brot und Arbeit. Die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge war deshalb die erste Gesetzesmaßnahme des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilmachung überhaupt. Gezahlt wurde die Erwerbslosenfürsorge durch das Reich, verwaltet ebenso durch staatliche Einrichtungen. Die Bewilligung der Erwerbslosenfürsorge war von einer sogenannten Bedürftigkeitsprüfung abhängig, die der Willkür Tür und Tor öffnete.

Im Jahr 1920 legte die Regierung einen Gesetzentwurf für eine einheitliche Reichsversicherung vor, der jedoch abgelehnt wurde. Später hieß es: „Das hauptsächliche Bedenken gegen den Entwurf lag darin, daß er den Arbeitsnachweis nicht organisch in das Gebäude der Versicherung einfügte, wenn er ihn auch nicht völlig ausschaltete. Ihm wurde nur die Prüfung aller Fragen auferlegt, die für die Feststellung des Versicherungsfalles wesentlich sind." Unter „Arbeitsnachweis" verstehen die Kapitalisten die Verpflichtung des Arbeitslosen, eine bestimmte Arbeit, die ihm vom Arbeitsamt angeboten wird, anzunehmen, sonst wird ihm das Arbeitslosengeld gestrichen. Die Durchsetzung dieser Verpflichtung im Gesetz, die „enge Verbindung zwischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung" war für die Kapitalisten aber von entscheidender Bedeutung, dieser Paragraph entscheidet nämlich über den Grad, wie über die Versicherung die Arbeitslosen zur Lohndrückerei und Spaltung in den Betrieben eingesetzt werden können.

Die Erwerbslosenunterstützung, die auf Grund des Gesetzes 1918 gezahlt wurde, deckte noch nicht einmal die Hälfte des Existenzminimums. Vor allem sanken die gezahlten Beträge bis zum Jahr 1923 beständig, zumal in der Krise 1923 die Arbeitslosenzahlen hochschnellten. Der Druck der Arbeiterbewegung wuchs, und die Regierung war beständig zu Manövern gezwungen. In jedem Jahr verabschiedete sie eine neue Verordnung zur Arbeitslosenversicherung, die jedoch keine verbesserten Leistungen und nur vergrößerte Zugriffsrechte für die Kapitalisten brachten. Im Jahr 1923 verabschiedete die Regierung die „Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge", die die Beitragspflicht für „Arbeitgeber und Arbeitnehmer" einführte. Die Gewährung von Arbeitslosengeld war jedoch nach wie vor von der Bedürftigkeitsprüfung abhängig. Am 16. Juli 1927 schließlich verabschiedete der Reichstag das „Gesetz über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosenversicherung". Die Sozialdemokraten feiern es heute noch als „große sozialpolitische Errungenschaft", was es für die Kapitalisten auch war.

„Träger der öffentlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Deutschen Reiche ist die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. (...) Die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter und Landesarbeitsämter bestehen aus dem Vorsitzenden des Amtes oder einem seiner Stellvertreter und Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentlichen Körperschaften als Beisitzer. (...) Die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes bestellt der Vorsitzende des Landesarbeitsamts. (...) Die Mittel, welche die Reichsanstalt zur Durchführung ihrer Aufgaben benötigt, werden unbeschadet der Vorschrift des § 167 durch Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer aufgebracht. (...) Versicherungspflichtige und ihre Arbeitgeber entrichten die Beiträge je zur Hälfte."



Zwangsarbeit für Arbeitslose

Damit war die Arbeitslosenversicherung in ihrer heutigen Form gegründet worden, und von Anfang an hatten sich die Kapitalisten den Zugriff auf die Kassen der Versicherung gesichert, wie sie sich gleichzeitig das Recht gesichert hatten, die Hälfte der Versicherungsbeiträge direkt vom Lohn der Arbeiter einzubehalten.

Das Gesetz ermöglichte den Arbeitsämtern gehässige Spitzeldienste: „Das Arbeitsamt kann Ermittlungen jeder Art mit Ausschluß eidlicher Vernehmungen anstellen, insbesondere den Arbeitslosen zur Prüfung seiner Arbeitsfähigkeit ärztlich untersuchen lassen. (...) Die Beauftragten sind berechtigt, die Wohnung einer Person, die Arbeitslosenunterstützung bezieht oder beantragt hat, zu betreten, wenn das Arbeitsamt dies zur Feststellung, ob die Voraussetzungen der Unterstützung vorliegen, für erforderlich hält." Das Gesetz enthielt die Möglichkeit, die Arbeitslosen zur Pflichtarbeit festzulegen, wo bei Ablehnung dieser Zwangsarbeit das Arbeitslosengeld gestrichen wurde. Gleichzeitig wurde die Reichsregierung ermächtigt, aus den Versicherungsgeldern Zuschüsse an die Kapitalisten zu zahlen, um den „Abbau der Arbeitslosigkeit zu fördern". Damit hatten die Kapitalisten, was sie haben wollten.

Die KPD hat das Gesetz bekämpft. In einer Erklärung ihrer Reichstagsfraktion hieß es: „Die kommunistische Fraktion hat bei den Beratungen über das Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie grundsätzlich gegen dieses Gesetz ist. Nach wie vor wendet sich die kommunistische Fraktion gegen das Versicherungsprinzip und vertritt den Standpunkt, daß dem Staate und dem Unternehmertum die Fürsorgepflicht für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft obliegt." Es kam aber nicht darauf an, gegen das Versicherungsprinzip zu sein und für die „Fürsorgepflicht der Kapitalisten" – so etwas kann es überhaupt nicht geben im Kapitalismus –, sondern für die Selbstverwaltung der Versicherungen, was in der Agitation der KPD ganz herausfiel. Aus dieser Haltung heraus hat die KPD auch von der Regierung Beschäftigungsprogramme für die Arbeitslosen gefordert. Diese fehlerhafte Ausrichtung des Kampfs der Arbeiterklasse hat den Kapitalisten die Durchsetzung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erleichtert. Die Bourgeoisie ging in den folgenden Jahren im wesentlichen daran, die geschaffenen Instrumente anzuwenden und den Raubzug zu organisieren. Als erstes wollte die Regierung Müller die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung von 3,5% auf 4% erhöhen. Als sie das nicht durchsetzen konnte, trat die Regierung darüber zurück. Eine der Notverordnungen der folgenden Brüning-Regierung bestand dann in der Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Mit der Weltwirtschaftskrise 1929 waren die Zahlen der Arbeitslosen in die Millionen gestiegen, was die Arbeitslosenversicherungen an den Rand des Ruins brachte, was auch nur durch die Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten hätte verhindert werden können.

Die Faschisten haben an den Bestimmungen der Arbeitslosenversicherungen für ihre Herrschaft nicht viel ändern müssen. Nachdem sie durch die Einführung von Arbeitslagern und Zwangsarbeit die Arbeitslosenzahlen gesenkt hatten, plünderten sie die Versicherungskassen für ihre Kriegsvorbereitungen. Von 1934 bis 1937 wurden ungefähr 1,8 Milliarden Mark direkt aus der Arbeitslosenverischerung für die Kriegsvorbereitung verwendet.

Bei der Restauration ihrer Herrschaft in Westdeutschland konnte sich die Finanzbourgeoise im wesentlichen in bezug auf die Arbeitslosenversicherung auf das Gesetz von 1927 stützen. Die wesentlichen Bestimmungen der Erhebung der Versicherungsbeiträge vom Lohn und der Bestimmung der Kapitalisten über die Kassen wurden beibehalten. Ohne den Kampf für die Selbstverwaltung der Versicherungskassen und die vollständige Bezahlung durch die Kapitalisten wird die Arbeitslosenversicherung für die Arbeiterklasse nie ihren Zweck erfüllen. – (Z-Red.)

Arbeitsbedingungen im japanischen Bergbau

Die japanischen Monopolkapitalisten ruinieren systematisch den eigenständigen japanischen Bergbau. Gleichzeitig verschärfen sie die Ausbeutung und verlängern sie den Arbeitstag der Bergarbeiter und drücken das Lohnniveau.

Bergbau	Monatslohn gesamt (Tsd. Yen)	Index Reallohn	Monatliche Arbeitszeit
1975	197	100	184,7
1976	214		185,7
März 1977	184	78	189,5

Aus: Economic statistics monthly, Bank of Japan

Der Kohleverbrauch betrug 1976 80 Millionen Tonnen, davon 70 Millionen Tonnen allein für die Stahlerzeugung. An „metallurgical coal" wurden aus Australien 23 Millionen Tonnen, aus den USA 21,5 Millionen Tonnen, aus Kanada 11,4 Millionen Tonnen, aus der Sowjetunion 3 Millionen Tonnen importiert. Nur 9,2 Millionen Tonnen „steam coal" für Energieerzeugung kamen aus Japan selber. Von 1960 bis 1975 wurden von 660 Zechen alle bis auf 30 stillgelegt, über 20 000 Arbeiter entlassen und die Kohleförderung von 55 Millionen Tonnen auf 20 Millionen Tonnen gedrosselt.

Übergriffe sowjetischer Behörden gegen japanische Fischer

Seit Inkrafttreten des vorläufigen Fischereiabkommens zwischen Japan und der Sowjetunion sind die Sozialimperialisten ungerechtfertigt gegen japanische Fischer vorgegangen, die im Nordpazifik und der japanischen See operieren. Sie führen an Bord Überprüfungen durch, unbegründete Verhaftungen und verhängen Strafen.

Nach Angaben der Fischereiagentur Japans wurden vom 28. Mai bis 17. August 1977 37 japanische Fischerboote in der von der Sowjetunion errichteten 200-Seemeilen-Zone festgehalten oder mit Strafe belegt. 23 wurden nach Erhebung des Strafgeldes freigelassen, die übrigen werden immer noch festgehalten. Nach Angaben japanischer Zeitungen haben die meisten der von den Sowjets angegriffenen japanischen Fischer das vorläufige Fischereiabkommen nicht verletzt. Aber die Sowjets haben willkürliche Anklagen gegen die japanischen Fischerboote fabriziert, die sich auf eine Überprüfung durch die Sozialimperialisten an Bord einließen. Einigen japanischen Fischerbooten wurden Strafen von bis zu 4 Millionen Yen auferlegt. Japanische Fischer erklärten wütend, daß die von der Sowjetunion errichtete 200-Seemeilen-Zone keinesfalls eine „Fischereizone" ist, sondern eine Zone zur Eintreibung von Strafgeldern von japanischen Fischerbooten. Die japanische Fischereiagentur hat gegen die Willkürmaßnahmen scharf protestiert. (Nach: Hsinhua, 19.8.77)

Australische Regierung beschließt Uranausbeute

Die imperialistische Nutzung der Atomenergie stößt in Australien auf Widerstand. Seit Donnerstag letzter Woche finden in den Städten Australiens breite Protestdemonstrationen gegen die Ausbeutung des australischen Urans statt. In der Transportarbeiter-Gewerkschaft wird die Blockierung der Beförderung des Urans von den Abbaustätten zu den Häfen und das Verladen auf die Schiffe gefordert. „Der Kampf gegen die Ausbeutung der Uranlager beginnt jetzt erst richtig, in den Minen, auf den Verladebahnhöfen und in den Häfen", erklärte ein Sprecher. Am Donnerstag hatte die australische Regierung die Entscheidung bekanntgegeben, die riesigen Uranlagerstätten Australiens durch imperialistische Monopole in vollem Umfang ausbeuten zu lassen. Beteiligt sind vor allem das japanische und westdeutsche Finanzkapital.

Fluglotsenstreiks

In Kanada, Frankreich, England und Spanien streiken die Fluglotsen bzw. sind in Bummelstreiks getreten. Ihre Forderungen sind höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. In Frankreich wollen die Fluglotsen 10 Tage lang „Dienst nach Vorschrift" arbeiten. In England führen die Fluglotsen und Flugassistenten einen totalen Streik bis Montag Nacht durch, nachdem sie während der Woche bereits Dienst nach Vorschrift gemacht haben. Die Angestellten auf den englischen Flughäfen verdienen zwischen 12 000 und 15 000 DM im Jahr. Der Lohn ist in den letzten Jahren durch den Sozialpakt und die ständig steigende Inflationsrate immer weiter gesunken. Die britische Regierung hat, nachdem der Sozialpakt von den Arbeitern zerbrochen war, ein Stillhalteabkommen mit Gewerkschaften abgeschlossen. Auf keinen Fall mehr als 10 Prozent Lohnerhöhungen wollte Heath zulassen, hatte er angekündigt. Eher 5 bis 6 Prozent, und darüber hinaus Tariferträge für höhere Löhne, gekoppelt an mehr Arbeitsleistung. Im öffentlichen Dienst wollte er, zu Beginn der Tarifkämpfe, austragen. Doch bereits jetzt zeigt sich, daß die Regierung und die Kapitalisten den Arbeitern und Angestellten gegenüber den Lohnraubplan fortzusetzen. Die Fluglotsen fordern eine Lohnerhöhung von 17,5 Prozent und haben beschlossen, so lange zu streiken, bis die Forderungen durchgesetzt sind. Ende letzte Woche sind die englischen Bäcker und Hafenarbeiter für höhere Löhne in den Streik getreten.

Die bürgerliche Presse zum Beschluß der baden-württembergischen Landesregierung – das Rudel heult

Stuttgarter Nachrichten: „. . .Was die Landesregierung, gemeinsam mit der Spitze der CDU-Landtagsfraktion als ausschlaggebend für diesen spektakulären Beschluß angesehen hat, läßt sich nicht einfach mit dem Hinweis auf reaktionäre Haltung oder Einschränkung der studentischen Freiheit vom Tisch wischen."

Stuttgarter Zeitung: „. . .Niemand wird es zwar billigen, daß Berufschaoten in den Studentenvertretungen mit den ihnen zugewiesenen, von allen Studenten erhobenen Zwangsbeiträgen ihre Propaganda- und Störungsfeldzüge finanzieren. Daß aber die Studentenschaft nur noch durch die in anderen Gremien gewählten Gruppen repräsentiert werden soll, wird dem sonst in unserem Land üblichen Recht auf Selbstdarstellung nicht gerecht . . ."

Mannheimer Morgen: „. . .Die Landesregierung muß sich also fragen lassen, ob sie mit dieser Radikalkur nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet. Es sind Zweifel angebracht, ob die Landesregierung so das gesteckte Ziel erreicht; die Befriedung der Hochschulen."

Badische Zeitung: „. . .Wenn es denn ‚radikale', ‚extremistische' Minderheiten sind, die die Allgemeinen Studentenausschüsse beherrschen (was nicht generell stimmt), so sind doch die „Minderheiten" nicht schuld, daß sich die anderen nicht an den Studentenwahlen beteiligen, daß die Mehrheit schweigt."

Frankfurter Allgemeine: „. . .Studentenfunktionäre sprechen von einem ‚unglaublichen Eingriff in die demokratischen Rechte' der Studierenden. Nordrhein-Westfalens Minister Rau gießt, sich anbiedernd, Öl ins Feuer, indem er das Vorhaben als ‚Entmündigung der gesamten Studentenschaft' wertet. Die traditionellen Aufgaben der Studentenvertretungen, hochschulpolitische wie soziale, werden inzwischen weitgehend von anderen Hochschulorganen wahrgenommen. Der ‚unglaubliche' Eingriff ist ein konsequenter Schritt, der seinen Grund in der Verlagerung der Rechte und Funktionen an den Hochschulen findet – wie vor einigen Jahren die Beschneidung der Kompetenzen der Ordinarien."

Die Welt: „. . .Vor allem muß die Grundsatzfrage gestellt werden, ob es eine Zwangsmitgliedschaft, wenn überhaupt irgendwo, dann gerade bei den Studenten geben darf. Ein weiteres Argument besteht darin, daß die verfaßte Studentenschaft nach Einführung der Gruppenuniversität unlogisch und damit überflüssig geworden ist."

Ganze 22 DM zahlt der Staat

Hannover. 17 Studenten haben an der TU Hannover gemeinsam ein Flugblatt herausgegeben, in dem sie die Ergebnisse einer BAFöG-Versammlung enthüllen, die sie gemeinsam durchgeführt haben. Anhand der BAFöG-Bescheide von acht der Studenten wurde errechnet: 636 DM standen ihnen durchschnittlich im Monat zur Verfügung. Davon 27,7 % aus eigenem Lohn, wobei der Darlehensanteil des BAFöG als Vorschuß auf späteren Lohn gerechnet wurde, 53 % aus dem Lohn der Eltern, und ganze 19 % zahlt der Staat – 122 DM. Davon wurden noch einmal etwa 100 DM abgerechnet, die an indirekten Steuern wieder an den Staat zurückgezahlt werden.

Die Studenten schreiben deshalb in dem Flugblatt: „Wir fordern einen Elternfreibetrag von 1 500 DM, weil wir dem Staat das Zugriffrecht auf den Lohn unserer Eltern bis zu einer Höhe von 1 500 DM völlig absprechen. Wir fordern 100 DM mehr für jeden BAFöG-Bezieher . . . Auf diesen Forderungen muß der Streik im Wintersemester von der VDS-MV beschlossen werden, zu einem einheitlichen Zeitpunkt und unbefristet." – (N-Red.)

BAFöG-Schikane bis zum Examen

Bremen. Das BAFöG-Amt hat den Antrag eines Studenten im zehnten Semester des Lehrerstudienganges auf Weiterzahlung über das Semesterende im Juli hinaus, weil der Student noch bis Ende Oktober bis zum Abschluß seiner Examensprüfung braucht, abgelehnt. Die Begründung lautete: „Um sicherzustellen, daß Sie Ihre Prüfung innerhalb der Höchstförderungsdauer von zehn Semestern ablegen können, hätten Sie sich bereits im Jahre 1976 zur Prüfung melden müssen . . . Nach Auffassung des Senators für Bildung als oberste Landesbehörde für Ausbildungsförderung ist eine Förderung der in das elfte Semester fallenden Monate nicht möglich, wenn Studenten sich erst am Ende des neunten Semesters zur Prüfung für das Lehramt an öffentlichen Schulen melden und wegen der Vielzahl der Prüfungen eine Abwicklung innerhalb des zehnten Semesters nicht möglich ist." Dadurch wird die strikte Einhaltung der achtsemestrigen Regelstudienzeit erzwungen. Der Student hatte sich wegen Wechsel der Fachrichtung erst später zur Prüfung melden können. Jetzt muß er, da er während der Prüfungsvorbereitung nicht nebenbei arbeiten gehen kann, seiner Mutter, die Rentnerin ist, und seiner Freundin, die neben dem Studium arbeitet, auf der Tasche liegen.

Filbingers Plan: Statt Verfaßter Studentenschaft Zwang zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie

Initiative von Fachschaftsvertretern für eine Demonstration am 15. September

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat die Landeshochschulgesetzentwürfe „endgültig verabschiedet", will damit an allen Hochschulen die Asten beseitigen und die Studentenbewegung vollständig zerschlagen. Das „endgültig" wird früh angekündigt – die erste Lesung ist am 15. September im Landtag in Stuttgart. Seit der Beschluß der Landesregierung bekannt ist, führen die bürgerlichen Politiker einen Mummenschanz auf und trommeln zur Durchsetzung des Gesetzes. Sie machen das auf verschiedene Weise. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Lang erklärt, die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft werde die Agitation von Extremisten „eher erleichtern als zurückdrängen" (Staatsanzeiger 24.8.77). Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Landtag erklärt, die FDP werde prüfen, ob dieser Regierungsentwurf der in der Landesverfassung festgelegten Autonomie der Hochschulen entspreche. Sie gehe aber trotz allem zuversichtlich in die parlamentarischen Beratungen, „denn dieser Regierungsentwurf ist selbst im baden-württembergischen Landtag nicht mehr mehrheitsfähig". Es geht um zwei Sachen. Einmal um schlichten Betrug, in dem Teile der Studentenmassen glauben sollen, „gar nicht so schlimm wird's kommen". Für einen weiteren Teil soll dann dienen die Berufung auf „Ewigkeitswerte", die „Verfassungsmäßigkeit" der „Zwangskörperschaft" müsse ja erst noch geprüft werden (Staatsanzeiger vom 24.3.77). Zum anderen besteht Streit unter den bürgerlichen Parteien, welcher Zeitpunkt geeignet ist, dem Zuchthauscharakter der Hochschule den letzten Schliff zu geben. Der „Plan für Einsparungen an den Universitäten" ist verabschiedet, 900 Stellen werden 1977 gestrichen, seit 1975 sind es inzwischen 1500 in Baden-Württemberg. Weiter ist dem Staatsanzeiger vom 3. August zu entnehmen, daß die Landesregierung in den Jahren 1976 bis 1990 mit 205 000 Hochschulabsolventen rechnet, würde diese Zahl nicht so begrenzt, wären es 287 000, gleichzeitig könnten nur 187 000 nach der Hochschulausbildung eine Stelle finden. Konkurrenz soll herrschen bis aufs Messer. Deshalb erklärt die Landesregierung, daß „die verfaßte Studentenschaft als Zwangskörperschaft passe nicht in eine vom liberalen Geist geprägte Rechtsordnung". Der „liberale Geist" ist die freie Konkurrenz, die wüten soll unter den Studentenmassen und durch nichts getrübt werden soll.

Weitere Spaltungslinien werden eröffnet. Der Parteinachwuchs an den Hochschulen muß ran. Der AStA der Universität Karlsruhe, der mehrheitlich von den Jusos gestellt wird, hat eine Presseerklärung herausgegeben, in der es heißt: „Wir bedauern, daß die Landesregierung die Aktion weniger Studentenschaften zum Anlaß nimmt, die verfaßte Studentenschaft abzuschaffen", Vorschlag: „Vorlesungsboykott zum Zeitpunkt der dritten (!) Lesung, Anfang November. Wären das nicht Gangster, die sich mit der Niedertrampelung der Studentenbewegung ihre Sporen verdienen, würde man an Don Quichote und seine Windmühlen denken.

Ein Vertreter des AStA Heidelberg erklärte im Südwestfunk: „Wir halten die ASten sowieso nicht für eine optimale Interessenvertretung". Die CDU-Studenten an der Hochschule tönen gegen den Gesetzentwurf und halten andere Maßnahmen für geeignet, die Studentenbewegung zu unterdrücken: „Die Rechtsaufsicht über das Haushaltsgebaren der Studentenschaften könne ausgebaut werden" (Demokraten 70, Mannheim).

„Die Landesregierung will die verfaßte Studentenschaft nicht ersatzlos abschaffen, sondern ein neues Modell einer freiheitlichen Studentenvertretung anbieten. Die Gesamtheit der gewählten Studentenvertreter im Großen Senat, Senat, Verwaltungsrat und in den Fakultätsräten sollen einen studentischen Konvent bilden, der aus seiner Mitte einen Sprecherrat aus möglichst vielen Fachbereichen wählt." Dieser studentische Konvent und der Sprecherrat haben die Aufgabe: – Die Vertretung der fachlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studenten der Hochschule,
– Fachbereichsübergreifende Fragen, die sich aus der Mitarbeit der studentischen Vertreter in den Kollegialorganen ergeben,
– Die Förderung der geistigen, musischen und sportlichen Interessen der Studenten
– Die Pflege der Beziehungen zu deutschen und ausländischen Studierenden."

Der Sprecherrat ist zur Zusammenarbeit mit den reaktionären Beamten verpflichtet. Die Mitglieder des Sprecherrats gehören gleichzeitig Universitätsgremien an, sind zur „Verschwiegenheit" verpflichtet, sie haben „uneigennützig und verantwortungsbewußt ihre Pflichten" zu erfüllen. „Kollegialorgane", man könnte gleich sagen Trainingsplatz für Bourgeoisstudenten und andere Lumpen. Studenten, die ihre Pflichten wider Erwarten nicht erfüllen, können durch Senatsbeschluß für sechs Sitzungen ausgeschlossen werden. Als Ordnungsmaßnahme kann der Rektor die Wählbarkeit für zwei Jahre aufheben. „Wird ein Mitglied Anforderungen seines Amtes nicht gerecht und treten dadurch Mißstände ein", so ist die Amtsenthebung durch den Kultusminster vorgesehen.

Weng, Staatssekretär im Kultusministerium, schnappt schon fast über, über die großartigste aller möglichen Welten, daß „insbesondere die sozialen und musischen Aufgaben der Studenten auf eine neue Basis gestellt werden müssen". Musisch solls werden, wenn der besitzlose Student ins nackte Elend gedrückt wird und der Professor lacht, wenn er für die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse doziert.

Es ist bitter für die Studentenmassen, daß es den Opportunisten hat gelingen können, den einheitlichen Kampf gegen die Unterdrückung durch das BAFöG zu verhindern. Ali Schmeißner von den Spontis aus Tübingen darf im Südwest-Funk reden, daß er sich doch diese „faschistischen" Methoden in einem „demokratischen" Land verbiete. Zur 500 Jahr-Feier der Universität Tübingen soll eine „bundesweite Demonstration" gemacht werden, da wird man dann auf den „Putz" hauen. Die Jungdemokraten sprechen von einem Akt der „Unterdrückung". So gibts noch vieles und im Jahr des Herrn soll dann „was gemacht werden". Die Landesastenkonferenz soll erst auf den 19. September einberufen werden, vier Tage nach der ersten Lesung. Man kann sich denken, warum. Man darf der SPD im Landtag die Tour nicht vermasseln, als „Studentenvertreter" aufzutreten, um überhaupt in die Lage zu kommen, die Studentenbewegung zu spalten. 1969 hat die Große Koalition Filbinger-Krause im gemeinsamen Regierungsentwurf im § 68 a die Beseitigung der verfaßten Studentenschaft geplant, was durch den Streik der Studenten verhindert wurde. Der SPD-Abgeordnete Dr. Veit rief damals aus: „Die Universitäten drohen im Chaos zu enden oder geschlossen zu werden. In dieser Situation muß der Landtag handeln." Fachschaftsvertreter von verschiedenen Universitäten fordern die sofortige Einberufung einer Landesastenkonferenz, die vor den Ferien den unbefristeten Streik gegen diese Maßnahmen beschlossen hat, um eine Demonstration vorzubereiten am 15. September, dem Tag der ersten Lesung in Stuttgart. Die auf der Prüflingsveranstaltung nach dem 2. Staatsexamen Medizin anwesenden 26 Medizinstudenten in Freiburg haben Beschlüsse gefaßt zum Kampf gegen die rechtlose Lage der Medizinstudenten im praktischen Jahr, gegen die Pläne der Landesregierung, für die Vorbereitung des bundesweiten Streiks. – (S-Red.)

Die Professorenreaktion entspricht den Absichten der herrschenden Klasse

Ein Querschnitt durch die Lehrpläne der Westberliner Hochschulen im Wintersemester

Westberlin. Planvoll geht die Finanzbourgeoisie daran, die Widersprüche der Gesellschaft zu untersuchen. Ein wichtiger Platz, an dem sie das versucht, sind die Hochschulen. Der Plan ist ebenso einfach wie reaktionär: Erhalt der Profitproduktion, Ausbeutung – Verschärfung der Ausbeutung, Unterdrückung – Verschärfung der Unterdrückung.

„Professionalisierung der nichtärztlichen Heilberufe", unter diesem Titel sollen Studenten der FU lernen, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß des Pflegepersonals an den Krankenhäusern „differenzierter" zu sehen. Nämlich auch, insoweit er die „Versorgung der Patienten" stört. Mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz und dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz will die Bourgeoisie die alten Arbeiter schneller und kostengedämpft ins Grab bringen Sie weiß, was sie tut, und sie weiß, daß ihr Tun nicht ohne Unterdrückung abgehen wird. „Das Widerstandspotential bei Rentnern" erforschen folglich mehrere Professoren an FU und PH im Auftrag der VW-Stiftung. „Soziologie älterer Bürger", „Patientenströme", „Die Rolle der Simulation in der Klinischen Praxis", das sind Seminare, die zunehmend auftauchen. Passend dazu lehren 17 Professoren der Ökonomie „Soziale Sicherung und Einkommenstheorie" oder „Verteilungs- und Sozialpolitik" mit sechs Stunden die Woche – das massiert sich jetzt im Vorlesungsverzeichnis auffallend.

Die Finanzbourgeoisie giert nach unbezahlter Mehrarbeit. Zwangsarbeit, wo immer möglich. Sofort ist die Professorenriege auf dem Plan. Die Bourgeoisie feilt auch an ihrem „Hitlerbild". Sie kommt zum Ergebnis, daß damals wenigstens die Arbeitslosigkeit weg war. 15 Seminare finden sich am Otto Suhr Institut der FU, die da einschlägig sind: „Entwicklung des Arbeitsmarktes im Nationalsozialismus", allein der Titel gibt die Richtung schon ganz gut an.

An der PH heißt es dann gleich „Jugendbeschäftigung und Kriminalität", von Lohn ist nicht mehr die Rede, es wird zwangsbeschäftigt. Und das Institut für internationales Recht untersucht, wie gesamteuropäisch die Schranken der „Mobilität der Arbeitskraft" und des Arbeitstages einzureißen sind.

Ganz andere Schranken will Professor Randelshofer einreißen. „Grundgesetz und Völkerrecht" heißt seine Übung, in der er kaum Schwierigkeiten hatte, die völkerrechtliche Berechtigung des „Unternehmen Entebbe" der Zionisten zu rechtfertigen mit der Pflicht eines Staats zum Schutze seiner Bürger. Das Grundgesetz als Basis für bewaffnete Interventionen im südlichen Afrika, eine solide Grundlage für eine Professorenkarriere.

„Modernisierung des Nahen Osten" – durch Kapitalexport der westdeutschen Imperialisten – wird mit 2 Mio. DM der VW-Stiftung jetzt von zwei Professoren untersucht, das Tarifgefüge im öffentlichen Nahverkehr ist Gegenstand mehrerer Lehrveranstaltungen. An der TU lehren Betriebsärzte, Aufsichträte und Arbeitsdirektoren „Humanisierung der Arbeitswelt", Arbeitswissenschaft und „Determinanten betrieblicher Gesundheitspflege und Hygiene".

Die imperialistischen Hochschulen und ihre Professoren reagieren direkt auf die Anforderungen, die die Finanzbourgeoisie hat an die Wissenschaft. Sei es über direkte Personalunion, sei es über die Forschungsförderung aus Drittmitteln oder, was das häufigste und trotzdem todsichere Mittel ist, mittels der „Freiheit der Forschung und Lehre" der Professoren, die Professoren haben eine gemeinsame Richtschnur: Ihre Erkenntnisse müssen der Finanzbourgeoisie dienen. Immer mehr wird das auch zur Pflicht gemacht für die Studenten. Unter der Fahne der „Praxisorientierung" und Berufsqualifikation soll sich schon vor der Prüfung die Eignung erweisen, zum späteren Aufseher und Unterdrücker.

Die Studentenmassen haben daran nichts zu gewinnen. Sie müssen den Professoren entgegentreten und ihre Wissenschaft kritisieren, indem sie die Kämpfe der Arbeiter und Volksmassen unterstützen und ihre notwendigen Kämpfe vorbereiten und führen. – (KHG Westberlin)

„Versuchen Sie es doch einmal mit Geld"

Ein Versuch, den Studienplatz zu tauschen

Hannover. Ich studiere im vierten Semester Medizin. In diesem Sommer habe ich versucht, meinen Studienort von Hannover nach Göttingen zu wechseln. Nachdem schon in meiner Bundeswehrzeit meine Verlobte und ich einige hundert Kilometer auseinandergerissen wurden, wollten wir endlich zusammenziehen. Meine Verlobte lernt Krankenschwester in Göttingen, ich bekam einen Studienplatz in Hannover.

Vor der Vorprüfung nach zwei Jahren den Studienort zu wechseln, ist sowieso so gut wie ausgeschlossen. Wenn man tauschen will, muß man nicht nur einen Tauschpartner finden, man muß auch nachweisen, daß man die Scheine hat, die an der betreffenden Universität bis zum gegebenen Ausbildungsabschnitt üblich sind. Da jedoch die Studiengänge in Göttingen und Hannover unterschiedlich aufgebaut sind (zum Beispiel findet der Präparierkurs in Hannover einige Semester früher statt), ist das praktisch unmöglich.

Trotz intensiver Bemühungen konnte ich jedoch auch zur ärztlichen Vorprüfung keinen Tauschpartner finden und habe mich dann direkt bei der Universität Göttingen beworben. Dort erfuhr ich, daß ich einer von 400 Bewerbern für Studienortwechsel im Fach Medizin sei, von denen nur vier angenommen wurden. Ohne Heiratsurkunde und ersten Wohnsitz in Göttingen sei da ohnehin nichts zu machen. Wenn meine Freundin und ich jedoch heiraten, werden mir von jeder Mark, die sie mehr als 640 DM netto verdient, 65 Pfennig vom BAFöG abgezogen. Außerdem würde sich für meine Eltern, die im „sozialen Wohnungsbau" wohnen, die Miete erhöhen.

Unser Fall sei eh nur ein kleiner Fisch. Viele der Antragsteller haben Frau und Kinder in Göttingen und bekamen einen Studienplatz zugewiesen, der noch viel weiter weg liegt. Wenn so kein Tauschpartner zu finden sei, könne ich es ja einmal mit Geld versuchen. Der gegenwärtige Preis betrage etwa 3 000 DM.

Die Angestellte im Dekanat berichtete, wie sich durch die verschiedenen Regierungsmaßnahmen zur „Öffnung der Hochschulen" ihre Arbeitsbelastung enorm gesteigert hat. Ein wesentlich größerer Anteil der Zulassungsanträge geht jetzt nicht mehr über die ZVS, sondern wird direkt an die Hochschulen gestellt und von Professorenausschüssen begutachtet. Das vereinfacht die Korruption. Erst kürzlich ist bekannt geworden, wie eine Professorentochter einen Studienplatz bekam, obwohl sie den notwendigen Notendurchschnitt nicht erreichte. Sie gab an, während der Abiturprüfung die Regel bekommen zu haben.

Von der imperialistischen Armee ist bekannt, daß sie durch Zwangsverpflichtung der Soldaten die Familie, Ehen und Freundschaften auseinanderreißt. Im Studium ist das nicht viel anders. Ich habe mir überlegt, ob ich das Studium aufgebe. Aber dann stünde ich da ohne Berufsausbildung, ohne Sozialversicherung, ohne einen Pfennig Arbeitslosengeld – dafür mit Schulden für 1 260 DM „Darlehen", die ich an das BAFöG-Amt zurückzahlen müßte und die ab einer Nettolohnsumme von 760 DM vom Lohn einbehalten werden können.

Um von den Schulden runterzukommen, sind viele besitzlose Studenten gezwungen, für ein paar Tausender ihren Studienplatz an einen Bourgeois zu verkaufen. Die Bourgeoisstudenten können so – mit dem nötigen Geld – ihren „Neigungen" und den Ratschlägen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" folgen, ihren „akademischen Lehrern" nachziehen, mal zum Segeln nach Kiel, mal zum Wintersport nach Freiburg, dazwischen ein Jahr ins Ausland, um Kenntnisse und „Verbindungen" für imperialistische Expansion zu erwerben.

Gegen ihre rechtlose Lage müssen sich die Studentenmassen im Kampf für vertragliche Regelung der Ausbildung ihrer Arbeitskraft gegen den Staat zusammenschließen. – (KHG Hannover/N-Red.)

Gesetzmäßige Niederlage des Hitlerfaschismus gegen die Rote Armee

Daten und Dokumente zur Geschichte des 2. Weltkriegs / Zu den Mitgliederversammlungen der Soldaten- und Reservistenkomitees

23. August 1939

Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes. Erfolg der Außenpolitik der Sowjetunion, die darauf zielt, die Isolierung der SU, eine imperialistische Aktionseinheit gegen die Sowjetunion zu verhindern und Zeit zu gewinnen gegenüber dem faschistischen Angriff.

1. September 1939

Überfall der deutschen Imperialisten auf Polen. Zerschlagung der polnischen Armee innerhalb von 18 Tagen.

17. September 1939

Vormarsch der Roten Armee zur Befreiung und zum Schutz der sowjetischen Gebiete Westukraine und Westbelorußland, nach dem Frieden von Brest-Litowsk, zu dessen Unterzeichnung die junge Sowjetmacht 1918 gezwungen war, unter polnischer Besetzung.

Partisanen bei der Ausbildung. Das ganze Volk schließt sich zusammen zur Verteidigung der Sowjetunion unter der Herrschaft der Arbeiterklasse gegen die profitgierigen imperialistischen Räuber.

1940

Vorbereitung der Sowjetunion auf den Krieg, u.a.: Neubau von 4 Hochöfen. 7 Martin-Öfen werden in den östlichen Gebieten der SU errichtet. Ein neues Erdölgebiet östlich des

Urals entwickelt. Die Rüstungsproduktion wird verstärkt. 1940 werden zum Beispiel 72 % mehr Flugzeuge als 1937 gebaut.

9. April 1940

Überfall der Faschisten auf Dänemark und Norwegen.

10. bis 24. Mai 1940

Überfall auf Frankreich, Belgien und die Niederlande

14. Mai Kapitulation der Niederlande
28. Mai Kapitulation Belgiens
14. Juni Fall von Paris
22. Juni Kapitulation Frankreichs vor Deutschland
24. Juni Kapitulation Frankreichs vor Italien.

Sofortige Inbesitznahme der Rüstungsindustrie durch die deutschen Imperialisten. Die besetzten Länder wurden entwaffnet, die Waffen gingen an die Wehrmacht. Die Produktion auf die Kriegsbedürfnisse der deutschen Imperialisten umgestellt, die damit den größten Teil des Produktionspotentials Europas unter Kontrolle hatten.

31. Juli 1940

Besprechung der Oberbefehlshaber der Wehrmachtteile mit Hitler auf dem Obersalzberg. Der lang geplante Angriff auf die sozialistische Sowjetunion wird vorbereitet.

Auf dieser Beratung erklärt Hitler in voller Übereinstimmung mit den Generälen, daß die Engländer ihre ganze Hoffnung auf die Sowjetunion setzten und sie für die einzige Kraft hielten, die Deutschland erfolgreich Widerstand entgegensetzen könne. Der Widerstand Englands stütze sich nur auf die Sowjetunion, und der Sieg über letztere werde den Sieg über England sein. „Ist aber Rußland zerschlagen, dann ist Englands letzte Hoffnung getilgt. Entschluß: Im Zuge dieser Auseinandersetzung muß Rußland erledigt werden. Frühjahr 1941.“

Alle anwesenden Generale waren sich mit Hitler einig, einen „Blitzkrieg“ gegen die Sowjetunion zu führen. Jodl, Chef des Wehrmachtführungsstabes im OKW (Oberkommando der Wehrmacht), erklärte:

„Innerhalb von drei Wochen nach Beginn unserer Operation fällt dieses Kartenhaus zusammen.“

18. Dezember 1940

Hitler unterzeichnet die Weisung Nr. 21 mit dem Namen „Fall Barbarossa“. In der Weisung heißt es:

„Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung eines Krieges gegen England, *Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen.*“

Die Grundkonzeption des Kriegsplanes sah so aus: „Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen *Heeres* soll in kühnen Aktionen unter weiterem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkräftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden ... Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland auf der allgemeinen Linie Wolga-Archangelsk.“

30. März 1941

Letzte Beratung der führenden Militärs des deutschen Imperialismus. Hitler erklärt:

„Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. Wenn wir es nicht so auffassen, dann werden wir zwar den Feind schlagen, aber in 30 Jahren wird uns wieder der kommunistische Feind gegenüberstehen. Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservie-
nicht Krieg, um den Feind zu konservie-
ren ...“

13. Mai 1941

Erlaß des OKW über die „Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘ und über besondere Maßnahmen der Truppe“. Unter anderem heißt es:

„Die zur Sicherung der eroberten Ostgebiete zur Verfügung stehenden Truppen reichen bei der Weite dieser Räume nur dann aus, wenn alle Widerstände nicht durch juristische Bestrafung der Schuldigen geahndet werden, sondern wenn die Besatzungsmacht denjenigen Schrecken verbreitet, der allein geeignet ist, der Bevölkerung jede Lust zur Widersetzlichkeit zu nehmen.“

Juni 1941

Die deutsche Regierung gibt eine Richtlinie über die Leitung der Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten (Görings „Grüne Mappe“) heraus, in der die imperialistischen Ziele des deutschen Finanzkapitals beim Angriff auf die UdSSR zusammengefaßt sind. Es heißt unter anderem:

„Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion.“ Rücksichtslos sollte verhindert werden, daß „die in den Südgebieten anfallenden Ernteüberschüsse und Vorräte ... in die landwirtschaftlichen Zuschußgebiete Mittel- und Nordrußlands abfließen.“

Der Hungertod großer Teile der Volksmassen war vorgesehen. Generalfeldmarschall von Reichenau in einem Befehl im Oktober 1941: „Das Verpflegen von Landeseinwohnern und Kriegsgefangenen ... ist eine ... mißverstandene Menschlichkeit.“ In der „Grünen Mappe“ weiter:

„Alle für uns brauchbaren Rohstoffe, Halbzeug- und Fertigwaren sind dem Handel durch Anordnungen, Requisitionen und Beschlagnahme zu entziehen. Platin, Magnesium und Kautschuk sollen unverzüglich gesammelt und nach Deutschland verbracht werden. Lebensmittel sowie alle Gegenstände des häuslichen und persönlichen Gebrauchs sowie Kleidung, die im Gefechtsgebiet und im rückwärtigen Armeegebiet aufgefunden sind, verbleiben in erster Linie zur Verfügung der Wehrmachtsintendanturen zur Befriedigung der Truppenbedürfnisse ...“

Zur Wirtschaft wurde weiter befohlen: „Was Art und Umfang der in den besetzten Gebieten zu erhaltenden, wiederherzustellenden oder neu zu ordnenden gewerblichen Produktion angeht, so ist auch das in allererster Linie nach den Erfordernissen zu bestimmen, die die Ausnutzung der Landwirtschaft und der Mineralölwirtschaft für die deutsche Kriegswirtschaft stellt.“

Das Gebiet sollte mit Ansiedlern kolonisiert werden, die Bewohner als Zwangsarbeiter gehalten werden.

22. Juni 1941

Angriff auf die Sowjetunion trotz des Nichtangriffsvertrages. Zum Angriff waren angetreten: 170 Divisionen des deutschen Imperialismus, 20 der Truppen von Vasallenregimes, ausgerüstet mit 3 700 Panzern, 4 900 Flugzeugen und 50 000 Geschützen. Beginn des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion.

23. Juni 1941

Die Sowjetregierung setzt den Plan für die Mobilmachung zur Produktion von Munition in Kraft, der am 6. Juni beschlossen wurde.

24. Juni 1941

Der Senator von Missouri und spätere US-Präsident Truman erklärt öffentlich:

„Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, damit sich auf diese Art und Weise so viel als möglich gegenseitig töten.“

3. Juli 1941

Rundfunkrede des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, J.W. Stalin, in der er unter anderem sagt:

„Trotz des heldenhaften Widerstands der Roten Armee und ungeachtet dessen, daß die besten Divisionen des Feindes und die besten Einheiten seiner Luftwaffe schon zerschmettert sind und auf den Schlachtfeldern ihr Grab gefunden haben, setzt der Feind, der neue Kräfte an die Front wirft, sein Vordringen weiter fort ... Über unsere Heimat ist eine ernste Gefahr heraufgezogen.

Wie konnte es geschehen, daß unsere ruhmvolle Rote Armee den faschistischen Truppen eine Reihe unserer Städte und Gebiete überlassen hat? Sind die faschistischen deutschen Truppen denn wirklich unbesiegbare Truppen, wie das die großmäuligen faschistischen Propagandisten in die Welt setzen? Natürlich nicht! Die Geschichte zeigt, daß es keine unbesiegbaren Armeen gibt und sie nie gegeben hat ... Diese Armee ist auf dem europäischen Festland noch auf keinen ernsthaften Widerstand gestoßen. Erst auf unserem Gebiet stieß sie auf ernsthaften Widerstand. Und wenn im Ergebnis dieses Widerstandes unsere Rote Armee die besten Divisionen der faschistischen deutschen Armeen geschlagen hat, so bedeutet das, daß die faschistische Hitlerarmee ebenfalls geschlagen werden kann und geschlagen werden wird ...

Die Tatsache aber, daß ein Teil unseres Gebietes dennoch von den faschistischen deutschen Truppen besetzt worden ist, erklärt sich hauptsächlich daraus, daß der Krieg des faschistischen Deutschlands gegen die UdSSR unter Bedingungen begonnen hat, die für die deutschen Truppen günstig und für die Sowjettruppen ungünstig waren. Es handelt sich darum, daß die Streitkräfte Deutschlands als eines kriegführenden Landes schon völlig mobilisiert waren, und die von Deutschland gegen die UdSSR geworfenen 170 Divisionen, die an den Grenzen der UdSSR aufmarschiert waren, befanden sich in voller Bereitschaft und warteten nur auf das Signal zum Vorgehen, während die Sowjettruppen erst mobilisiert und an die Grenzen vorgeschoben werden mußten. Nicht unerheblich war dabei auch der Umstand, daß das faschistische Deutschland unerwartet und wortbrüchig den im Jahre 1939 zwischen ihm und der UdSSR abgeschlossenen Nichtangriffspakt zerrissen hat ...“

Stalin stellt als Aufgaben der sowjetischen Arbeiterklasse, die gesamte Arbeit auf Krieg umzustellen. Die Verteidigung durch die Rote Armee zu organisieren, die allseitige Unterstützung der Roten Armee sicherzustellen, das Hinterland und die Produktion, vor allem von Waffen und Munition, zu sichern, die Betriebe und das rollende Material der Eisenbahn zu verlegen, das Vieh wegzutreiben aus Gebieten, die in Gefahr sind, besetzt zu werden, Partisanenabteilungen zu schaffen.

„Genossen! Unsere Kraft ist unermeßlich. Der frech gewordene Feind wird sich bald davon überzeugen müssen.“

2. Juli 1941

Beschluß des ZK der KPdSU, die Walzstraße für Panzerplatten aus Mariupol nach Magnitogorsk zu verlegen. Die planmäßige Verlegung der Industrie in die östlichen Teile der SU beginnt.

Juli bis November

Innerhalb von 5 Monaten verlegt die sowjetische Arbeiterklasse 1 523 Industriebetriebe aus Belorußland, der Ukraine, dem Leningrader und Moskauer Raum nach Sibirien, Kasachstan, in das Wolgagebiet und den Ural. Unter den Betrieben waren 1 360 Großbetriebe. Nach vorher ausgearbeiteten Plänen wurden zum Beispiel Stahlwerke (unter ihnen das größte Edelstahlwerk Europas, „Saporoshstal“), Kraftwerke, Flugzeugfabriken, Autofabriken, Maschinenfabriken usw. verlegt. Vergeblich versuchen die Imperialisten die Verlegung durch Luftangriffe zu verhindern, mit denen die Fabrikhallen und Eisenbahnlinien belegt werden. Aus Moskau zum Beispiel verlegten die Arbeiter 498 Betriebe, 210 000 Arbeiter und Angestellte gehen mit diesen Betrieben ostwärts. Möglich war diese riesige Leistung nur, weil die Produktion planmäßig unter der Herrschaft der Arbeiterklasse betrieben wurde, der Privatbesitz an Produktionsmitteln durch die Kapitalisten abgeschafft war. Die Ar-





beiterklasse leistete nach der Verlegung, teilweise in Fabriken, die noch eine Zeit lang unter freiem Himmel arbeiten, Riesiges für die Bewaffnung und Munitionierung der Roten Armee. 14 Tage nach Eintreffen der letzten Teile der Fabrik zum Beispiel verließ das erste MIG-Jagdflugzeug die größten Flugzeugwerke der UdSSR.

Dezember

Der Vormarsch der deutschen Truppen bleibt 8 Kilometer vor Moskau stecken, weit zurück hinter der Linie, die bei Einbruch des Winters erreicht sein sollte. Die Rote Armee ist nicht zerschlagen, sondern hat sich geordnet zurückgezogen. Der Kampf der Roten Armee und der Partisaneneinheiten haben die „Blitzkriegpläne“ zum Scheitern gebracht.



5. bis 7. Dezember 1941

Gegenoffensive der Roten Armee vor Moskau. Zum ersten Mal wird der Panzer T 34 eingesetzt.

8. Dezember 1941

Das Oberkommando der Wehrmacht muß den Übergang vom Angriff zur Verteidigung an der gesamten deutsch-sowjetischen Front befehlen.

23. Februar 1942

In einem Befehl des Volkskommissars für Verteidigung erklärt Stalin:

„Die Stärke der Roten Armee besteht vor allem darin, daß sie keinen Raubkrieg, keinen imperialistischen Krieg, sondern einen Vaterländischen Krieg, einen gerechten, einen Befreiungskrieg führt. (...)

Kein deutscher Soldat kann sagen, er führe einen gerechten Krieg, denn er muß unbedingt sehen, daß er gezwungen wird, Krieg zu führen, um andere Völker auszurauben und zu unterdrükken. Der deutsche Soldat hat kein erhabenes und edles Kriegsziel, das ihn begeistern und auf das er stolz sein könnte. Und umgekehrt, jeder beliebige Kämpfer der Roten Armee kann mit Stolz sagen, daß er einen gerechten, einen Befreiungskrieg einen Krieg für Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes führt. Die Rote Armee hat ihr edles und erhabenes Kriegsziel, das sie zu Heldentaten begeistert. Dadurch ist eigentlich auch zu erklären, daß der Vaterländische Krieg bei uns Tausende von Helden und Heldinnen hervorbringt, die bereit sind, für die Freiheit ihrer Heimat in den Tod zu gehen.

Darin besteht die Stärke der Roten Armee.

Darin besteht aber auch die Schwäche der faschistischen deutschen Armee.“

8. Januar bis 20. April 1942

Offensive der Roten Armee an der gesamten sowjetisch-deutschen Front.

Frühjahr 1942

Die deutschen Imperialisten haben Schwierigkeiten, die auf schrankenloser Ausbeutung und Zwangsarbeit beruhende Kriegsproduktion im nötigen Umfang zu sichern. Aus dem Bericht des OKW über die Wehrkraft im Frühjahr:

„Für die Operationen im Frühjahr 1942 ist eine lückenlose Auffrischung des gesamten Ostheeres zu voller Kampfkraft und Beweglichkeit noch nicht möglich ... Sie wird auch nicht möglich sein, wenn in den Wintermonaten wie in dem kommenden Jahr eine der schwächsten Stellen der Wehrkraft sein. Der Mangel an Mineralöl aller Art ist so groß, daß die Operationsfreiheit aller drei Wehrmachtsteile und die Rüstungswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird ... Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Wehrkraft der Wehrmacht ... im ganzen gesehen geringer ist als im Frühjahr 1941.“

Die deutsche Armee hat große Nachschubschwierigkeiten. Erstens ist nicht genügend Nachschub da, zweitens ist der Transport schwierig, weil die Partisanen viele Transporte zum Scheitern bringen und weite Entfernungen zu überbrücken sind.

26. Mai 1942

Unterzeichnung des Bündnisvertrages der Sowjetunion mit Großbritannien.

11. Juni 1942

Hilfeleistungsabkommen für die Kriegführung zwischen der UdSSR und den USA.

12. Juni 1942

Veröffentlichung eines britisch-sowjetischen und amerikanisch-sowjetischen Kommuniqués über die Eröffnung einer zweiten Front in Europa (im Westen) im Jahre 1942 (die Front wird im Jahr 1944 eröffnet).

Mai 1942

Inzwischen 4,1 Millionen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in deutschen Fabriken.

Juli 1942

Erfolge einer großen Initiative der sowjetischen Arbeiterklasse und der Bauern zur Steigerung der Produktion für den Sieg gegen die deutschen Imperialisten. Die Steigerung der Industrieproduktion gegenüber Januar 1942 beträgt insgesamt 157 %. Die der Verteidigungsindustrie 159 %, sie hat sich also mehr als verdoppelt. Flugzeugindustrie: 197 %, Panzer 108 %, Bewaffnung: 157 %, Munition: 166 %.

Sommer 1942

Gegenoffensive der deutschen Imperialisten.

17. Juli 1942 bis 2. Februar 1943

Schlacht an der Wolga.

17. Juli bis 18. November Rückzug sowjetischer Truppen, Verteidigungsperiode der Schlacht an der Wolga.

13. September bis 19. November Verteidigungskämpfe in Stalingrad.

19. November. Die sowjetischen Truppen in Stalingrad und an der ganzen Südwestfront gehen zur Gegenoffensive über. Innerhalb von 3 Tagen ist die 6. deutsche Armee mit 300 000 Mann eingeschlossen. Kapitulationsangebote der sowjetischen Armee werden auf ausdrücklichen Befehl Hitlers abgelehnt. Am 2. Februar muß sich die 6. Armee ergeben. 91 000 Überlebende werden gefangengenommen.

5. bis 12. Juli 1943

Letzter Angriffsversuch der deutschen Imperialisten bei Kursk. Völlige Niederlage gegen die Rote Armee. Nach den Niederlagen der deutschen Imperialisten gab es große Volksaufstände in Polen, Jugoslawien (fast die Hälfte des Landes befreit), in Griechenland (ein Drittel des Landes befreit), in Albanien, in Frankreich (Korsika 1943 befreit). Die Faschisten vernichteten die Bewohner ganzer Dörfer als Rache für einzelne Angriffe der Partisanen.

1944

Verfolgung der deutschen Truppen durch die Rote Armee. Eröffnung der zweiten Front am 6. Juni 1944 (!) in der Normandie. Insgesamt im Krieg gefallene und ermordete Bürger der Sowjetunion: 20 Millionen.

7./8. Mai 1945

Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches.

Unter dem Schutz der US-Imperialisten ...

Springer ist ein großzügiger Förderer der US-imperialistischen Politik im Nahen Osten. Letzte Woche hat er in einem „Exklusiv-Interview" in seiner Bonner Zeitung „Die Welt" den ehemaligen Geheimdienstchef der Luftwaffe der USA, General Keegan, präsentiert. Keegan war auf einer „Studienreise" im Nahen Osten. Sein „Eindruck": „Daß die USA nicht den rechten Blick dafür haben, was logisch und was rationell wäre." „Ministerpräsident Begin hat absolut recht, wenn er uns sagt, daß Israel in der Westuferfrage keinen Kompromiß nach den derzeitigen ... Vorstellungen akzeptieren kann."

„Vom Westufer (des Jordan) aus könnten", befürchtet der General, „starke Kampfverbände ... Israel innerhalb zwei Stunden in zwei Teile zerschneiden."

Die „Logik und Rationalität" des ehemaligen Luftwaffengeheimdienstchefs und jetzigen Geheimdienstlers ist durch und durch bestimmt von „amerikanischen Interessen": „Die weitere Expansion der Sowjets im östlichen Mittelmeer und im Persischen Golf verhindern, ... die Gefährdung der Ölrouten ... ausschalten und die Rohstoffverbindungen ... absichern."

Entsprechend diesen militärpolitischen Aufgaben zur Wahrung der „amerikanischen Interessen" folgert der General für die Politik der US-Imperialisten: „Israel ist der Schlüssel zur Verwirklichung dieser strategischen Notwendigkeiten."

Darum ist die „Sicherung Israels" für die „amerikanischen Interessen" von grundlegender Bedeutung: „ ... im Krisen- oder Ernstfall, wenn es um die Ölversorgung ... oder Blockierung des Suezkanals geht, ist Israel das einzige Gebiet weit und breit, wo die USA absolut sicheren Zugang zu Flugplätzen und Häfen hätten."

Daraus ergibt sich „logisch und rationell" für die Militärpolitik der US-Imperialisten die Forcierung der Aufrüstung Israels und die Stärkung seiner Angriffskraft. Der General schlägt vor, Israel neben den „zugesagten F-15-Flugzeugen ... zusätzlich mehrere Tankflugzeuge liefern, mit denen sich die Reichweite der F-15 erhöhen würde. Das ist ein Abschreckungsfaktor den die USA sich erhalten sollten." Daß das israelische Siedlerregime den richtigen Gebrauch davon machen würde, hat es ja schließlich vor einem Jahr mit dem Überfall seiner Luftwaffe auf Uganda unter Beweis gestellt.

Die zweite „rationelle und logische" Folgerung des US-Generals zur Wahrung Folgerung des US-Generals zur Wahrung der „amerikanischen Interessen": das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung ist mit den „amerikanischen Interessen" unvereinbar. Er empfiehlt: „Wenn unsere Regierung schon ... die Schaffung eines Palästinenserstaates für unerläßlich hält, dann soll sie doch mit ihrem Geld und mit ihren Mitteln dafür sorgen, daß kein neuer Gefahrenherd entsteht."

Durch US-„Finanzhilfe" unf US-„Garantien", d.h. US-Kapital und Kanonen soll gewährleistet werden, daß ein „von den USA ... im Verbund mit Jordanien geschaffenes Palästinenser-Reservat" nicht „zu einer Bedrohung für seine Nachbar wird", und daß „die Sicherheit eines solchen palästinensischen Staates" gegeben ist.

Die militärpolitische Vorstellung, die dieser geheimdienstliche Vertreter des US-Imperialismus über die von den US-Imperialisten verfolgten Ziele im Nahen Osten gibt, paßt. Es ist die Aufforderung an die US-Imperialisten, ihre scheinheilige Distanz zu den von der Regierung des zionistischen Siedlerregimes ausgeübten und in Washington geplanten Aggressionen Schluß zu machen und die Aggressionen energisch und zielstrebig voranzutreiben.

Die Regierung der Zionisten hat mit der Gleichstellung der Palästinenser in den besetzt gehaltenen Gebieten des Westjordan und des Gaza-Streifens einen weiteren Schritt der Annexion dieser Gebiete unternommen. Begin hat im Parlament eine Vorlage eingebracht, daß Israel niemals und unter keinen Umständen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation Verhandlungen zu führen bereit sei. In den besetzten Gebieten wissen die Zionisten plötzlich von einer „Gruppe von Palästinensern", die der PLO das Vertretungsrecht für das palästinensische Volk bestreiten will. Der vormalige Kriegsminister und jetzige Außenminister Dayan hat einen Plan für die „funktionelle Teilung" Palästinas entworfen. Danach soll durch die Militärmacht des Siedlerregimes die „Sicherheit und Verteidigung" der Palästinenser gewährleistet werden und den Palästinensern die Verwaltung übertragen werden.

Zu den bisher nach offiziellen Angaben bereits bestehenden 96 Wehrdörfern, den Militär- und Kolonialistenstützpunkten in den besetzten Gebieten, hat die Regierung die Errichtung dreier weiterer beschlossen.

Alle diese Maßnahmen entsprechen den „strategischen Notwendigkeiten" zur „Sicherung der amerikanischen Interessen", wie sie der ehemalige Geheimdienstchef und jetzige Nahost-Sonderagent Keegan offen propagiert. Diese Offenherzigkeit ist das einzige, was diesen Agenten von Carter, dem Geschäftsführer des US-Finankapitals, unterscheidet. Was Keegan propagiert, macht Carter bereits. – (Z-Red.)

Wachsendes Interesse der Imperialisten an Süd- und Nordpol

BRD-Imperialisten wollen dem Antarktisvertrag beitreten

„Die Bundesregierung prüft innerhalb ihrer Strategie für eine sichere Rohstoffversorgung zur Zeit intensiv die Möglichkeiten für einen Beitritt zum Antarktis-Abkommen. Die Vorarbeiten für den Entwurf eines Gesetzes als Grundlage für einen Beitrittsantrag stehen vor dem Abschluß", schrieb die „Frankfurter Allgemeine" am 19.8. Die BRD-Imperialisten kommen spät, ein Kreuz, das sie aufgrund zweier verlorener Weltkriege und der Entwicklung in Deutschland gegenwärtig überall auf der Welt zu spüren bekommen und das sie umso aggressiver macht in ihrem Streben nach Höchstprofiten. Am Jahresanfang hatte der „Mannheimer Morgen" geschrieben, daß „die Nutzung der eingefrorenen letzten und zweifellos bedeutendsten Rohstoffreserven der Erde begonnen hat", und über die Anstrengungen der beiden Supermächte USA und UdSSR und anderer imperialistischer Staaten berichtet, die Antarktisrohstoffe profitabel auszubeuten. Um beide Pole der Erde ist ein heftiger Kampf entbrannt. Beide Supermächte versuchen in ihrem Kampf um die Weltherrschaft, sich Rohstoffmonopole zu sichern. Gleichzeitig geht es um die Sicherung von Schiffahrtswegen und um den Aufbau von Militärstützpunkten. Verschiedene imperialistische Mächte und Staaten versuchen in diesem Konkurrenzkampf mitzumischen, darunter jetzt auch die BRD-Imperialisten. Bekannt geworden sind z.B. die „Krillexpeditionen" eines BRD-Forschungsschiffes. (vgl. Tomczak, „Das Ende der imperialistischen Seeherrschaft naht", Sendler-Verlag, Frankfurt 1977)

Antarktisabkommen und „geophysikalisches Jahr"

Das wollen die Imperialisten verhindern. Begonnen haben die Vorbereitungen zur Ausbeutung der Antarktis schon gleich nach dem Zweiten Weltkrieg. Erstes Ergebnis dieser Vorbereitungen war das sogenannte „Antarktisabkommen" Ende der fünfziger Jahre, in dem sich die Imperialisten einigten, daß der Kontinent der „friedlichen Nutzung durch alle Nationen" dienen sollte. Der Südpol wurde in mehrere Territorien aufgeteilt. (Unterzeichnet ist der Vertrag von den USA und der UdSSR, von Argentinien, Belgien, Australien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Südafrika, sowie später von Polen und Dänemark. Verschiedene Länder haben sich bis heute noch angeschlossen). Es war ein Kompromiß, den die Imperialisten schon mal schließen, sind die Bedingungen für die Ausplünderung von bestimmten Gebieten noch nicht genügend geschaffen. Der Vertrag beinhaltet, daß keine militärischen Stützpunkte errichtet und keine Atombombenversuche auf dem Kontinent stattfinden dürfen; Festlegungen über die Eigentumsverhältnisse und darüber, wem die Bodenschätze gehören, wer juristisch zuständig ist, wurden ausgeklammert. Der Vertrag war sozusagen der Mantel, den die Imperialisten brauchten, um die Ergiebigkeit dieses Kontinents, auf dem keine Menschen leben, zu erforschen, um sich spätestens dann in die Wolle zu bekommen, sobald es um die profitable Ausbeutung geht.

Vorausgegangen war der Vertragsschließung ein auf Initiative der US-Imperialisten eingeleitetes geophysikalisches Jahr. Weltweit sollte die Erde damals erforscht werden, wobei es von Seiten der US-Imperialisten darum ging, sich frühzeitig einen Überblick über die Rohstoffe der Erde zu verschaffen. Die Presseschreiberlinge sind begeistert von den Ergebnissen: „In dem westlichen Teil des antarktischen Kontinents wurden riesige Erdöl-, Erdgas- und Kupfervorkommen erkundet", schrieb der „Mannheimer Morgen". Gleichzeitig schauen sie voller Argwohn auf die Konkurrenz: „Auf der Livingstone-Insel in der Inselgruppe der Shetlands ist mit Hilfe der SU eine polnische Station errichtet worden. Chilenische Geologen vermuten hier schon lange ergiebige Uranlagerstätten. Gut zehn Prozent der Kohlevorräte der Erde werden nach Ermittlungen sowjetischer Forscher unter der Südpolarkappe vermutet. Dazu unvorstellbare Mengen an Nickel, an Chrom, Gold und Platin sowie das von den Japanern entdeckte radioaktive Euxenit-Gestein."

Gegenwärtig gehen die Imperialisten daran, die Voraussetzungen zu schaffen, diese Rohstoffe profitabel zu heben, zumindestens aber sich Anteile zu sichern, wobei es den beiden Supermächten darum geht, bei verschiedenen Rohstoffen das absolute Weltmonopol sich zu sichern. Angestrebt wird die Änderung des Vertrages, der bis 1991 läuft. Am Nordpolarmeer gibt es eine ähnliche Entwicklung, so ist z.B. vor Grönland mit Ölbohrungen begonnen worden.

Nord- und Südpol als Militärstützpunkte

Die beiden Pole, die umliegenden Meere und Inseln sind für die Supermächte und anderen imperialistischen Staaten auch militärstrategisch von Bedeutung. So hat jetzt zum ersten Mal überhaupt ein sowjetischer Eisbrecher den Nordpol überfahren. Zwar handelt es sich um erste, mühsame Versuche, noch nicht geeignet für den Massenschiffsverkehr, aber Tatsache ist, daß die kürzeste Wasserverbindung von der SU in die USA die über den Nordpol ist. Wer sie beherrscht, ist im Vorteil, und so hat dieser Durchbruch die US-Imperialisten auch sofort in helle Aufregung versetzt. Die Rivalität der beiden Supermächte um die Beherrschung des Nordmeeres ist beträchtlich. Die US-Imperialisten haben sich im Rahmen der NATO auf Grönland und Island Luftstützpunkte gesichert, die SU-Imperialisten versuchen, sich auf Spitzbergen festzusetzen und Norwegen unter Druck zu setzen. Jeweils geht es um die Absicherung der Nachschubwege und Aufmarschplätze für den imperialistischen Krieg.

Schon früh hat sich die US-Marine Überlegungen über den militärischen Nutzen des Südpolargebietes gemacht. „Zum einen kann über Stützpunkte auf der Antarktis gegenüber der Drakestraße die Schiffsverbindung zwischen Pazifik und Atlantik empfindlich getroffen werden. Andererseits sind die Bedingungen für U-Boot-Stützpunkte und Flughäfen nicht ungünstig. Der Besitz verschiedener Inseln um die Antarktis herum kann auch die Sicherung der Schiffahrtswege am Kap der guten Hoffnung bewirken", das etwa sind zusammengefaßt die Auffassungen des US-Admirals Bigh schon Ende der fünfziger Jahre. Sicher ist schon jetzt, daß die Sozialimperialisten ihre genau gegenüber Australien und Neuseeland liegenden Antarktisstützpunkte als Ausgangspunkte für Spionagefahrten nutzen. So wird die Änderung des Antarktisvertrages auch den Versuch der Supermächte beinhalten, die Entmilitarisierung dieses Kontinents zu durchbrechen.

Dabei haben die Imperialisten allerdings mit Widerstand zu rechnen. Schon jetzt ist ihr Anspruch auf die verschiedenen Gebiete der Arktis und Antarktis nicht mehr unangefochten. Die Bewohner Grönlands, nach offiziellen Angaben insgesamt rund 40 000, fordern mittlerweile die vollständige Autonomie von Dänemark, das der Kolonialherr dieser Insel ist. Die isländischen Volksmassen bekämpfen immer heftiger die Machenschaften der Imperialisten. Die 200 Meilenzone wurde errichtet. Der Widerstand gegen den amerikanischen Luftstützpunkt wächst und zeigt sich in verschiedenen Demonstrationen. Die Begründung für den Antrag der BRD-Imperialisten, in den Antarktisvertrag zu kommen, sieht dann auch folgendermaßen aus: „Mit dieser Initiative entspricht die Regierung der Forderung von Parlamentariern der Küstenländer und der Wirtschaft, daß Recht auf Bodenschätze und tierische Rohstoffe, die der Bundesrepublik in der Seerechtskonferenz streitig gemacht würden, im sechsten Kontinent, der Antarktis, gesichert würden." (FAZ). Daraus wird nichts werden. Von den Ländern der Dritten Welt wird immer deutlicher gefordert, daß der antarktische Kontinent ebenso wie die Meere zum gemeinsamen Erbe der Menschheit erklärt werden. – (Z-Red)

Jugoslawien: Imperialistischer Tummelplatz und „selbständiger Weg zum Sozialismus"

Jugoslawiens Wirtschaft ist heute weitgehend von ausländischem Kapital abhängig, sei es von Direktinvestitionen und Krediten „im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung des RGW", an den Jugoslawien assoziiert ist, sei es von Direktinvestitionen aus den USA und westeuropäischen imperialistischen Staaten, von Krediten der Weltbank oder privater Banken. Diese Entwicklung hat zur Folge, daß einerseits die Verelendung der arbeitenden Klassen Jugoslawiens voranschreitet, gleichzeitig die Imperialisten, besonders die beiden Supermächte, immer unverfrorenere Forderungen stellen, die die nationale Integrität Jugoslawiens verletzen.

Die Bedingungen für diese Entwicklung wurden durch die herrschende revisionistische Titoclique gelegt, die ab 1950 zielstrebig mit der Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien und dem Ausverkauf des Landes an die Imperialisten begonnen hatte. Damals wurde das Außenhandelsmonopol abgeschafft, ohne das eine sozialistische Wirtschaftsordnung nicht gegen den Einfluß des Kapitalismus, der im Weltmaßstab herrscht, verteidigt werden kann. 1953 wurde den Betrieben in Jugoslawien erlaubt, sich selbständig im Außenhandel zu betätigen und mit monopolkapitalistischen Unternehmen direkte Geschäfte abzuschließen. 1961 schließlich wurden weitere Beschränkungen im Import und Export des Landes gelockert. Auf Grundlage der sogenannten „Arbeiterselbstverwaltung", d.h. eines Systems selbständiger Unternehmen, die nach dem Profitsystem untereinander Konkurrenz treiben und in denen unter der Fuchtel selbstherrlicher Direktoren die Belegschaften ausgebeutet werden, hat sich Jugoslawien in einen Tummelplatz imperialistischer Interessen verwandelt. Die jugoslawische Titoclique treibt heute unter der Parole „Blockfreiheit" eine Schaukelpolitik gegenüber den imperialistischen Mächten, was die Abhängigkeit des Landes von Tag zu Tag verstärkt.

Für die US-Imperialisten ist Jugoslawien ein bedeutender Punkt, von dem aus sie ihre Infiltrationspolitik auf dem Balkan betreiben. Im letzten amerikanischen Wahlkampf hat Carter einige unvorsichtige Bemerkungen gegenüber Jugoslawien fallenlassen, die in der US-Presse allgemein als „Preisgabe" des Landes an die SU interpretiert wurden. Später dann wurden diese Äußerungen vom „Weißen Haus" prompt dementiert, indem betont wurde, daß „der Bestand" Jugoslawiens für die Sicherheit der USA von Bedeutung wäre, was nichts anderes ausdrücken sollte, als daß die USA durch nichts an ihren Interessen in Jugoslawien rütteln lassen wollen.

1967 ist über Kapitalbeteiligungen an jugoslawischen Unternehmungen in großem Umfang imperialistisches Kapital ins Land geströmt. Nach offiziellen Angaben wurden bis Ende 1975 etwa 136 Verträge mit 18 Ländern abgeschlossen. „Die Auslandsbeteiligungen, die in der Regel 49 % nicht überschreiten dürfen, liegen im Schnitt bei 20 %. Spitzenreiter ist die USA, gefolgt von der BRD und Italien. Langfristige Produktionskooperationen wurden in 437 Verträgen geschlossen, wobei die häufigsten Partner (166) in der BRD zu finden sind," schreibt die österreichische Zeitung „Die Presse". Die US-Imperialisten nutzen die Möglichkeiten zur Ausbeutung jugoslawischer Arbeiter und zur Kettung des Landes an ihre Interessen häufig mit der Lieferung von sogenanntem „know how", also von Fabrikanlagen, Technologien etc. Dazu haben jugoslawische Unternehmen einen Vertrag über den Verkauf von Lizenzen mit 220 US-Firmen der verschiedensten Industriezweige abgeschlossen. Eine jugoslawische-US-amerikanische Kommission wurde ins Leben gerufen, „um die Projekte zu koordinieren und den Technologietransfer zu erleichtern."

Bei ihren verstärkten Bemühungen stoßen die US-Imperialisten nicht nur auf imperialistische Konkurrenten aus Westeuropa, sondern vor allem auf die Sozialimperialisten der SU, die mit ihren Versuchen, Jugoslawien zu beherrschen, immer dreister werden. Jugoslawien ist am Comecon assoziiert, was den Sozialimperialisten verschiedene Möglichkeiten bietet, sich in Jugoslawien einzunisten. Nach offiziellen Angaben ist die SU auch der größte Handelspartner Jugoslawiens. Der Warenaustausch zwischen der SU und Jugoslawien ist von 1971 bis 1976 um 226 % gestiegen, das heißt, von 520 Millionen Rubel auf 1 556 Mio Rubel. (Nach „Außenhandel" 1/77, Moskau). Die jugoslawische Titoclique bemüht sich gegenwärtig um eine Aufstockung des sowjetischen Kredits von 1972 von über 540 Millionen Dollar für eine Lieferung sowjetischer Industrieanlagen. Diese Abhängigkeit ist die Ursache dafür, daß die Forderungen der Sozialimperialisten gegenüber Jugoslawien immer unverschämter werden. Die SU versucht, für ihre Mittelmeerflotte Häfen an der jugoslawischen Adria-Küste zu bekommen. Bisher haben sie schon durchgesetzt, daß ab 1974 Kriegsschiffe in jugoslawischen Häfen überholt werden können. Allerdings mit verschiedenen Auflagen von Seiten Jugoslawiens, so z.B. der Ablieferung der Munition und der Begrenzung auf insgesamt höchstens sechs Schiffe, dabei höchstens zwei von einer Nationalität. Diese Möglichkeit haben die Sozialimperialisten schon mehrmals genutzt. Jetzt fordern sie immer energischer, daß die Beschränkungen aufgehoben werden sollen. Längere Liegezeiten und Versorgungsmöglichkeiten werden verlangt; gekoppelt wird die Forderung mit einem „Angebot" über einen Reparaturvertrag, mit jugoslawischen Werften für SU-Schiffe, sowie über die Lieferung von Kriegsmaterial. Zuletzt hat Breschnew bei seinem Besuch in Belgrad im Dezember 76 diese Forderung bekräftigt. Seine Forderungen hatte Breschnew damals im Zusammenhang mit verschiedenen Reden aufgestellt, in denen er grinsend versicherte, daß westliche Pressemeldungen nicht zuträfen, nach denen die SU als Wolf Jugoslawien wie Rotkäppchen verspeisen wolle, und damit mitten in Jugoslawien Drohungen ausgestoßen. Auch bei dem Besuch Titos in der SU vor ein paar Tagen ist die vor Jahren von der SU gegebene „Garantie für die nationale Integrität Jugoslawiens" in Breschnews Rede „vergessen" worden.

Unter der Parole „selbständiger Weg zum Sozialismus" beseitigen gegenwärtig die jugoslawischen Revisionisten letzte Beschränkungen für ausländischen Kapitalexport. Sie treiben so den Ausverkauf Jugoslawiens voran. „In den zuständigen Ausschüssen der Bundesvolksversammlung hat die Erörterung des neuen Gesetzentwurfes über die Einlage ausländischen Kapitals in die jugoslawische Wirtschaft begonnen. Wie in den offiziellen Begründungen erwähnt wird, wünscht man mit diesem Gesetz die Beziehungen vollständiger zu regeln, die aufgrund gemeinsamer Kapitaleinlage zwischen den einheimischen und ausländischen Partnern entstehen, um die Zusammenarbeitsformen hinsichtlich der Rechte und Vorteile, die sich daraus ergeben sollen, stabiler und klarer zu gestalten. Man erwartet, daß dadurch im In- und Ausland das Interesse für Vorhaben dieser Art erstarken wird." (Nachrichtenagentur Tanjug, M. Bajeć im Juli 1977) „Erfolgreich" konnte bisher gelöst werden, heißt es weiter, daß der ausländische Kapitalist auch „seinem Kapital entsprechenden Gewinn zu schlagen" in der Lage ist. Die Tito-Clique ist an Auslandskapital für „Vorhaben langfristigen Charakters" interessiert. Wichtige Neuerungen der Gesetzesvorlage bestehen darin, daß ausländische Firmen Agenturen in Belgrad aufmachen dürfen, wie auch Banken, und selbständig Verträge schließen und Kredite vergeben dürfen. Bisher war das nicht der Fall, es bestand eine, wenn auch formelle, Anzeigepflicht, die allerdings mit dem Außenhandelsmonopol nicht das geringste zu tun hat.

Für die Volksmassen Jugoslawiens bedeutet diese Entwicklung auf alle Fälle verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung. Im Kampf dagegen haben die jugoslawischen Arbeiter und Bauern große Erfahrungen. Während des Zweiten Weltkriegs kämpfte das jugoslawische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei heldenhaft gegen die deutschen und italienischen faschistischen Helfershelfer und errichtete die volksdemokratische Staatsmacht unter Führung der Arbeiterklasse. Diese Erfahrungen werden die jugoslawischen Arbeiter und Bauern nutzen bei ihrem schweren Kampf gegen die neuen Ausbeuter und Unterdrücker. – (Z-Red)

Zimbabwe: „Friedliche Lösungen" – die waffenstarrenden Imperialisten verlangen die Entwaffnung der Volksmassen

Der Plan, mit dem die westlichen Imperialisten die „friedliche Lösung" des „Rhodesienkonflikts" anstreben, und mit dem Owen und Young von ihnen nach Afrika geschickt werden, fordert die Kapitulation des Volkes von Zimbabwe. Das ließ jetzt die US-imperialistische Zeitung Washington Post verlauten. Die FAZ berichtet darüber: „Die Regierung Smith tritt zurück zugunsten eines von London ernannten Generaladministrators, der die Vorbereitung und Abhaltung der Wahlen überwacht." Eine Schachfigur, Ian Smith, wollen die westlichen Imperialisten zurückziehen. Stattdessen soll das Volk von Zimbabwe zwischen verschiedenen anderen Marionetten der Imperialisten wählen. Unter dem Mantel des Pazifismus soll das der Verstärkung für die Kolonialtruppe die Tür öffnen. „Gleichzeitig werden sowohl die reguläre Armee der weißen Regierung wie auch die Guerilla-Verbände des Partisanenbündnisses ‚Patriotische Front' von Nkomo und Mugabe aufgelöst. Eine internationale Truppe übernimmt nach dem Muster der UN-Friedenssoldaten Sicherheitsfunktionen in dem Land. Die gewählte schwarze Mehrheitsregierung soll dann eine neue Armee bilden." Das heißt die schwarzen Marionetten sollen der Intervention der Imperialisten und einer neokolonialen Unterdrückerarmee die Legitimation liefern, den Krieg gegen das Volk von Zimbabwe und seine revolutionären Befreiungsstreitkräfte schrankenlos auszuweiten. Mit einem „Aufbaufonds in Höhe von einer Milliarde Dollar" wollen die US-Imperialisten die Ausplünderung des Landes ungeheuer ausweiten, dabei einen Teil der afrikanischen Kleinbourgeoisie bestechen und die europäischen Kolonialisten bei der Stange halten. Der Fonds, „verbunden mit einer entsprechenden Wirtschaftspolitik, (soll) die weiße Bevölkerung Rhodesiens zum Verbleib in dem Land und zur Zusammenarbeit mit der Mehrheitsregierung anregen".

Die zentrale Frage des Befreiungskampfes ist die Machtfrage. Davon, ob es dem Volk von Zimbabwe gelingt, die politische Macht zu erobern, hängt ab, ob es seine Unabhängigkeit erlangt und der imperialistischen Ausbeuterordnung ein Ende bereiten kann. Deshalb fordert es die Übernahme der Macht durch die ZIPA, die Volksbefreiungsstreitkräfte und die Auflösung der Kolonialtruppen. Um ihre Macht aufrechtzuerhalten, versuchen die Imperialisten die Front der afrikanischen Völker und das Volk von Zimbabwe im bewaffneten Befreiungskampf zu zersetzen und zu spalten. Deshalb rüsten sie das südafrikanische Kolonialregime, ihren zentralen Stützpunkt in diesem Raum, ungeheuer auf. Das von den Sozialimperialisten gerade jetzt angezettelte Palaver über seine atomare Aufrüstung hat die gleiche Funktion wie die Drohungen mit einem Blutbad: Sie sollen die bürgerlich-nationalen Kräfte einschüchtern und die Zersetzung und Spaltung der Front der afrikanischen Völker und Staaten erleichtern. Damit soll Smith in Rhodesien Luft geschaffen werden, damit er mit seiner „inneren Lösung" vorankommt zur Vorbereitung des „allgemeinen Wahlmanövers" der Imperialisten.

Mit einer Offensive ihrer Lügenpropaganda versuchen sie gleichzeitig, den revolutionären Kampf des Volkes von Zimbabwe und seine Unterstützung durch die afrikanischen Völker von der Unterstützung durch die Völker in den imperialistischen Ländern zu isolieren. Das ist auch der Zweck zweier Filme, die das ZDF am 19.8. im Auslandsjournal ausstrahlte, der eine über Zimbabwe, der andere über „Vietnamflüchtlinge". Beide verbreiteten, der gerechte Befreiungskampf der Völker sei Terror einer kleinen Minderheit und darüberhinaus zwecklos.

Naher Osten: Imperialistischer Spaltungsplan gescheitert

„Ein Tauschgeschäft, das Präsident Carter anvisiert hatte, ist geplatzt", schreibt die Süddeutsche Zeitung am 27./28.8. In den letzten Tagen haben die bürgerlichen Zeitungen die Lüge verbreitet, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO angeblich bereit sei, die UNO-Resolution 242 und damit die Existenz des israelischen Siedlerregimes anzuerkennen. Nach einer Sitzung des Zentralrats der PLO dementierte der Außenminister Kadhoumi der PLO am 26. August alle Äußerungen, nach denen die Palästinenser zur Annahme einer veränderten Resolution 242 bereit seien. Er betonte, man könne nicht auf Grundlage einer Resolution verhandeln, in der die nationalen Rechte des palästinensichen Volkes nicht anerkannt würden. Dieselbe Erklärung hatte bereits am 15.8. ein Sprecher der PLO abgegeben, die die Bourgeoisblätter allerdings bis heute verschwiegen hatten, um stattdessen an ihren Lügen weiterzuspinnen. Jetzt spucken sie Gift und Galle.

Der Zentralrat der PLO hat auf seiner Sitzung gleichfalls beschlossen, die Ausweitung des bewaffneten Kampfes innerhalb der besetzten Gebiete zum Schwerpunkt der Aktivitäten der PLO zu machen und alle anderen Aktivitäten auf diplomatischem, politischem und militärischem Gebiet auf diese Aufgabe auszurichten.

Gegen die Annexionspolitik des von den US-Imperialisten ausgehalteten israelischen Siedlerregimes festigt sich die Einheit der arabischen Völker. Auf Antrag Ägyptens wird die Sitzung der arabischen Liga am 3. September die erneuten israelischen Angriffe auf die Rechte des palästinensischen Volkes, seinen Plan, bis 1981 29 neue Siedlungen in den besetzten Gebieten des Westjordan und des Gazastreifens zu errichten, womit bereits begonnen wurde, behandeln und wirksame Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes beraten. Die Rechnung der Imperialisten, die arabischen Länder zu entzweien, um so eine einheitliche Front zur Zerschlagung des israelischen Siedlerregimes und der Vertreibung des Imperialismus aus dem Nahen Osten zu verhindern, ist nicht aufgegangen. Am Wochenende des 27./28. August treffen sich Ägypten und Libyen zu Friedensverhandlungen, bei denen als erster Schritt der Austausch der Kriegsgefangenen geregelt werden soll. – (Z-Red)

des Imperialismus aus dem Nahen Osten zu verhindern, ist nicht aufgegangen. Am Wochenende des 27./28. August treffen sich Ägypten und Libyen zu Friedensverhandlungen, bei denen als erster Schritt der Austausch der Kriegsgefangenen geregelt werden soll. – (Z-Red)

Fernsehlügen zur Vorbereitung von Intervention und Konterrevolution im südlichen Afrika

Die Imperialisten wissen, nicht von ihrem Wahlmanöver, sondern von ihrer Armee hängt ab, wann das Volk von Zimbabwe seine Unabhängigkeit erkämpft hat. Deswegen fängt das ZDF auch an mit der Werbung für die faschistische Terrortruppe des rhodesischen Kolonialregimes.

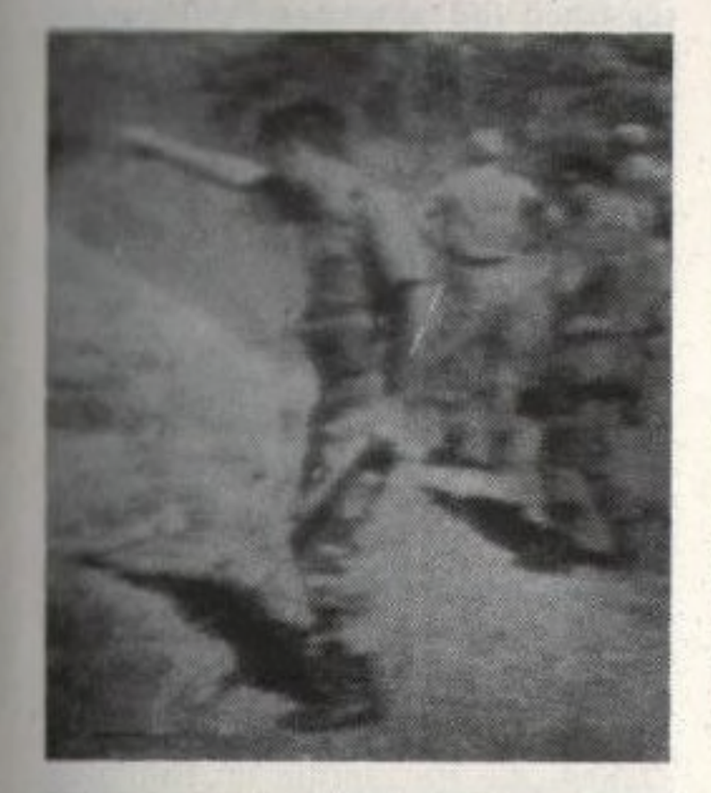
„Mit den Guerilleros haben die rhodesischen Sicherheitskräfte zunehmend Schwierigkeiten." „Seit der Jahreswende hätte sich das Verhältnis der Todesrate zu Ungunsten der Regierungstruppen beängstigend verschlechtert."

Beängstigend für die kleine Clique der Ausbeuter, deren Sicherheit sie

schen Sicherheitskräfte zunehmend Schwierigkeiten." „Seit der Jahreswende hätte sich das Verhältnis der Todesrate zu Ungunsten der Regierungstruppen beängstigend verschlechtert."

Beängstigend für die kleine Clique der Ausbeuter, deren Sicherheit sie

garantieren. „Ihre Stärke läßt sich nicht mehr dem Bedarf entsprechend vergrößern", darin drückt sich die völlige Isolierung vom Volk von Zimbabwe aus und daß das Siedlerregime in der ganzen Welt bei den Völkern verhaßt ist. Deshalb hat auch die Einziehung aller Siedler im Alter bis über 50 Jahre zum Krieg den Verfall des Siedlerregimes nicht aufhalten können.





Am liebsten würden sie wie in Vietnam Hunderttausende schwarzer Söldner in ihre Armee pressen.

„Schon jetzt bestehen sie (die Truppen) aus zwei Dritteln schwarzer Soldaten."

Aber die Imperialisten fürchten bereits den Widerstand in ihrer Söldnertruppe.

„Jetzt sollen rüdere Kampfmethoden wieder mehr Terroristen zur Strecke bringen." „Der Ausbilder treibt die Männer bis zum Äußersten ... sie sollen aggressiver werden und schneller abdrücken, sie sollen mehr Feinde töten",

so propagiert das ZDF offen die Ausweitung des völkermörderischen Krieges.

„Der Kameramann durfte nur die toten Guerilleros filmen. Sieben weitere Erschossene, darunter vier Frauen, fehlen absichtlich. Sie waren noch sehr jung und hatten die Partisanen als zukünftige Rekruten und Helfer begleitet, als sie von den Sicherheitskräften gestellt wurden."





Das ZDF hetzt im Stile der Vietnam-Berichterstattung. Männer, Frauen und Kinder, die Ermordung der Widerstand leistenden Bauern wird propagiert. Die Opfer werden den Volksbefreiungsstreitkräften in die Schuhe geschoben.

„Die Guerilleros rächen sich furchtbar. In vielen Fällen haben sie Angehörige von schwarzen Soldaten ... auf brutale Weise ermordet ..."

Wenn sie, wie die Imperialisten behaupten, „foltern", „verstümmeln", „morden", zimbabwesche Arbeiter und Bauern massakrieren, wie kommt es, daß die Befreiungskämpfer sich fast im gesamten Land frei bewegen können, während die von den Imperialisten ausgerüstete Kolonialarmee sich in wenigen Stützpunkten einigeln muß und trotzdem am Verfallen ist?

Danach werden die „Führer" vorgestellt, die die Imperialisten für Zimbabwe ausgewählt haben. „Die größte Anhängerschar, besonders unter dem Mehrheitsstamm der Shona, hat zweifellos der kleine Methodistenbischof Muzorewa." Daß sie dieser Anhängerschar aber nicht über den Weg trauen, bringen sie gleich zum Ausdruck.

„Versammlungen begrenzter Größe" darf Muzorewa neuerdings abhalten. Das „gleiche Privileg" hat auch „Muzorewas Konkurrent Ndabaningi Sithole" erhalten. „Auch er befürwortet jetzt allgemeine Wahlen als ersten Schritt zur Bildung einer Mehrheitsregierung." Damit er das Bündnis mit den Feinden des Volkes von Zimbabwe propagiert, wurde er entsprechend geschmiert. „Mit Hilfe unbekannter Gönner hatte er nicht nur das propere Haus, sondern auch noch gleich 30 Autos für seine Partei und einen weißen Mercedes Automatic für sich selbst kaufen können."



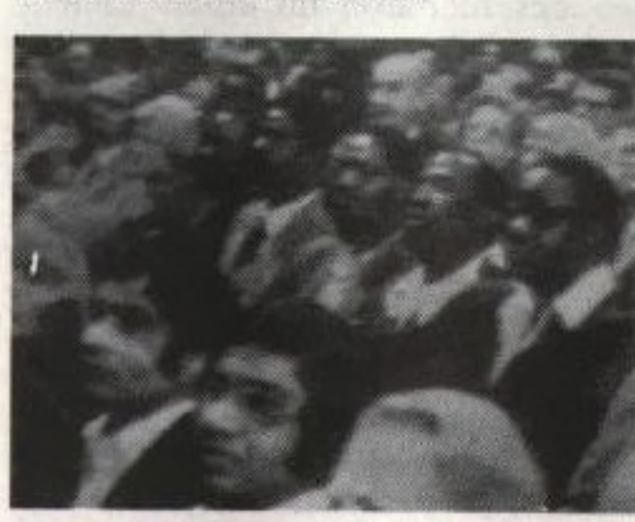
Alle seien sich jetzt einig, die Imperialisten, Ian Smith, seine europäischen Söldner und afrikanischen Hilfstruppen, die Führer der afrikanischen Massen und sogar die Kapitalisten, die das ZDF auftreten läßt.

„In der erstaunlich regen neuen Partei, Nationale Einigende Kraft" haben sich Weiße, darunter viele Geschäftsleute, zusammengeschlossen. Sie fordern jetzt unumwunden die „Abschaffung aller Rassengesetze und die Übergabe der Macht an einen schwarzen Regierungschef, ja sogar die sichere Rückkehr der Guerilleros", damit sie sie besser kontrollieren können.





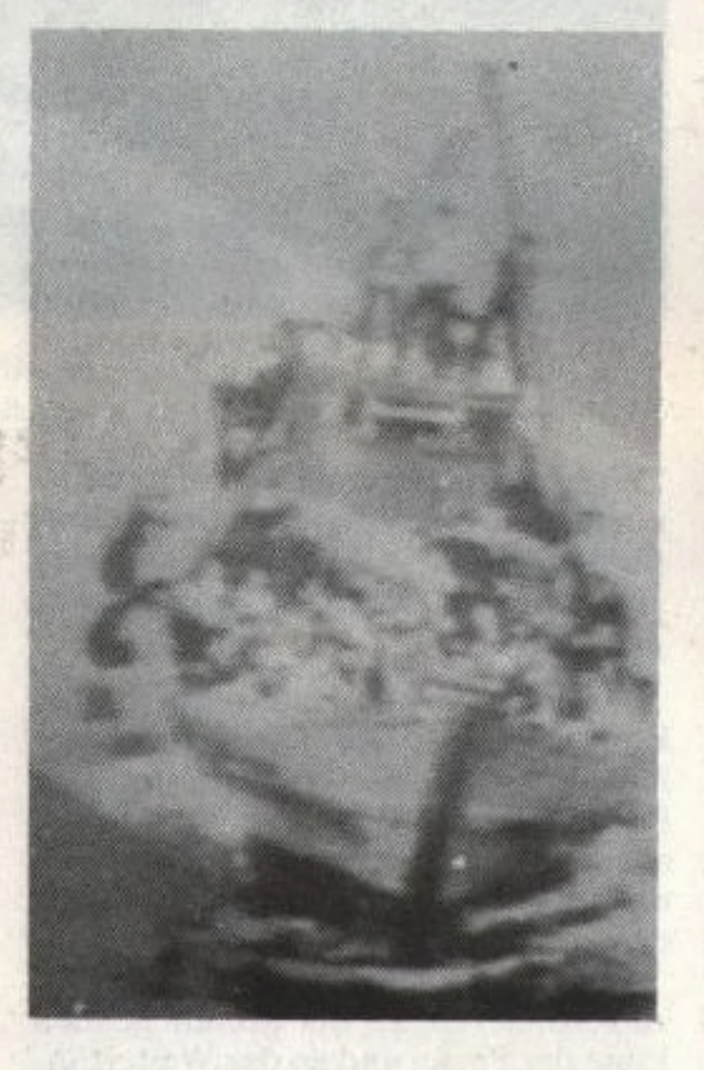
„Zwei Parallelentwicklungen sind zusammengekommen", verkündet das ZDF. „Die Regierung Smith hat sich zur Mehrheitsherrschaft verpflichtet und strebt die sogenannte interne Lösung an, d.h. eine Einigung mit den gemäßigten schwarzen Führern innerhalb Rhodesiens."



Ian Smith erscheint dann gegen Ende des Films, nicht als der faschistische Kolonialgouverneur, sondern als „ehrenwerter Rinderzüchter". „Er wolle nach einer erfolgreichen inneren Lösung für sein Land in Rhodesien bleiben und weiter Rinder züchten." Das Volk von Zimbabwe unter Führung der Patriotischen Front wird Ian Smith keine Gelegenheit mehr geben, als Großgrundbesitzer afrikanische Landarbeiter Rinder zu seiner Bereicherung züchten zu lassen. Er wird rechtzeitig die Flucht ergreifen oder aufgeknüpft werden.

Mit dem Film will das ZDF verbreiten, die Massen könnten zwar revoltieren, aber niemals die Ketten abschütteln, sie hätten nur die Wahl zwischen verschiedenen Ausbeutern, und am besten wählen sie die westlichen Imperialisten. Die Völker Indochinas haben ihre Unabhängigkeit erkämpft, die Völker des südlichen Afrika werden die Manöver der Imperialisten nicht aufhalten.

Völker des südlichen Afrika werden die Manöver der Imperialisten nicht aufhalten.



Im Anschluß hetzt Gerd Helbig vom ZDF mit einem Film über die Errungenschaften des vietnamesischen Volkes im Kampf um seine Befreiung. „Tausende (Flüchtlinge), die auf dem See treiben, die auf kleinen Booten aus dem kommunistischen Regime Hanois fliehen", obwohl ihre „Zukunft ungewiß ist". Nur wenige derjenigen, die dem US-Imperialismus während Jahrzehnten im Kampf gegen das Volk von Vietnam gedient haben, ist die Flucht gelungen. Viele von ihnen träumen nach wie vor davon, als Kettenhunde und Söldner ihres alten imperialistischen Herren einige Krümel von der Ausplünderung der Massen abzubekommen. – (Z-Red.)

„Modell Südafrika"

„Vorster bereitet Verfassungsänderung vor", verkünden die Zeitungen der Imperialisten; die 2,4 Millionen als „Mischlinge" eingestuften und 727 000 als „Asiaten" klassifizierten Azanier sollen begrenzte parlamentarische Rechte zur „Regelung ihrer eigenen inneren Angelegenheiten" erhalten. Was als ein Schritt zur Beseitigung der brutalen Kolonialherrschaft der Imperialisten ausgegeben wird, zielt in Wirklichkeit darauf ab, das Zwangsarbeitslager für über 20 Millionen Azanier für das imperialistische Monopolkapital angesichts des erstarkenden Widerstandes zu festigen. Märchenhafte Profite erzielen die Imperialisten. Zum Beispiel betrug 1973 im Goldbergbau der Gesamterlös 1,768 Milliarden Rand, der Gesamtgewinn 1 027 520 000 Rand, die Lohnkosten für die 385 618 „Nicht-Europäer", die diesen Profit schufen, ganze 134 850 259 Rand, 150% höher mit 527 681 000 Rand wird immer noch der Nettoprofit von einer Handvoll Finanzmagnaten ausgewiesen. Um das zu erhalten, betreibt Vorster im Rahmen der Politik der „getrennten Entwicklung" die Aufspaltung des Volkes von Azania nach „Schwarzen", „Mischlingen" und „Asiaten" und will sie, noch weiter zerhauen, in verschiedene Zuchthäuser stecken und einige „Mischlinge" und „Asiaten" jetzt an der Gefängnisverwaltung beteiligen.

Nach der Transkei soll am 6.12.77 ein weiteres Zuchthaus, das Bantustan Bophutatswana, zum „selbständigen Staat" erklärt werden. Der Plan wird letztlich scheitern, im revolutionären Befreiungskampf zerschlagen die Massen die künstlichen Spaltungen der Imperialisten und vereinen sich auf Grundlage ihres gemeinsamen Interesses, das ist die Lehre, die ein Jahr Kampf seit Beginn des Aufstandes von Soweto beweist.

Afrikanische Länder gegen imperialistische Einmischung

Während die Imperialisten aus Ost und West den Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia am Horn von Afrika schüren, während sie sich hundertfach einmischen und zahllose Gerüchte verbreiten, zu keinem anderen Zweck, als sich, je nach dem, als „Schutzmacht" oder „Friedensstifter" aufspielen und ihren Einfluß auf diese Region so verstärken zu können, bemühen sich die afrikanischen Staaten um seine friedliche Beilegung. In der vergangenen Woche richtete die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) die Aufforderung an Äthiopien und Somalia, eine friedliche Lösung des Konfliks zu suchen und die Souveränität gegenseitig zu achten.

Insbesondere wehren sich die afrikanischen Staaten gegen alle Einmischungsversuche der Imperialisten und vor allem der beiden Supermächte. Der sambische Außenminister Mwale betonte, daß die auswärtigen Kräfte im Kap von Afrika einen Stützpunkt ihrer Interessen sähen und den Konflikt komplizierten. Die afrikanischen Völker sind sehr wohl in der Lage, fuhr er fort, ihre Angelegenheiten ohne jede Einmischung zu lösen. Die Zeitung „Kamerun Tribune" rief ebenfalls zur friedlichen Beilegung aller Differenzen zwischen afrikanischen Staaten auf. Gleichzeitig unterstützte sie ausdrücklich den bewaffneten Befreiungskampf und die Anwendung von Gewalt der Völker von Zimbabwe, Namibia und Azania, wo eine Handvoll Rassisten ihre Herrschaft über die schwarze Mehrheit ausübe. – (Z-Red)

Karibik: Kampf für unabhängiges Belize

Die Absicht der britischen Imperialisten, ihrer Kolonie Belize die „Unabhängigkeit" zu „gewähren", um in Wirklichkeit ihre Kontrolle über das Land und über andere Staaten der karibischen See nach dem von ihnen seit eh und je praktizierten Prinzip „Teile und Herrsche!" zu verstärken, erhält wuchtige Schläge. Ende August bildete sich die „Front für die Unabhängigkeit von Belize", die für die Souveränität und vollständige Unabhängigkeit von Belize vom britischen Imperialismus wie auch von Guatemala, das Ansprüche auf Belize erhoben hat, kämpft.

Ebenfalls Ende August erklärte der Außenminister von Barbados in der karibischen See, daß seine Regierung beschlossen hat, den Unabhängigkeitskampf der karibischen Staaten, die Großbritannien assoziiert sind, zu unterstützen; dazu gehören: St. Lucia, St. Vincent, Dominica, Antigua und St. Kitts-Nevis-Anguilla, sowie eine Anzahl von Kolonien einschließlich Belize, Montserrat, Bermuda, die britischen Jungferninseln. Die Regierung von Barbados bereitet für die bevorstehende UNO-Vollversamlung eine Resolution vor, in der sie wirtschaftliche und andere Unterstützung dieser Staaten durch die UNO fordert. (nach Hsinhua, 20.8.)

Pressekommuniqué des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas

Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas fand feierlich vom 12. bis 18. August 1977 in Peking statt. Unser weiser Führer Vorsitzender Hua Guo-feng führte auf dem Parteitag den Vorsitz. Dieser Parteitag wurde einberufen in einer Zeit, da unsere Partei nach dem Ableben unseres großen Führers und Lehrers Vorsitzenden Mao Tsetung einen großen Sieg bei der Zerschlagung der parteifeindlichen „Viererbande" von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan errungen hatte. Es war ein Parteitag, der das große Banner des Vorsitzenden Mao hochielt und an der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, am Marxismus, an der Geschlossenheit sowie an der Offenheit und Ehrlichkeit festhielt. Es war ein Parteitag der Geschlossenheit und des Sieges.

Am 11. August fand die Vorbereitungssitzung des Parteitags statt, auf der ein aus 223 Delegierten bestehendes Präsidium für den Parteitag gewählt wurde. Genosse Hua Guo-feng wurde zum Vorsitzenden des Präsidiums gewählt, die Genossen Yä Djiän-ying, Deng Hsiao-ping, Li Hsiän-niän und Wang Dung-hsing zu stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums und Genosse Wang Dung-hsing zugleich zum Generalsekretär des Präsidiums.

Die Vorbereitungssitzung nahm einstimmig die von der dritten Plenartagung des X. Zentralkomitees vorgeschlagene Drei-Punkte-Tagesordnung für diesen Parteitag an:

1. Erstattung des Politischen Berichts des Zentralkomitees,
2. Abänderung des Statuts der Kommunistischen Partei Chinas und Erstattung des Berichts über die Abänderung des Parteistatuts,
3. Wahl des Zentralkomitees.

Die Sitzung nahm einstimmig den von Genossen Wang Dung-hsing erstatteten Bericht des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas über die Überprüfung der Mandate der Delegierten des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas an. Der Bericht stellte fest: „Die Überprüfung erwies, daß alle Delegierten ein rechtmäßiges Mandat besaßen."

An diesem Parteitag nahmen 1510 Delegierte teil, die über 35 Millionen Mitglieder der ganzen Partei vertreten. Sie wurden von den Parteiorganisationen verschiedener Gebiete und Einheiten strikt nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus der Partei durch gewissenhafte Befolgung der Massenlinie und nach wiederholten Konsultationen offiziell gewählt, wobei die Meinungen der Massen innerhalb und außerhalb der Partei weitestgehend angehört wurden.

Zu den Delegierten gehörten hervorragende alte, mittelaltrige und junge Parteimitglieder, erprobt in den Jahren von Gründung der Partei bis zur Großen Proletarischen Kulturrevolution. Die meisten von ihnen sind Best- oder vorbildliche Arbeiter auf allen Gebieten, Kriegshelden, Fortgeschrittene und Vorbilder in den Bewegungen zum Lernen von Datjing in der Industrie und zum Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft.

Von den Delegierten waren 72,4% Arbeiter, Bauern, Soldaten und andere Werktätige, 6,7% revolutionäre Intellektuelle, 20.9% revolutionäre Kader. Weibliche Parteimitglieder betrugen 19%, Parteimitglieder aus nationalen Minderheiten 9,3%, mittelaltrige und junge 73,8% aller Delegierten. Auch Delegierte der Parteimitglieder von der Provinz Taiwan nahmen am Parteitag teil.

Am Nachmittag des 12. August um 3.30 Uhr wurde der Parteitag in der Großen Volkskongreßhalle feierlich eröffnet. Als der weise Führer, Vorsitzender Hua, und die stellvertretenden Vorsitzenden Yä Djiän-ying, Deng Hsiao-ping, Li Hsiän-niän und Wang Dung-hsing auf der Tribüne erschienen, erhoben sich alle Delegierten von ihren Plätzen und klatschten langanhaltend stürmischen Beifall. Vorsitzender Hua Guo-feng erklärte den Parteitag für eröffnet, und eine Kapelle spielte das Lied „Der Osten ist rot".

Der Vorsitzende Hua erstattete im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas auf dem Parteitag einen Politischen Bericht. Er schlug zuerst allen anwesenden Genossen vor, sich zu erheben und des Vorsitzenden Mao Tsetung, des Gründers unserer Partei, unserer Armee und unserer Volksrepublik, des großen Führers und Lehrers des Proletariats und der Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes, und der großen proletarischen Revolutionäre unseres Volkes und der langerprobten engen Kampfgefährten des Vorsitzenden Mao, unseres verehrten Ministerpräsidenten Tschou En-lai, und unseres verehrten Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Tschu Teh, und der seit dem X. Parteitag und in den vorausgegangenen Jahren verstorbenen proletarischen Revolutionäre, der Genossen Kang Scheng, Dung Bi-wu, Li Fu-tschun, Tschen Yi und Ho Lung, die sich alle hervorragende Verdienste um die revolutionäre Sache unseres Volkes erworben haben, und aller inzwischen verstorbenen Mitglieder des Zentralkomitees und der anderen Genossen, die einen bedeutenden Beitrag für die Partei und die Revolution geleistet haben, in ehrendem Schweigen zu gedenken.

Der Vorsitzende Hua stellte in dem Bericht fest: „Unser gegenwärtiger Parteitag hat die große historische Pflicht, das große Banner des Vorsitzenden Mao hochzuhalten, das Werk des Vorsitzenden Mao fortzusetzen, den Kampf gegen die Wang-Dschang-Djiang-Yao-,Viererbande' zu resümieren, an der grundlegenden Linie der Partei und an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festzuhalten, alle positiven Faktoren innerhalb und außerhalb der Partei sowohl im Inland als auch im Ausland in Bewegung zu setzen, sich mit allen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, zusammenzuschließen, für die Verwirklichung der strategischen Entscheidung durch Anpacken des Hauptkettengliedes eine große Ordnung im Land herzustellen und dafür zu kämpfen, noch in diesem Jahrhundert unser Land zu einem großen, modernen und mächtigen sozialistischen Staat aufzubauen."

Der Vorsitzende Hua wies auf folgendes hin: „Alle Siege in der chinesischen Revolution seit über 50 Jahren sind unter Führung des Vorsitzenden Mao und angeleitet von seiner revolutionären Linie errungen worden. Das Banner des Vorsitzenden Mao ist das Banner des Sieges für die Revolution des chinesischen Volkes. Vorsitzender Mao hat den Marxismus-Leninismus als Erbe übernommen, ihn verteidigt und weiterentwickelt. Er war der größte Marxist unserer Zeit. Die Maotsetungideen stellen den neuesten Reichtum in der Schatzkammer der marxistisch-leninistischen Theorie und das wertvollste Erbe dar, das Vorsitzender Mao unserer Zeit hinterlassen hat. Das Banner der Maotsetungideen ist auch das Banner des Sieges für die Revolution der Völker der Welt. Die großen Verdienste, die sich Vorsitzender Mao mit seiner revolutionären Theorie und Praxis um das chinesische Volk, das Weltproletariat und die revolutionären Völker der ganzen Welt erworben hat, sind unvergänglich. Wir müssen das große Banner des Vorsitzenden Mao hochhalten und entschieden verteidigen und es als Schatz von Generation zu Generation weitervererben. Dies ist die geheiligte Pflicht unserer ganzen Partei, unserer ganzen Armee und der Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes, ist die politische Basis unseres vereinten Kampfes und der Weiterführung der Revolution, ist die Garantie für das siegreiche Voranschreiten der Sache des Sozialismus unseres Landes und der Sache der Revolution des Weltproletariats."

Bei der Zusammenfassung des elften Linienkampfes stellte der Vorsitzende Hua fest: „Unser Vorsitzender Mao zeichnete sich durch seine Weisheit und Größe aus. Längst hatte er die parteifeindlichen Aktivitäten der ,Viererbande' bemerkt. Mehrmals kritisierte er sie mit vollem Ernst und warnte sie streng. Wiederholt führte er persönlich unsere Partei zum Kampf gegen sie. Eine ganze Reihe wichtiger Weisungen und weiser Entscheidungen des Vorsitzenden Mao schufen die Grundlage, auf der wir dann die Frage der ,Viererbande' lösen konnten. Der große Sieg, den unsere Partei im elften Linienkampf errungen hat, ist dem großen Führer, Vorsitzenden Mao, den großen Maotsetungideen und der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao, unserer großen Partei, unserer großen Armee und unserem großen Volk zu verdanken."

Der Vorsitzende Hua legte in seinem Bericht genau die große Theorie des Vorsitzenden Mao über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats dar. Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Vorsitzender Mao übernahm die Ideen von Marx und Lenin, verteidigte und entwickelte sie weiter. Auf diese Weise schuf er die große, vollständige Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. Diese große Theorie hat den grundlegenden Weg gewiesen, wie in einem Land, in dem die proletarische Revolution gesiegt hat, die Diktatur des Proletariats gefestigt, eine Restauration des Kapitalismus verhütet und der Sozialismus aufgebaut werden soll. Dies ist der größte Beitrag des Vorsitzenden Mao zur Theorie über die proletarische Revolution unter der Diktatur des Proletariats, der einen äußerst wichtigen Platz in der Entwicklungsgeschichte des Marxismus einnimmt."

Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Der elfte Linienkampf unserer Partei drehte sich in ideologischer und theoretischer Hinsicht um die Frage, ob man an der Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhält oder sie verfälscht. Das war ein wichtiges Merkmal dieses Linienkampfes. Die ,Viererbande' verfälschte allseitig die große Theorie des Vorsitzenden Mao, die grundlegende Linie der Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus und die komplexen Auffassungen des Vorsitzenden Mao über die Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg. Sie tischten ein konterrevolutionäres politisches Programm auf, nach dem die alten Kader gleichbedeutend mit ,Demokraten' und die letzteren wiederum gleichbedeutend mit Machthabern auf dem kapitalistischen Weg wären. Verleumderisch behauptete sie, mitten in unserer Partei und Armee sitze eine Bourgeoisie, und stellte so die Beziehungen zwischen dem Feind und uns in der Geschichtsperiode des Sozialismus auf den Kopf. Sie versuchte, eine große Zahl revolutionärer führender Kader in Partei, Regierung und Armee niederzuschlagen, unsere Partei und unsere Armee zu zerschmettern, die Diktatur des Proletariats zu stürzen und den Kapitalismus zu restaurieren."

Mit den Maotsetungideen als Waffe unterzog der Vorsitzende Hua das konterrevolutionäre politische Programm der „Viererbande" einer tiefgehenden Kritik. Der Vorsitzende Hua wies auf folgendes hin: „Solange die höchste Macht von Partei und Staat in den Händen eines an der marxistisch-leninistischen Linie festhaltenden führenden Kerns liegt, können die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg in der Partei nur eine Handvoll ausmachen, werden sie ständig entlarvt und hinausgesäubert und können keine Bourgeoisie bilden. Die überwältigende Mehrheit der alten Kader unserer Partei sind proletarische Revolutionäre, keinesfalls aber bürgerliche Demokraten. Vorsitzender Mao stellte die Grundprinzipien der „Drei Ja und drei Nein" auf und hat damit klar und deutlich ein grundlegendes Kriterium für die Erkennung von Parteimachthabern auf dem kapitalistischen Weg gegeben. Wenn wir an diesem Kriterium festhalten, können wir die Kader und Massen anleiten, zielsicher jene besserungsunwilligen Machthaber auf dem kapitalistischen Weg wie Liu Schao-tschi, Lin Biao und die ,Viererbande' zu erkennen, sie gründlich zu isolieren und mit konzentrierter Kraft zu schlagen."

Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Die Zerschlagung der parteifeindlichen ,Viererbande' ist ein weiterer grandioser Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution." Als er die bedeutsamen Siegeserrungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution und ihre historische Bedeutung unterstrich, stellte er fest: „Die Große Proletarische Kulturrevolution unseres Landes wird als eine große Pioniertat in die Geschichte der Diktatur des Proletariats eingehen." Er sagte: „Nun ist die ,Viererbande' gestürzt worden. Dies ermöglicht uns, gemäß den Weisungen des Vorsitzenden Mao Stabilität und Einheit zu verwirklichen und im Land eine große Ordnung herzustellen. So ist mit der Zerschlagung der ,Viererbande' als Kennzeichen die elf Jahre andauernde erste Große Proletarische Kulturrevolution in unserem Land siegreich beendet worden. Dies bedeutet aber keinesfalls die Beendigung des Klassenkampfes, keinesfalls die Beendigung der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. Wir müssen gemäß der Lehre des Vorsitzenden Mao die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zu Ende führen."

Der Vorsitzende Hua analysierte in dem Bericht die gegenwärtige ausgezeichnete Weltlage und stellte fest: „Während die Faktoren der Revolution weiter anwachsen, wachsen zugleich die Faktoren des Krieges beträchtlich an. Die Sowjetunion und die USA bilden den Herd eines neuen Weltkrieges, wobei der sowjetische Sozialimperialismus der gefährlichere ist. Die Völker aller Länder müssen ihre Wachsamkeit erhöhen, fest zusammenstehen und beharrlich kämpfen." Der Vorsitzende Hua sagte: „Wir müssen das große Banner des Vorsitzenden Mao hochhalten, am proletarischen Internationalismus festhalten und die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao für auswärtige Angelegenheiten weiter durchführen. Wir müssen unsere Einheit mit den sozialistischen Staaten, mit dem Weltproletariat und den unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen, unsere Solidarität mit den anderen Ländern der Dritten Welt verstärken, uns mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane seitens des Imperialismus und Sozialimperialismus ausgesetzt sind, vereinigen und eine breitestmögliche Einheitsfront gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, bilden. Wir müssen auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz Beziehungen mit verschiedenen Ländern aufnehmen und sie entwickeln. Wir müssen unsere Einheit mit allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt verstärken und den Kampf gegen den modernen Revisionismus mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique als dessen Zentrum bis zu Ende führen."

Der Vorsitzende Hua legte tiefgreifend die Theorie des Vorsitzenden Mao von der Einteilung der Welt in drei Teile dar und stellte fest: „Diese Theorie hat die Hauptrichtung des gegenwärtigen internationalen Kampfes klar gewiesen und klar und deutlich gezeigt, wer die Hauptkraft der Revolution ist, wer die Hauptfeinde und wer die in der Mitte stehenden Kräfte, die gewonnen und vereinigt werden können, sind. Dies ermöglicht dem Weltproletariat, im Klassenkampf im Weltmaßstab sich mit allen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, zusammenzuschließen und eine möglichst breite Einheitsfront zu bilden, um gegen die Hauptfeinde zu kämpfen. Dies sind die korrekten strategischen und taktischen Festlegungen des Weltproletariats für die Gegenwart, ist die Klassenlinie des Proletariats im internationalen Kampf."

Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Mit der siegreichen Beendigung der ersten Großen Proletarischen Kulturrevolution sind die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau in unserem Land in eine neue Entwicklungsetappe eingetreten. Die Lage ist ausgezeichnet, und die Massen sehnen sich nach einer großen Ordnung im Land. Vorangetrieben durch den großen Klassenkampf zur Entlarvung und Kritik der ,Viererbande' zeichnet sich ein neuer Sprung nach vorn in der Volkswirtschaft ab. Die Revolution auf dem wissenschaftlich-technischen Gebiet, die Revolution im Bildungswesen, in der Literatur und Kunst sowie im Gesundheitswesen entwickelt sich."

Der Vorsitzende Hua stellte fest: „Der Mittelpunkt der strategischen Entscheidung des Zentralkomitees der Partei, durch Anpacken des Hauptkettengliedes eine große Ordnung im Land herzustellen, ist, das große Banner des Vorsitzenden Mao hochzuhalten und zu verteidigen, die Massen weitestgehend zu mobilisieren, sich mit allen Kräften, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, zusammenschließen, den großen Kampf zur Entlarvung und Kritik der ,Viererbande' bis zu Ende zu führen, die verderbliche Nach- und Weiterwirkung ihrer konterrevolutionären revisionistischen Linie gründlich zu eliminieren, die Siegeserrungenschaften des elften Linienkampfes zu festigen und weiterzuentwickeln und auf allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft, des Militärwesens, der Kultur und der auswärtigen Angelegenheiten unseres Landes die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao allseitig und in korrekter Weise durchzuführen."

Der Vorsitzende Hua erläuterte ausführlich die acht Hauptaufgaben unserer Partei für die Gegenwart und die nächste Zeit, um durch Anpacken des Hauptkettengliedes eine große Ordnung im Land herzustellen. Sie sind:

Vom 12. bis 18. August fand in Peking der elfte Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas statt. Die 1510 Delegierten vertraten über 35 Millionen Parteimitglieder. Der Kongreß tagte unter der Leitung des Vorsitzenden Hua Guo-feng. (Hsinhua Funkbild)

„Man muß den großen Kampf zur Entlarvung und Kritik der ‚Viererbande' bis zu Ende führen. Man muß die Bewegung zur Ausrichtung der Partei und zur Verbesserung des Arbeitsstils gut durchführen und den Aufbau der Partei verstärken. Man muß die Führungsgremien aller Ebenen der Partei erfolgreich ausrichten und aufbauen. Man muß die Revolution anpacken, die Produktion fördern und die Volkswirtschaft voranbringen. Man muß die Revolution in Kultur- und Bildungswesen gut durchführen und das sozialistische Kultur- und Bildungswesen tatkräftig entwickeln. Man muß den Staatsapparat des Volkes stärken. Man muß die Demokratie entfalten und den demokratischen Zentralismus stärken. Man muß die Richtlinie, einheitlich und umsichtig zu planen und allseitig zu disponieren, befolgen, um alle positiven Faktoren für den Aufbau des Sozialismus einzusetzen."

Der Vorsitzende Hua sagte: „Wir müssen die Massen weiter uneingeschränkt mobilisieren, um einen Volkskrieg zur gründlichen Entlarvung und Kritik der ultrarechten Natur der konterrevolutionären revisionistischen Linie der ‚Viererbande' und deren Ausdruck in verschiedenen Bereichen zu führen. Die Untersuchung jener Menschen und Begebenheiten, die mit den Verschwörungen der ‚Viererbande' zur Usurpierung der höchsten Partei- und Staatsmacht im Zusammenhang stehen, ist ein wichtiger Bestandteil der Entlarvung und Kritik der ‚Viererbande'. Wir müssen die Massen weitestgehend mobilisieren, um die Untersuchungsarbeit erfolgreich durchzuführen, und zugleich muß die Politik der Partei um so mehr beachtet werden, je tiefer sich die Bewegung entfaltet. Wir müssen uns mit über 95% der Kader und Massen zusammenschließen, um die ‚Viererbande' und ihre Handvoll hartgesottener Anhänger, die sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben und kein Zeichen der Reue und Besserung zeigen, maximal zu isolieren und mit konzentrierter Kraft zu schlagen."

Der Vorsitzende Hua gab bekannt: „Das Zentralkomitee hat beschlossen, zu einer angemessenen Zeit den V. Nationalen Volkskongreß einzuberufen, und zu gleicher Zeit wird das V. Landeskomitee der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes zusammentreten. Wir müssen uns gewissenhaft anstrengen, um alle positiven Faktoren innerhalb und außerhalb der Partei in Bewegung zu setzen, die große Einheit der ganzen Partei, der ganzen Armee und der Volksmassen aller Nationalitäten des Landes zu verstärken und gemeinsam für die Festigung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau unseres großen sozialistischen Vaterlandes zu kämpfen."

Der vierstündige Politische Bericht des Vorsitzenden Hua wurde immer wieder von stürmischem Beifall unterbrochen.

Am Nachmittag des 13. August um 3.30 Uhr tagte des Plenum zum zweiten Mal. Unter begeistertem Beifall erstattete der Stellvertretende Vorsitzende Yä Djiän-ying im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas den Bericht über die Abänderung des Parteistatuts. Der Stellvertretende Vorsitzende Yä stellte zunächst fest: „Genosse Hua Guo-feng ist der von Vorsitzendem Mao höchstpersönlich auserwählte Nachfolger. Die Praxis hat bewiesen, daß die politische und organisatorische Linie des Zentralkomitees der Partei mit dem Vorsitzenden Hua an der Spitze vollkommen richtig ist. Der Vorsitzende Hua kann mit Recht ein guter Schüler und guter Nachfolger des Vorsitzenden Mao genannt werden und ist zu Recht weiser Führer unserer Partei und unseres Volkes sowie weiser Oberkommandierender unserer Armee. Der Vorsitzende Hua wird die vom Vorsitzenden Mao in unserem Land begonnene revolutionäre Sache des Proletariats ununterbrochen voranbringen und unsere Partei, unsere Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes siegreich ins einundzwanzigste Jahrhundert führen."

Der Stellvertretende Vorsitzende Yä sagte: „Die ‚Viererbande' sabotierte den Aufbau der Partei und wollte unsere Armee nach dem Bild der Bourgeoisie umgestalten. Wir müssen gemäß den Ideen des Vorsitzenden Mao über den Parteiaufbau die neuen Erfahrungen im elften Linienkampf zusammenfassen und einige notwendige Abänderungen des vom X. Parteitag angenommenen Parteistatuts vornehmen." Der Stellvertretende Vorsitzende Yä gab in folgenden acht Punkten wichtige Erläuterungen zum Abänderungsentwurf des Parteistatuts: Über das Hochhalten und die Verteidigung des großen Banners des Vorsitzenden Mao, Über das Wesen unserer Partei und die Ideologie, von der sich unsere Partei leiten läßt, Über das grundlegende Programm der Partei für die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus und ihre grundlegenden Aufgaben, Über die Grundprinzipien der „drei Ja und drei Nein", Über den demokratischen Zentralismus der Partei, Über die Kaderlinie der Partei, Über die Pflege und Entfaltung der guten Tradition und des vortrefflichen Arbeitsstils der Partei, Über die Anforderungen an die ‚Parteimitglieder und die Grundorganisationen der Partei.

Der Stellvertretende Vorsitzende Yä stellte fest: „Das neue Parteistatut betont, daß die ganze Partei das große Banner des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen immer hochhalten und entschieden verteidigen muß, um zu gewährleisten, daß die Sache unserer Partei weiter gemäß der marxistischen Linie siegreich voranschreitet. Der Entwurf betont, daß die Partei am Kampf gegen den Revisionismus sowie am Kampf gegen Dogmatismus und Empirismus, an der Weltanschauung des dialektischen und historischen Materialismus sowie am Kampf gegen die Weltanschauung des Idealismus und der Metaphysik festhält. Im neuen Parteistatut wird das Festhalten an den grundlegenden Prinzipien, den „drei Ja und drei Nein" hervorgehoben und betont, daß man mit unerschrockenem revolutionärem Geist gegen diejenigen Strömungen ankämpfen muß, die den drei grundlegenden Prinzipien zuwiderlaufen. Das neue Parteistatut unterstreicht die äußerste Wichtigkeit des demokratischen Zentralismus und legt fest, daß die Demokratie voll entfaltet werden muß, daß es niemandem erlaubt ist, Kritik zu unterdrücken und Repressalien auszuüben, und daß diejenigen, die dies tun, einer Untersuchung unterzogen und bestraft werden müssen. Es betont, daß nicht nur die Demokratie, sondern auch – was noch wichtiger ist, der Zentralismus notwendig ist und daß die Parteidisziplin verstärkt werden muß. Um die Prinzipien des demokratischen Zentralismus und die Disziplin zu verteidigen, sieht das neue Parteistatut die Einrichtung von Disziplinkontrollkommissionen vor. Das neue Parteistatut sieht ferner vor, daß man gemäß den fünf vom Vorsitzenden Mao aufgestellten Anforderungen für Fortsetzer der revolutionären Sache des Proletariats Millionen und Abermillionen solcher Fortsetzer heranbilden und die führenden Gremien aller Ebenen nach dem Prinzip der Dreierverbindung von Alten, Mittelaltrigen und Jungen bilden muß. Es betont, daß man die gute Tradition der Massenlinie und die gute Tradition, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen, pflegen und weiter entfalten muß. Es sieht vor, daß alle neuen Parteimitglieder eine einjährige Kandidatenzeit als ordentliche Mitglieder aufgenommen werden, damit die politische Qualität der Parteimitglieder gewährleistet ist."

Der Stellvertretende Vorsitzende Yä stellte fest, daß der Abänderungsentwurf des Parteistatuts das große Banner des Vorsitzenden Mao hochhält, und voll und ganz seine Lehre vom Parteiaufbau verkörpert, von der Theorie über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und der entsprechenden Linie wie einem roten Faden durchzogen ist und die Errungenschaften des Sieges im großen Kampf zur Zerschlagung der „Viererbande" widerspiegelt. Er bemerkte, daß das auf diesem Parteitag angenommene neue Parteistatut eine wichtige Waffe zur Verstärkung des ideologischen und organisatorischen Aufbaus unserer Partei sein wird. Die Parteiorganisationen aller Ebenen und jedes Mitglied der Kommunistischen Partei müssen das Parteistatut gewissenhaft studieren, es streng einhalten und entschieden durchführen und gegen alle Worte und Taten, die ihm zuwiderlaufen, kämpfen.

Auf dem Parteitag wurden die Berichte des Vorsitzenden Hua und des Stellvertretenden Vorsitzenden Yä und der Abänderungsentwurf des Parteistatuts gewissenhaft und lebhaft diskutiert. Die Delegierten waren frohgemut und äußerten freimütig ihre volle Meinung. Der Parteitag verlief in einer Atmosphäre voller Lebendigkeit, Regsamkeit und Frische, entfaltete die gute Tradition und den guten Arbeitsstil unserer Partei und widerspiegelte die Einheit und das Aufblühen unserer Partei. Bei Diskussionen rühmten die Delegierten herzlich die großen Verdienste des großen Führers und Lehrers, Vorsitzenden Mao. Sie lobten die großen Verdienste des weisen Führers, des Vorsitzenden Hua, der die ganze Partei bei der Zerschlagung der „Viererbande" geführt und unsere Partei und unseren Staat gerettet hat. Der Parteitag vertrat die Ansicht, daß der Politische Bericht des Vorsitzenden Hua, das große Banner des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen hochhaltend, die grundlegenden Erfahrungen aus dem elften Linienkampf der Partei allseitig zusammengefaßt, die große Theorie des Vorsitzenden Mao über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats genau dargelegt, die Lage in der Welt und im Lande tiefgreifend analysiert, klar die Aufgaben für die Gegenwart und die nächste Zeit gestellt hat und das Kampfesprogramm unserer Partei, unserer Armee und unseres Volkes für neue Siege in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau ist.

Die Delegierten entlarvten und kritisierten in Verbindung mit der Praxis auf allen Gebieten voller Empörung die himmelschreienden antikommunistischen, volksfeindlichen und konterrevolutionären Verbrechen der ‚Viererbande'. Der Parteitag bejubelte herzlich den großen Sieg, den unsere Partei durch die Zerschlagung der parteifeindlichen Clique von Wang-Dschang-Djiang-Yao im elften Linienkampf errungen hat. Der Parteitag billigte voll und ganz die ganze Reihe von Maßnahmen, die das Zentralkomitee der Partei mit dem Genossen Hua Guo-feng an der Spitze zur Zerschlagung der ‚Viererbande' ergriffen hat, sowie den Beschluß der dritten Plenartagung des X. Zentralkomitees der Partei über die parteifeindliche Clique von Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan. Er erklärte, daß der Kampf zur Entlarvung und Kritik der „Viererbande" bis zu Ende geführt werden muß.

Die Delegierten diskutierten über die Lage in der Welt und im Lande. Sie stellten fest, daß der große Sieg der Partei im elften Linienkampf ein grundlegendes Merkmal der ausgezeichneten Lage im Lande ist. Die Massenbewegungen zum Lernen von Datjing in der Industrie und zum Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft entwickeln sich schwunghaft wie nie zuvor. Weit und breit werden die sozialistischen revolutionären Wettbewerbe zum Vergleich, Lernen, Ein- und Überholen von Fortgeschrittenen, in denen Fortgeschrittene den Zurückgebliebenen helfen, organisiert. Aus Industrie, Landwirtschaft und anderen Gebieten treffen immer wieder neue Freudenbotschaften ein, und ohne Unterlaß werden neue Rekorde aufgestellt. Der Parteitag versicherte, unter Führung des Zentralkomitees der Partei mit dem Vorsitzenden Hua an der Spitze von Sieg zu Sieg voranzuschreiten, die Revolution anzupacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitungen auf einen Kriegsfall zu fördern, noch bessere Leistungen zu vollbringen, die durch die Störung und Sabotage der „Viererbande" verursachten Verluste wettzumachen und noch größere Beiträge zu leisten, um unser Land zu einem modernen, mächtigen sozialistischen Staat aufzubauen.

Am 18. August um 3 Uhr nachmittags tagte zum dritten Mal das Plenum des Parteitags. Nach umfassenden Diskussionen und Beratungen haben die Delegierten in geheimer Abstimmung das XI. Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas gewählt. Einstimmig wurde der Beschluß über den Politischen Bericht, das neue Statut der Kommunistischen Partei Chinas und der Bericht über die Abänderung des Parteistatuts angenommen. Als der Exekutivvorsitzende des Parteitags, Genosse Deng Hsiao-ping, bekanntgab, daß der weise Führer, Genosse Hua Guo-feng, zum Mitglied des Zentralkomitees gewählt wurde, brauste in der ganzen Halle langanhaltender, stürmischer und begeisterter Beifall auf. Es wurden 201 Mitglieder und 132 Kandidaten des Zentralkomitees gewählt.

Der Stellvertretende Vorsitzende Deng Hsiao-ping hielt unter stürmischem Beifall die Abschlußrede. Dabei stellte er fest: „Der gegenwärtige Parteitag wird in die ruhmreiche Geschichte unserer Partei als ein Parteitag eingehen, der die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao umfassend und korrekt durchgeführt, die gute Tradition und den vortrefflichen Arbeitsstil unserer Partei wiederhergestellt und zur Geltung gebracht und eine neue Entwicklungsetappe der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus unseres Landes eingeleitet hat."

Der Stellvertretende Vorsitzende Deng Hsiao-ping sagte: „Wir müssen die vom Vorsitzenden Mao gepflegte gute Tradition und den von ihm festgelegten guten Arbeitsstil unserer Partei, nämlich die Massenlinie, die Wahrheitssuche in den Tatsachen, Kritik und Selbstkritik, Bescheidenheit und Umsicht, sich in acht nehmen vor Überheblichkeit und Unbesonnenheit, harter Kampf sowie den demokratischen Zentralismus, wiederherstellen und weiterentwickeln und uns bemühen, in der ganzen Partei, der ganzen Armee und im ganzen Land eine politische Situation zu schaffen, in der beides, sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl einheitlicher Wille als auch persönliches Behagen und vitale Regsamkeit, vereint ist."

Der Stellvertretende Vorsitzende Deng stellte fest: „Seit der Zerschlagung der ‚Viererbande' haben die ganze Partei und das ganze Land ein völlig neues Aussehen gewonnen. Wir haben bereits bedeutende Siege errungen. Aber wir haben noch viele Fragen zu lösen und nicht wenige Schwierigkeiten zu überwinden. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß wir die Schwierigkeiten nach und nach überwinden und einen Sieg nach dem anderen erringen werden, wenn wir – im wahrsten Sinne des Wortes – in die Massen vertrauen und uns auf sie stützen."

Der Stellvertretende Vorsitzende Deng rief die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des Landes auf, das große Banner des Vorsitzenden Mao hochzuhalten und zu verteidigen, dem Vermächtnis des Vorsitzenden Mao treu zu bleiben, sich noch enger um das Zentralkomitee der Partei mit dem Genossen Hua Guo-feng an der Spitze zusammenzuschließen, an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festzuhalten, alle positiven Faktoren inner- und außerhalb der Partei sowohl im In- wie auch im Ausland zu mobilisieren und beharrlich dafür zu kämpfen, die strategische Entscheidung, durch Anpacken des Hauptkettengliedes eine große Ordnung im Land herzustellen, zu verwirklichen, die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren, noch in diesem Jahrhundert unser Land zu einem großen, modernen, mächtigen sozialistischen Staat aufzubauen und für die Menschheit größere Beiträge zu leisten.

Der XI. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas fand unter den erhabenen Klängen der „Internationale" seinen erfolgreichen Abschluß.

Nach. Radio Peking

Grußadresse des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) zu der erfolgreichen Durchführung des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas

An den Vorsitzenden
des Zentralkomitees der
Kommunistischen Partei Chinas

Werter Genosse Hua Guo-feng,

die Nachricht von der Durchführung und von dem erfolgreichen Abschluß des XI. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas hat uns mit großer Freude und Zuversicht erfüllt. Dieser Parteitag fand statt, als die Kommunistische Partei Chinas unter Ihrer Führung bereits einen großen Sieg bei der Zerschlagung der parteifeindlichen „Viererbande" errungen hatte. Dieser Sieg über die ultrarechte Linie der „Viererbande" ist ein Sieg des Marxismus-Leninismus und der Linie des verstorbenen großen Vorsitzenden Mao, die die Partei in den vergangenen zehn Linienkämpfen von Erfolg zu Erfolg geführt hat. Der elfte Linienkampf, den die Kommunistische Partei Chinas unter Ihrer Führung siegreich führte, drehte sich darum, ob die Diktatur des Proletariats aufrechterhalten und gefestigt werden soll, ob die Revolution unter der Diktatur des Proletariats weitergeführt werden soll, oder ob eine Handvoll Leute, Renegaten und klassenfeindliche Elemente, die Macht in der Partei usurpieren sollen, um die Diktatur des Proletariats zu stürzen, Konterrevolution zu machen, und die Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Kompradorenbourgeoisie wieder errichten soll. Keinen Augenblick hat die Partei gezögert, als es galt, diesen Versuch der Usurpation der Macht in Partei und Staat zu zerschlagen und die Diktatur des Proletariats zu verteidigen. Seit der Zerschlagung der „Viererbande" führt die Kommunistische Partei einen großen Kampf, um den ideologischen, politischen und organisatorischen Schaden, den die „Viererbande" angerichtet hat, zu beseitigen und den Plan des Genossen Mao Tsetung zu erfüllen und China bis zum Jahr 2000 zu einem mächtigen sozialistischen Land der Diktatur des Proletariats aufzubauen. Der XI. Parteitag ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg, der die Revolution in China von Sieg zu Sieg führen und die proletarische Weltrevolution stärken wird.

Die proletarische Revolution befreit die Produktivkräfte, und die erste Produktivkraft ist die revolutionäre Klasse selber, das Proletariat. Die Revolution anpacken und die Produktion fördern, ist die große Leitlinie des Proletariats, nachdem es die politische Macht erobert und die Diktatur des Proletariats errichtet hat. Die „Viererbande" hat versucht, diese Leitlinie auseinanderzureißen und die Förderung der Produktion in Gegensatz zur Revolution zu bringen. Sie sind gerade so gescheitert wie Liu Schao-tschi und andere Konterrevolutionäre, die die Förderung der Produktion an die erste Stelle setzen wollten und von der anderen Seite her einen Gegensatz zwischen der Revolution und der Produktion konstruieren wollten. Die Arbeiterklasse und die arbeitenden Massen insgesamt wissen sehr gut, daß sie nur durch die Revolution die Produktion fördern können und daß die Revolution eine Phrase ist, wenn sie nicht die Produktivkräfte befreit. Der XI. Parteitag hat diese Wahrheit wiederhergestellt, die die Kommunistische Partei Chinas in allen Kämpfen gegen konterrevolutionäre Restaurationsversuche verteidigt hat. Nur so konnte die Diktatur des Proletariats gefestigt und der Aufbau des Sozialismus gesichert werden.

Der XI. Parteitag hat die Weisung des verstorbenen großen Vorsitzenden Mao „Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen" im Statut der Kommunistischen Partei Chinas verankert. Das ist eine unbedingt richtige Schlußfolgerung aus den Erfahrungen der bisherigen Linienkämpfe, die die Kommunistische Partei Chinas siegreich bestanden hat. Diese Grundprinzipien werden den proletarischen Charakter der Partei sichern und jeden weiteren Versuch konterrevolutionärer Kräfte, die Macht in der Partei zu usurpieren, zum Scheitern verurteilen, wie sie solche Versuche bisher zum Scheitern verurteilt haben. Unsere Zuversicht und unser Vertrauen in die Kommunistische Partei Chinas und in ihre marxistisch-leninistische Führung, die die Linie des Genossen Mao fortsetzt, sind durch den XI. Parteitag weiter gestärkt worden.

Die Lage in der Welt ist für die Kräfte der Revolution ausgezeichnet. Zwar wachsen die Faktoren für den Krieg, die Faktoren für die Revolution wachsen jedoch ebenfalls. Entweder wird die Revolution den Krieg verhindern, oder der Krieg wird die Revolution hervorbringen. Die Haupttendenz in der Welt bleibt die Revolution.

Für uns westdeutsche Kommunisten ist es von großer Bedeutung, uns in derselben Front zu wissen wie die ruhmreiche und kampferfahrene Kommunistische Partei Chinas.

Mit kommunistischen Grüßen
Zentrales Komitee des
Kommunistischen Bundes
Westdeutschland
Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitee

Bourgeois-Trauer um Elvis Presley

„Mit Elvis Presley verliert unser Land einen Teil von sich selbst. Er war einmalig und ist unersetzbar“, trauert Carter. Sein Abgang geht den US-Bourgeois nahe. Mit ihm hatten sie die Hoffnung verknüpft, den Klassenkampf und das Hervortreten der sozialen und politischen Gegensätze in ihrem Lande in einem frühen Stadium abfangen zu können, um sich der Verwirklichung ihrer Weltherrschaftsträume ganz und gar hinzugeben. So wurde Presley auch gefeiert: „In der ‚Tommy and Jimmy Dorsey Stage Show‘ am 28. Januar 1956 fand Amerika musikalisch ganz zu sich selbst“, bemerkt der „Spiegel“ voller Neid in seinem redaktionellen Nachruf. Das sind heute für die US-Imperialisten bloß noch wehmütige Erinnerungen an Illusionen.

Die „Versöhnung von weiß und schwarz“, die der „König“ Presley zustandegebracht haben soll und die von den Imperialisten verstanden wird als „Versöhnung“ der von den aus Afrika importierten Negersklaven abstammenden schwarzen Arbeiter mit der „demokratischen“ Bourgeoisherrschaft, hat noch nicht einmal als Illusion gehalten. Die schwarzen Arbeiter als gedrücktester und in tiefem Elend stehender Teil der Arbeiterklasse in den USA haben noch in den sechziger Jahren die allen Reichtum aneignende, herrschende Ausbeuterklasse auf dem anderen Pol der Gesellschaft in mächtigen Widerstands- und Protestaktionen angegriffen. Die weißen und schwarzen Arbeiter schließen sich im Kampf und immer häufiger in Streikaktionen gegen die US-Kapitalistenklasse zusammen.



„Für Menschen in aller Welt war er ein Symbol für die Vitalität, den Widerspruchsgeist und die Fröhlichkeit dieses Landes“, fährt Carter fort zu trauern. Diese Eigenschaften wurden mit Hilfe von Presley in der ganzen Welt verkauft als verhüllender Schleier der Großmachtpolitik und -interessen der USA-Imperialisten. Als „American Way of Life“, für „gewaltige Dimensionen“ und „grenzenlose Möglichkeiten“ der Entwicklung des Kapitalismus haben die Bourgeois in den westeuropäischen Ländern diese Propaganda der US-Imperialisten aufgenommen und jeweils gegenüber den Lohnabhängigen ihres Landes zum Maßstab der Entwicklung und zur Rechtfertigung des Zusammengehens mit den US-Imperialisten in der Unterdrückung der Völker genommen.

Jedoch auch diese Hoffnung hat sich mit jedem weiteren Jahr seit Kriegsende um so schärfer in eine Enttäuschung verwandelt: Voller „Vitalität“ sind die US-Imperialisten verglichen mit ihren westeuropäischen „Alliierten“ aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen.

Die „Fröhlichkeit“ der US-Imperialisten ist hin. Sie stehen heute da als von den Völkern vielfältig gebrandmarkte und geschlagene Ausbeuter, die zusammen mit den Sozialimperialisten zu den größten Unterdrückern und Kriegstreibern gehören. Die Maske des US-Imperialismus als „Friedens- und Freiheitsstifter“ ist unwiderruflich heruntergerissen.

Die westdeutschen Imperialisten in ihren „Würdigungen“ weisen allerorts auf die „Fettleibigkeit“ hin, auf die es Presley nach dem Höhepunkt seiner Karriere schließlich in den letzten Jahren gebracht hat. Z.B. für den „Stern“ der Schlagersänger Udo Lindenberg: „Für einen als Übermenschen verkleideten Glamourstar macht es sich natürlich nicht so gut, an Fettleibigkeit zu sterben. Oder gar an einem Schinkenbrot zu ersticken ...“ Es sind feine Andeutungen darüber, was die westdeutschen Imperialisten von ihrem großen Konkurrenten, den US-Imperialisten, halten: „Verfettung“.

Inzwischen sind die US-Imperialisten für die BRD-Imperialisten mehr und mehr zu einem Konkurrenten geworden, mit dem sie bei der Profitmacherei immer häufiger zusammenstoßen, wenn sie auch auf die „Partnerschaft“ des US-Imperialismus in der Unterdrückung der Völker und gegenüber dem Sozialimperialismus gegenwärtig nicht verzichten können. Der „American way of life“ ist für die BRD-Imperialisten gestorben. Spaltung der Arbeiterklasse durch Sozialchauvinismus steht für die westdeutsche Bourgeoisie auf der Tagesordnung und die „Bereinigung der Vergangenheit“, wie es die westdeutschen Bourgeois gegenwärtig mit der „Erneuerung des Hitler-Bildes“ anstreben.

Die Unersetzbarkeit des Elvis Presley

Elvis Presley war ein Rockstar der fünfziger Jahre und nach seinem Comeback Mitte der sechziger Jahre ein langweiliger Schnulzensänger, der für seinen Schmarren ca. 5 Millionen Dollar pro Jahr kassierte. Er starb am 16.8.1977 in seinem Bett an Herzversagen, nicht weil er zu viel gearbeitet hat, sondern weil er zu viel gefressen hat.

Erleichtert stellt die Bourgeoispresse nach der Autopsie fest, daß er nicht am Rauschgift zugrundeging, wie viele seinesgleichen, sondern daß es der Konsum von Süßigkeiten war, der ihn so aufgeschwemmt hatte, daß ihm bei einem seiner letzten Konzerte die Hose platzte und der ihn letztlich zu Tode brachte.

Dieser Elvis war aber nur eine schlechte, vom Nichtstun und der Völlerei aufgedunsene Karikatur des „Rockkönigs“, der in den fünfziger Jahren Hunderttausende von Jugendlichen mit seiner Musik anzog.

In allen Nachrufen der Bourgeoispresse, und es gibt keine bürgerliche Zeitung, die nicht darüber berichtet in langen Artikeln und aufwendigen Serien, wird dieses Idol der Rockmusik über den grünen Klee gelobt:

„Staatstrauer um Elvis Presley. US-Präsident Carter hält den Rock'n-Roll-König für unersetzlich. (...) Die sowjetische Regierungszeitung Iswestija schrieb zum Tode des Show-Stars, Geschäftsleute hätten dessen ‚Talent und Volkstümlichkeit‘ für Gewinne ausgebeutet ...“

„Während sich die Farbigen in Jazz und Gospels auslebten ..., stilisierte Presley den Rhythm-and-Blues der Neger für die weißen Bedürfnisse um: er baute Bremsen in den Popausbruch ein, ließ die Eruption immer wieder zu einem Status quo zurückkehren.“ (Die Welt, 18.8.77)

„Nur: Da gab es kein Revoluzzer-Gehabe. Elvis rebellierte nicht wirklich wider die Gesellschaft. Er schuf die Illusion einer Rebellion und damit eines der wirksamsten Ventile für eine Industriegesellschaft. (...) Elvis hat schließlich den Traum seines Landes und eines jeden Menschen wahrgemacht. Den Aufstieg aus dem Nichts nur mit eigener Begabung ...“ (Die Welt, 18.8.77)

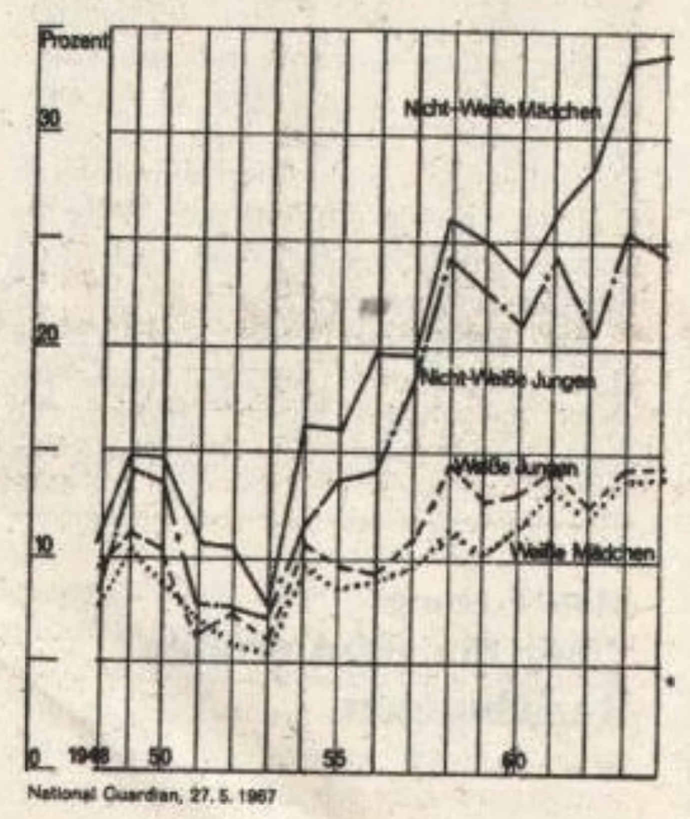
„Obwohl viele Kritiker ihm vorwarfen, er habe seine Rock-and-Roll-Anfänge der Jahre 1956 bis 1958 längst an den konventionellen Schlager verraten, hat

„Obwohl viele Kritiker ihm vorwarfen, er habe seine Rock-and-Roll-Anfänge der Jahre 1956 bis 1958 längst an den konventionellen Schlager verraten, hat

seine Musik doch auch noch später Höhepunkte gekannt wie die hinreißende Kriminalballade ‚In the Ghetto‘ ... 1969 auf dem Höhepunkt der studentischen Protestbewegung ...“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.8.77)

Was hat es auf sich mit dem „Anwalt der unterdrückten Teenager-Sehnsüchte“ (Rocklexikon), mit der „Demokratisierung“ der Musik (Cohns Pop-History), der Elvis zum Durchbruch verholfen haben soll, mit dem Rock 'n' Roll als Ausdruck „der protestierenden Proletarier- und Ghettojugendlichen“? Der Rock 'n' Roll entstand Mitte der fünfziger Jahre und fand rasche Verbreitung unter der proletarischen Jugend und der Jugend der unterdrückten nationalen Minderheiten in den USA bis zum Anfang der sechziger Jahre, als er vom Liverpooler Beat abgelöst wurde. Sänger wie Publikum des Rock 'n' Roll kamen aus den unterdrückten Klassen im Gegensatz zu der „netten und sauberen High-school-Musik“ eines Paul Anka oder Pat Boone, die zur gleichen Zeit die Jugend der herrschenden Klasse anzog.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter jugendlichen weißen und schwarzen Amerikanern, 1948–1964



National Guardian, 27. 5. 1967

Mitte der fünfziger Jahre, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des Koreakrieges, wo viele Jugendliche in den Kriegsdienst gepreßt worden waren, stieg die Jugendarbeitslosigkeit rapid in die Höhe. Ihre Lebenslage verschlechterte sich immer mehr. Zusammenrottung und Rebellion waren die Antwort der Jugendlichen auf ihre elende Lage. Bandenbildung, „Halbstarkenkrawalle“ und „wilde Rockmusik“, wie es die Bourgeoisie nannte, waren an der Tagesordnung.

Musikalisch ist der Rock 'n' Roll eine neue Musikform, die beeinflußt ist vom Rhythm and Blues der unterdrückten Neger und den Country and Western Songs des weißen Kleinbürgertums. Äußerlich wird dieser Zusammenhang auch dadurch deutlich, daß die frühen Hits des Rock 'n' Roll, wie etwa der „Hount Dog“ von Elvis Presley, Übernahmen von „Rhythm-and-Blues-Lieder“ waren und daß es die Country-and-Western-Musiksendung und -sender waren, die die ersten Rock-Titel spielten, als die großen Rundfunkstationen diese noch als „Niggermusik“ boykottierten.

Die Country-and-Western-Musik ist die Musik der weißen Mittelklasse, des Kleinbürgertums, der Farmer und Siedler. Sie war die Musik einer noch selbst arbeitenden und produzierenden Klasse, geprägt von der aggressiven Ideologie der Landnahme des nordamerikanischen Kontinents, des Raubs von Boden und Eigentum der Indianer, die Erschließung des nordamerikanischen Kontinents für das Kapital, die Eisenbahngesellschaften und damit die große Industrie.

B.B. King: Why I sing the Blues

Alle wollen wissen, warum ich den Blues singe.
Nun, ich bin schon 'ne Weile da, und ich hab mein Lehrgeld wirklich bezahlt,
Zum ersten Mal hatt' ich den Blues, da brachten sie mich auf'm Schiff hierher.
Männer standen über mir, und mit 'ner Peitsche kriegte ich noch mehr.
Und da wollt ihr wissen, warum ich den Blues sing?!
Ich bin schon 'ne ganze Weile da und hab mein Lehrgeld wirklich bezahlt.
Ich lag in Ghetto-Höhlen, kalt und schlapp
Und hörte die Ratten zu den Wanzen sagen: Gebt auch den Kakerlaken was ab.
Und da wollt ihr wissen, warum ich den Blues sing?!
Ich bin schon 'ne ganze Weile da und hab mein Lehrgeld wirklich bezahlt.
Ich stand in 'ner Schlange am Bürgermeisteramt
Ich hörte 'n Mann sagen: Wir bau'n ein paar neue Appartments für euch allesamt.
Und da wollt ihr wissen, warum ich den Blues sing?!
Ich bin schon 'ne ganze Weile da, mein Lehrgeld hab ich wirklich gezahlt.
Mein Sohn wird älter und bleibt doch dumm wie'n Hosenmatz
Denn sie haben für ihn in der Schule nicht mehr genug Platz.
Und da wollt ihr wissen, warum ich den Blues sing?!
Schon 'ne ganze Weile bin ich da, und mein Lehrgeld hab ich wirklich bezahlt.

Zitiert nach: Roll over Beethoven. Zur Geschichte der populären Musik, Bremen 1973

Und da wollt ihr wissen, warum ich den Blues sing?!
Schon 'ne ganze Weile bin ich da, und mein Lehrgeld hab ich wirklich bezahlt.
Zitiert nach: Roll over Beethoven. Zur Geschichte der populären Musik, Bremen 1973

Die Rythm and Blues Music war geprägt von dem Blues der Neger, der entstanden ist auf den Plantagen und in den Gefängnissen im letzten Jahrhundert. Der Blues war Ausdruck ihres Widerstands gegen die Sklaverei. Als Kultur der unterdrückten Klasse diente er zur Verständigung, war Ausdruck ihrer Erfahrungen und artikulierte ihre Interessen in einer Phase, wo ihr der politische Zusammenschluß und die gewerkschaftliche Organisierung noch weitgehend verboten war, wo mit der juristischen Befreiung von der Sklaverei die Unterdrückung und Entrechtung nicht aufgehoben war.

Der Rhythm and Blues, in den vierziger und fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts verbreitet, war schon mitgeprägt durch die Einflußnahme der herrschenden Klasse auf diese Musik. Die Bourgeoisie, im Besitz aller Produktionsmittel, auch der Medien, die die Musik verbreiten können, wie Rundfunk, Plattenfirmen, Konzertsäle, setzte zunehmend ihre ökonomischen Machtmittel ein, diese Musik zu entschärfen. Zu entschärfen von den fortschrittlichen Inhalten des Blues. Denn unterdrücken ließ sich diese Musik nicht mehr, wie noch zur Zeit der Sklaverei, als den Negern verboten wurde, sich in ihrer eigenen Sprache zu verständigen und ihre eigenen Lieder zu singen, als Ausdruck ihrer Erfahrungen und Interessen. Da sich diese Musik nicht mehr unterdrücken ließ, mußte die Bourgeoisie versuchen, sie in den Ghettos zu halten und abzustumpfen. „Achtung! Halt! Kauft keine Platten mit Niggermusik! Die schreienden, idiotischen Worte und die barbarische Musik dieser Platten untergraben die Moral unserer weißen Jugend“, hieß es in einem Flugblatt aus der damaligen Zeit, um die Musik der Farbigen auf ihre Ghettos zu beschränken.

Die beabsichtigte Ghettoisierung des Rhythm and Blues gelang nicht. Er gewann einen zunehmenden Einfluß auf die weißen Jugendlichen in den Slums und in den ländlichen Gebieten, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch war und die in die Großstädte gesogen wurden.

Rhythm and Blues und die ländliche Country-and-Western-Musik entsprachen der landwirtschaftlichen und vorindustriellen Produktionsweise. Der entstehende Rock 'n' Roll war etwas Neues. In Rhythmus und Bewegungsformen entsprach er der industriellen Fabrikarbeit. Gegenüber den Musikformen der Neger und der Farmer, unter deren Einfluß er sich herausbildete, wurde beim Rock 'n' Roll der Rhythmus entscheidend. Melodie und Text waren dem alles beherrschenden Rhythmus untergeordnet.

Wie beim Blues ist hier im Gegensatz zur Musik der bürgerlichen Klasse das gemeinsame Mitsingen und Mitmachen möglich: die Instrumente haben sich vereinfacht, Gitarre und Mundharmonika als Grundinstrumente der Musik sind leichter erschwinglich und einfacher handhabbar, Rhythmus und Melodie vereinfacht und leicht nachspielbar. Tagtägliche Erfahrungen finden im Rhythmus des Rock 'n' Roll einen spontanen, unvorbereiteten Ausdruck.

So wurde der bis dahin mittelmäßige Elvis Presley, der nur regional bekannt war, 1955 von dem riesigen Plattenkonzern RCA für ein „Spottgeld“ von 35 000 Dollar und 5 000 Dollar Handgeld für den Sänger von einer kleinen Plattenfirma gekauft und zum Star aufgebaut, der schon ein halbes Jahr später mit der Rockschnulze „Heartbreak Hotel“ auf Anhieb eineinhalb Millionen und in 6 Monaten 8 Millionen Schallplatten verkaufte.

Nach den bis in die Mitte der fünfziger Jahre reichenden vergeblichen Versuchen, den „Rhythm and Blues“ zu unterdrücken, versuchte sich die herrschende Klasse mit der Entwicklung des Rock von vorneherein ein Mittel der Abstumpfung und Gegenbewegung gegen die Rebellion der Jugend und den Widerstand gegen die Ausbeuterordnung zu verschaffen.

Der folgende Text, mit dem Elvis Presley 1956 einen Millionen-Umsatz machte, zeigt das Bestreben der Bourgeoisie, mit Hilfe des Rock den Widerstand gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse abzustumpfen und in der Folge auf reaktionäre Bahnen zu lenken:



Jailhouse Rock / Gefängnis-Rock (1957)

Die Aufseher schmissen eine Fete im Bezirksgefängnis,
Die Gefängnisband war da, und sie begannen zu heulen.
Die Band fiel ein und die Bude fing an zu swingen.
Du hättest solche ausgebufften Sträflinge einmal singen hören sollen.
Let's rock, let's rock,
jeder im ganzen Gefängnisblock
hat getanzt zum Gefängnis-Rock.
Spider Murphy spielte das Tenorsaxophon,
und Little Joe hat die Schiebeposaune geblasen,
der Bursche am Schlagzeug machte Krach, Bumm, Bäng.
Die ganze Rhythmusgruppe kam von der Purpur-Bande.
Let's rock, let's rock ...
Nummer Siebenundvierzig sagte zu Nummer Drei:
„Du bist der besoffenste Sträfling, den ich je gesehen habe.
Mit dir zusammen macht es sicher Spaß.
Los, auf und tanz den Gefängnis-Rock mit mir!“
Let's rock, let's rock ...
Der Jammerlappen saß auf einem Steinblock
ganz hinten in der Ecke und flennte ganz allein.
Der Aufseher sagte: „Heh, Kumpel, sei kein Frosch.
Wenn du keinen Partner findest, nimm halt einen Holzstuhl.“
Let's rock, let's rock ...
Shifty Henry sagte zu Bugs: „Um Himmelswillen,
niemand paßt auf, jetzt haben wir die Chance zum Ausbrechen!“
Bugs drehte sich um zu Shifty und sagte: „Nix da, nix da,
ich will noch eine Weile hierbleiben und meinen Spaß haben!“
Let's rock, let's rock ...

Über die Bedeutung des „Durchbruchs des Rock“, für den sein Name und über 300 millionenfacher Plattenumsatz steht, erklärt Presley selber Ende der fünfziger Jahre in einem Interview: „Rock 'n' Roll singen, das haut rein. Ich beobachte mein Publikum, höre sie schreien und dann weiß ich, daß wir alle was los werden wollen, aber keiner weiß was. Hauptsache, daß wir's loswerden und keiner dabei verletzt wird.“

Wild im Land / Wild in the Country

Eine Rose wächst wild im Land,
ein Baum wächst so hoch wie der Himmel,
der Wind bläst wild im Land.
Und ein Teil des wilden, wilden Landes bin ich.
Wild, wild, wie der Hirsch und die Taube,
wild und frei ist das Land, das ich liebe.

Ein Traum wächst wild im Land,
eine Liebe wächst so hoch wie der Himmel,
ein Herz schlägt wild im Land.
Und hier, mit meinem Traum in meinem Herzen,
Teil des wilden, wilden Landes
bin ich.

Solche Abstumpfungen des Protestes wirken immer nur eine Weile, sie verschleißen sich. Immer neue Stars treten auf und gehen wieder unter, neue Musikformen, die ähnliches ausdrücken, treten an die Stelle des Rock, wie der Liverpool Beat Anfang der sechziger Jahre.

Elvis Presley war der erste groß aufgebaute Popstar. Angetreten als „König des Rock“ führt seine Entwicklung angefangen von den abstumpfenden Aussagen seiner Rock-Nummern innerhalb von wenigen Jahren hin zu jenem Pack ordinärer Schnulzensänger, die die Bourgeoisie zu Dutzenden aushält. An die Stelle des Rock-Rhythmus tritt die seichte Schnulze, wie z.B. die obenstehende aus dem Jahre 1961, in der sich Erinnerungen an die vergangene „Kolonialisierung des Westens“ und vage US-Imperialistenträume für die Bourgeoisie miteinander paaren. – (Z-Red. / Bezirk Frankfurt)